

Immler- Großfamilienstiftung

Lebensfreude im Familienverbund

DAS MEHRGENERATIONENHAUS – ANALYSE EINES KONZEPTEES ZUR ZUKUNFT VON FAMILIE UND GESELLSCHAFT



FACHHOCHSCHULE KEMPTEN
Hochschule für Wirtschaft und Technik

DIPLOMARBEIT

gemäß § 35 der Rahmenprüfungsordnung für die Fachhochschulen in
Bayern vom 20.07.2007 in der jeweils gültigen Fassung.

Studiengang: Betriebswirtschaft (Diplom)

Studienschwerpunkte: Unternehmensentwicklung und -beratung
und International Management

Aufgabensteller: Professor Dr. Dietram Schneider

„DAS MEHRGENERATIONENHAUS – ANALYSE EINES KONZEPTES ZUR
ZUKUNFT VON FAMILIE UND GESELLSCHAFT“

Thema erhalten am: 27.11.2007

Diplomarbeit abgegeben am: 28.04.2008

Verfasserin: Olga Scheider
Becherstr. 4
84489 Burghausen
Matrikelnummer 156187

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	I
Abbildungsverzeichnis.....	III
Tabellenverzeichnis.....	V
Vorwort.....	VI
1 Einführung in die Thematik.....	1
1.1 Immler-Großfamilienstiftung – Lebensfreude im Familienverbund.....	2
1.1.1 Struktur der Stiftung.....	2
1.1.2 Ziele der Immler-Großfamilienstiftung.....	4
1.2 Aufbau der Arbeit.....	6
2 Familie - eine Bestandsaufnahme.....	7
2.1 Familienbegriff und Pluralität der Lebensformen.....	7
2.1.1 Zum Begriff der Familie.....	7
2.1.2 Familien in ihrer Vielfalt.....	9
2.1.3 Historischer und zeitgeschichtlicher Rückblick.....	16
2.1.4 Ausgewählte Funktionen der Familie.....	19
2.2 Familie in Zahlen.....	24
2.2.1 Entwicklung der Familien-, Haushaltsgröße.....	24
2.2.2 Wohnverhältnisse von Familien.....	30
2.2.3 Ökonomische Situation von Familien.....	32
2.3 Beruf und Familie.....	35
2.3.1 Erwerbstätigkeit der Eltern.....	35
2.3.2 Betreuungseinrichtungen in Deutschland.....	39
2.4 Veränderung der subjektiven Bedeutung von Familie.....	45
3 Familie, Hort der Generationen.....	47
3.1 Generationenbeziehungen in Familie und Gesellschaft.....	47
3.2 Gelebter Generationenvertrag innerhalb der Mehrgenerationen-Familie.....	50
3.2.1 Immaterielle Transferleistungen zwischen Generationen.....	51
3.2.2 Monetäre Transfers innerhalb der Mehrgenerationen-Familie.....	55

4	Familie, ein wichtiger Bündnispartner	57
4.1	Familien sind Leistungsträger.....	57
4.1.1	Fiskalische Effekte von Kindern.....	59
4.1.2	Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Kontext ökonomischer Betrachtung	63
4.2	Familienfreundlichkeit als Wettbewerbsfaktor	70
4.2.1	Wettbewerbsvorteile für die Unternehmen	71
4.2.2	Wettbewerbsvorteile auf kommunaler Ebene.....	76
5	Das Konzept der Immler-Großfamilienstiftung.....	83
5.1	Grundlegende Überlegungen	83
5.1.1	Fördergrundsätze der Stiftung.....	84
5.1.2	Konzeptumsetzung und -steuerung	85
5.2	Perspektiven der Mehrgenerationenhäuser	87
5.2.1	Konzeptionelle Grenzen	87
5.2.2	Konzeptionelle Möglichkeiten	89
6	Fazit.....	91
	Literaturverzeichnis.....	VII
A	Anhang	i
	Anlagenverzeichnis.....	i
A.I	Stiftungssatzung	ii
A.II	Erste Entwürfe	iii

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1-1: Stiftungsstruktur	3
Abbildung 2-1: Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung	10
Abbildung 2-2: Ökopsychologische Merkmale der Familie	11
Abbildung 2-3: Einpersonenhaushalte im Mikrozensus 2005	12
Abbildung 2-4: Anteil Alleinerziehender an allen Familien	14
Abbildung 2-5: Lebensformen mit Kindern	16
Abbildung 2-6: Entwicklung der Geburtenziffer	26
Abbildung 2-7: Kinderanzahl in westdeutschen Familien	28
Abbildung 2-8: Bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen	33
Abbildung 2-9: Armutsquoten nach Haushaltstypen	34
Abbildung 2-10: Einflussfaktoren auf die Erwerbstätigkeit von Frauen	35
Abbildung 2-11: Erwerbstätigenquoten von Müttern	36
Abbildung 2-12: Veränderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen	37
Abbildung 2-13: Korrelation zwischen Kinderbetreuung und Geburtenrate	39
Abbildung 2-14: Arbeitszeitmodelle von Familien	37
Abbildung 2-15: Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung	41
Abbildung 2-16: Ganztagesplätze in der Kinderbetreuung	43
Abbildung 2-17: Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung	44
Abbildung 3-1: Gestiegene Lebenserwartung in Deutschland	48
Abbildung 3-2: Kontakthäufigkeit in den Familien	52
Abbildung 3-3: Praktische Hilfeleistungen der 40 bis 85 Jährigen	52
Abbildung 3-4: Generationentransfers	55
Abbildung 4-1: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland	57
Abbildung 4-2: Erwerbstätigenpotenzial und Wirtschaftswachstum	58
Abbildung 4-3: Wachstumsraten des BIP unter Annahmen des Wachstumsmodells	61
Abbildung 4-5: Darstellung des Kosten-Nutzen-Vergleichs	66
Abbildung 4-6: Erhöhung der Bildungschancen für Kinder	67
Abbildung 4-7: Volkswirtschaftliche Nutzeneffekte des Krippenbesuchs	68

Abbildung 4-8: Entgangener Nutzen durch zu geringe Investitionen	69
Abbildung 4-9: Folgen der Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen.....	70
Abbildung 4-10: Kompetenzerwerb im sozialen Umfeld der Familie.....	75
Abbildung 4-11: Beispielhaftes Kompetenzprofil.....	75
Abbildung 4-12: Zeitraumfaden von Männern und Frauen	80
Abbildung 5-1: Vorstand und Kuratorium der Immler-Großfamilienstiftung.....	87
Abbildung 5-2: Familien nach Anzahl der Kinder und Bildungsstand.....	88

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2-1: Entwicklung der Haushaltstypen	24
Tabelle 2-2: Haushaltstypen in Prozent der Bevölkerung.....	25
Tabelle 2-3: Durchschnittsalter der Erstgebärenden.	26
Tabelle 2-4: Kinderwunsch der Deutschen	27
Tabelle 2-5: Kinderzahl in ausgewählten EU-Ländern	29
Tabelle 2-6: Wohnfläche in Haushalten	31
Tabelle 2-7: Mietbelastung nach Haushaltsstruktur	31
Tabelle 3-1: Wohnentfernung nach Bildungsniveau.....	50
Tabelle 3-2: Familienleistungen und soziale Ungleichheit.....	54
Tabelle 4-1: Kosten-Nutzen-Szenarien der "Familien GmbH"	74

Vorwort

Das Thema Familie rückt in den letzten Jahren immer stärker in den Blickpunkt der öffentlichen Diskussion. Es scheint fast so, als wären in Sache Familie alle Experten. Es wird so emotional und ideologiebehaftet diskutiert, wie kaum ein anderes Thema. Vielleicht weil es auch darum geht, das eigene Lebenskonzept zu verteidigen. Im Verlauf dieser Arbeit habe ich auch mein ganz persönliches Familienkonzept von vielen Seiten neu betrachtet. Die Entscheidung für Kinder habe ich als Mutter eines kleinen Sohnes bereits getroffen. Nicht zuletzt weil ich glaube, dass ein Leben ohne Kinder nicht vollständig ist. Vielleicht aber auch, weil ich einem Kind all die Liebe, das Vertrauen und die Lebenslust zurückgeben möchte, die mir meine Familie geschenkt hat. Danke.

1 Einführung in die Thematik

Deutschland ist eines der ärmsten Länder der Welt. Uns fehlen die Kinder, das wichtigste Gut einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Die Bevölkerung in Deutschland wird, wenn sich die Rahmenbedingungen nicht wesentlich verändern, bis zum Jahr 2050 von knapp 82 Millionen auf 69 Millionen Einwohner zurückgehen.¹ Ist ja nicht so schlimm, wird sich manch einer denken, denn weniger Menschen heißt mehr Platz, Ruhe und vielleicht auch weniger Wettbewerb. Eine äußerst kurzsichtige Betrachtung, denn sollten die Frauen hierzulande auch in den nächsten Jahren im Durchschnitt weniger als 1,4 Kinder bekommen, werden uns in Zukunft ein Drittel der Konsumenten, Unternehmer, Arbeitskräfte, Erfinder, Dichter und Denker fehlen. Sollte es so kommen, werden wir nicht mehr von Wirtschaftswachstum sondern vom Minuswachstum sprechen. Die Konsequenzen aus der Veränderung im demographischen Aufbau sind heute noch nicht in allen Aspekten absehbar. Es ist jedoch klar, dass die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit Deutschlands stark gefährdet ist.

Mit dem steigenden öffentlichen Bewusstsein um den demographischen Wandel in Deutschland wächst vermehrt die Erkenntnis, dass die Familien der Schlüssel für das Abwenden der viel zitierten Schreckensszenarien eines „vergreisten Deutschlands“ sind. (Vgl. Kap. 4) Bislang wurde die Rolle der Familie für die Sicherung unseres gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Wohlstandes unterschätzt. Dabei bilden gerade diese die Grundlage für eine erfolgreiche und effiziente Wirtschaft und die soziale Sicherung des Staates. Die Familie nimmt als Lebens-, Erziehungs- und Wirtschaftsgemeinschaft Aufgaben wahr, die auf andere Weise nicht oder nicht in gleicher Qualität wahrgenommen werden können. „Würden in Familien nicht eine Fülle humaner Dienste von der Erziehung bis zur Pflege erbracht, wäre unser Sozialstaat nicht nur weniger menschlich, er wäre auch unbezahlbar.“¹ Der Familie wurde schon so manch einmal das Ende prophezeit. Die Familie ist aber, allen pessimistischen Szenarien zum Trotz, auch heute die erstrebenswerteste Lebensform für alle Bevölkerungsgruppen. Viele Studien, unter diesen die 13. Shell Jugendstudie, zeigen, dass der Kinderwunsch im Zeitvergleich seinen Stellenwert nicht eingebüßt hat. Die Einlösung des Kinderwunsches scheidert allerdings häufig aufgrund der mangelhaften Rahmenbedingungen. Kinder zu haben, ist mit Unsicherheiten und langfristigen Kosten verbunden. Dies kann sich gerade in Zeiten schnellen ökonomischen und sozialen Wandels und den damit einhergehenden Unsicherheiten, negativ auf Fertilitätsentscheidungen auswirken. Gerade verlässliche Unterstützungsleistungen im Hinblick auf die Betreuung von Kindern, und die damit verbundene Erwerbs- und Einkommenskonnuität, kann die Entscheidung für Kinder erleichtern. Es ist aber davon auszugehen, dass weitere Ressourcen einen Einfluss auf die Realisationen von Kinderwünschen haben. Gerade dann, wenn institutionelle Regelungen versagen, ist es entscheidend, ob auf ein verlässliches, soziales Beziehungsnetz zurückgegriffen

¹ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, (2006), S. 5 ff.
Geschätzter Bevölkerungsrückgang unter der Annahme „mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze.

werden kann. Neue Kooperationsformen zwischen Eltern, Betrieben, Einrichtungen der Jugendhilfe, Initiativen zur Tagesbetreuung, Nachbarschaft und Verwandtschaft werden benötigt, um die Entscheidung für Kinder zu erleichtern.

Hier setzt das Konzept der Immler-Großfamilienstiftung an. Nach der Devise „Miteinander statt Vereinzeln“ wird das Zusammenleben dreier Generationen unter einem Dach zu einem symbolischen Preis von einem Euro ermöglicht. Das Zusammenleben in einem Mehrgenerationenhaus soll die Vorteile und das Potenzial familiärer Netzwerke bewahren, stärken und in eine moderne Form übertragen. Die Idee der Stifter ist es, einen Ort entstehen zu lassen, an dem das Prinzip der Großfamilie in neuer Form gelebt werden kann.

1.1 Immler-Großfamilienstiftung – Lebensfreude im Familienverbund

1.1.1 Struktur der Stiftung



In Deutschland haben Stiftungen eine lange Tradition.² Bereits im Mittelalter entstanden die ersten Institutionen dieser Art, die vor allem aus religiösen Überzeugungen der Stifter entstanden und zu sozialen und mildtätigen Zwecken bestimmt waren. So sind soziale Einrichtungen wie Kranken- oder Waisenhäuser finanziert worden, um soziale Ungleichheiten auszugleichen, häufig aber auch um das eigene Seelenheil zu sichern. Eine der ältesten Stiftungen aus der Zeit des Mittelalters ist die Fuggerei, die 1521 von Jakob Fugger dem Reichen als Wohnsiedlung für bedürftige Augsburger Bürger gestiftet wurde.³ Sie existiert noch heute. Die Jahreskaltmiete für eine Wohnung in der Fuggerei beträgt nach wie vor den nominellen Gegenwert eines Rheinischen Gulden – derzeit 0,88 Euro – sowie täglich drei Gebete für den Stifter und seine Familie. Eine Blütezeit erlebte das deutsche Stiftungswesen im 19. Jahrhundert. Mangels vorhandener staatlicher Sozialsysteme im beginnenden Industriezeitalter übernahm das aufstrebende Bürgertum immer mehr Verantwortung.

Vielfach behindert eine überhandnehmende Bürokratie das persönliche Engagement des Einzelnen und manchmal bremsen auch Geltungs- und Machtbedürfnisse von Bürgern und Interessenvertretern nötige Änderungen. Stiftungen sind die Antwort der Bürgergesellschaft auf einen tief empfundenen Mangel an Kompetenz und Handlungsfähigkeit der öffentlichen Institutionen.¹ In Deutschland werden nahezu achtzig Prozent aller Stiftungen von Privatpersonen gegründet, die Teile ihres Vermögens investieren, um zum Beispiel vernachlässigte Bereiche der öffentlichen Wohlfahrt zu unterstützen bzw. zu fördern. Viele Stifter möchten aber auch der Gesellschaft bzw. der Heimat als Dank für die Chancen und Möglichkeiten, die sie ihnen geboten

¹ Helmut Kohl in seiner Ansprache zum 40-jährigem Bestehen des Familienministeriums, zitiert nach Heinz Lampert: Die Bedeutung der Familien und der Familienpolitik für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, (2003), S. 5.

² Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesverband Deutscher Stiftungen: Stiftungsreport 2007, Kurzfassung, (2007), S. 3 ff.

³ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Fürstlich und Gräfllich Fuggersche Stiftungs-Administration (Hrsg.) Geschichte der Fugger, unter: http://www.fugger.de/de/1_geschichte.htm. Zugriff: 21.04.2008.

hat, etwas zurückgeben. So erklärt sich auch das soziale Engagement von Jakob und Karl Immler.



Abbildung 1-1: Stiftungsstruktur²

Laut Stiftungssatzung werden nur die Erträge aus der Vermietung der eingelegten Mietobjekte zur Finanzierung des Stiftungszwecks genutzt, nicht das eingelegte Kapital. Somit können pro Jahr nicht mehr als zwei bis maximal drei Häuser gebaut werden. Dieses langsame Wachstum sichert, dass die Integration des Projektes in das Stadtbild erfolgt. Darüber hinaus kann durch die abschnittsweise Verwirklichung das Projekt an neue Anforderungen und Bedingungen angepasst werden.

In Deutschland gibt es derzeit Rund mehr als zehntausend Stiftungen.³ Jedes Jahr kommen etwa fünfhundert Neue hinzu. Viele dieser Stiftungen sind so genannte „grant-making-foundations“: also humanitäre und wohltätige Einrichtungen, die ein mehr oder weniger großes Vermögen verwalten und wohltätig ausgeben. Die Immler-Großfamilienstiftung verfolgt ein anderes Konzept: Sie ist in erster Linie eine operative Stiftung, die Erträge aus dem Stiftungsvermögen in den Bau der Dreigenerationenhäuser investiert. Eine operative Stiftung überlässt keine Spenden zur eigenen Verwendung, sondern wird im Sinne des Stiftungszwecks selbst tätig.¹ Sie verwaltet ihre Stiftungsmittel selbst. Dabei ist die Stiftung für die Konzeption, Durchführung und Erfolgsüberprüfung selbst verantwortlich. Für die Stifter ist diese Erfolgskontrolle ein wichtiges

¹ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesverband Deutscher Stiftungen: Stiftungswesen in Deutschland, unter: <http://www.stiftungen.org/index.php?strg=1& baselD=1&>. Zugriff: 21.04.2008.

² Quelle: Immler-Großfamilienstiftung: Struktur der Stiftung, unter: <http://www.immler-grossfamilienstiftung.de/index.php?plink=struktur-der-stiftung&l=1&fs=&fs=>. Zugriff: 17.04.2008.

³ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesverband Deutscher Stiftungen: Stiftungswesen in Deutschland, unter: <http://www.stiftungen.org/index.php?strg=1& baselD=1&>. Zugriff: 21.04.2008.

Element ihr Projekt zu steuern, und eine sachgerechte und effektive Umsetzung ihrer langfristigen Ziele zu gewährleisten. So gesehen wird die gemeinnützige Stiftung geführt wie ein Wirtschaftsunternehmen, dessen Zweck allerdings nicht materielles Gewinnstreben, sondern die „Gewinn bringende“ Arbeit für die Bürgergesellschaft ist.

1.1.2 Ziele der Immler-Großfamilienstiftung

Die Diskussionen über Rentenkürzungen, die Zustände in den Altenheimen, Krippenplätze, Jugendkriminalität, usw. haben die Brüder zum Nachdenken gebracht. Ganz nach Kenendy's Ausspruch: „Frage nicht was der Staat für dich tun kann, sondern was Du für den Staat tun kannst!“ gründen Karl und Jakob Immler am 24.12.2004 die Immler-Großfamilienstiftung.

Im Zentrum ihrer Überlegungen steht die Förderung der Familie. Die Immler-Großfamilienstiftung möchte Mehrkindfamilien unterstützen, in dem sie ein Zusammenleben dreier Generationen unter einem Dach, aber in eigenständigen Wohneinheiten, zu einem symbolischen Preis von einem Euro ermöglicht. Neben der Bereitstellung des Hauses für einen Euro ist die Aus- und Fortbildung im Rahmen einer Förderung ein zentraler Punkt. Die Stifter sind überzeugt, dass die Stiftung durch Bildungsförderung langfristig unterstützend wirken kann und auf Dauer gesellschaftliche Veränderungen erzielt werden können. Die Kinder der Familien in der Stiftung sollen durch Stipendien gefördert werden, um die Familien im Hinblick auf die Kosten für Bildung zu entlasten. Neben dem Engagement für die „Kernfamilie“ ist auch die verstärkte Einbindung der Senioren in den Familienverbund, ein Ziel der Stiftungsleitlinien. Senioren soll die Möglichkeit gegeben werden, wieder zusammen mit ihrer Familie gemeinsam alt zu werden. Daraus sollen Synergieeffekte vor allem in Bezug auf die Betreuung der Kinder genutzt werden. Als positiven Effekt verspricht sich die Immler-Großfamilienstiftung dadurch die Möglichkeit für die Mütter arbeiten gehen zu können, sofern sie es wollen. Die Immler-Großfamilienstiftung versteht sich als integratives Projekt, das der Vereinzelung der heutigen Singlegesellschaft entgegen wirken will.

Es soll weiter gezeigt werden, dass die Förderung der Familie auf volkswirtschaftlicher Basis mittel- bis langfristig zu einer Entlastung der sozialen Sicherungssysteme führt. Die Stifter gehen davon aus, dass die durch die Mehrgenerationenfamilien geschaffenen sozialen Netzwerke besser greifen als Kindertagesstätten oder Altenheime vom Staat. Ein weiterer zentraler Punkt aus volkswirtschaftlicher Sicht ist die Erweiterung des bekannten Satzes „Kinder bekommen die Menschen immer“ um: „wenn sie sich es leisten können“. Die Immler-Großfamilienstiftung ist überzeugt davon, dass sich viele Familien gegen weitere Kinder entscheiden, weil Sie deren Zukunft nicht finanzieren können, ohne wesentliche Einschnitte in ihr bisheriges Leben zu akzeptieren. Gleiches gilt für die Aufnahme der Eltern im Eigenheim. Dieses liegt sicherlich auch oft an der fehlenden Versorgung mit entsprechendem Wohnraum. In der Konsequenz des Konzeptes folgt also, dass die Familien mit weniger finanziellem Druck auch gerne wieder mehr

¹ Vgl. Stiftungsagentur (Hrsg.): Rechtsformen, unter: <http://www.stiftungsagentur.de/rechtsformen.html> Zugriff: 17.04.2008.

Kinder bekommen würden und auch die Familie als Mehrgenerationenmodell intensiver nutzen würden. Folglich wäre die in der gesellschaftlichen Debatte oftmals zitierte kinder- und altenfeindliche Gesellschaft keine solche, sie wird lediglich durch politische Rahmenbedingungen zu eben dieser gemacht. Die Stifter kritisieren, dass zwar Einzelmaßnahmen unternommen werden, um diesen gesellschaftlichen Problemen zu begegnen, dass es aber gleichzeitig kaum Bestrebungen gibt, das Thema demographischer Wandel umfassend anzugehen. Durch einen ganzheitlichen Ansatz hofft die Immler-Großfamilienstiftung auch auf volkswirtschaftlicher Ebene Synergieeffekte ausnutzen zu können und so eine Win-win-Situation für die Familien, die einzelnen Individuen und letztlich auch für den Staat zu generieren.

Die Arbeit der Stiftung soll eine Brücke in die Zukunft sein, die jenseits staatlicher Strukturen und Finanzierung durch Kontinuität einen positiven Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung leisten soll. Der Gesellschaft soll der Mut zur Eigeninitiative zurückgegeben werden, so das Leitbild der Familienstiftung. Die Stifter sind der Überzeugung, dass durch den Familienbund die Bereitschaft für soziales Engagement gesteigert wird. Das Modell soll Denkanstöße für eine moderne Alternative gegen die wachsende Vereinsamung in der Singlegesellschaft bieten. Der egoistisch orientierten Gesellschaft von heute soll ein Wir-Gefühl zurückgegeben werden.

Ein weiterer entscheidender Aspekt, dem die Stiftung entgegenwirken will, ist, dass viele Senioren sich in unserer heutigen, modern und individuell orientierten Welt überflüssig fühlen. Das angestrebte Konzept soll sich auf diese Seiten positiv auswirken. Die Senioren können ihr Wissen und ihren Erfahrungsreichtum an die Kinder weitergeben und die Kinder können so am enormen Wissensschatz des Alters teilhaben. Auch die Eltern profitieren von der Dreigenerationenstruktur. In einer Zeit, in der immer höhere Anforderungen an Weiterbildung gestellt werden, können es sich gerade Frauen nicht mehr erlauben, drei bis vier Kinder zu auf die Welt zu bringen und zu erziehen. Die Familienstiftung möchte die Entscheidungssituation: Entweder Arbeit oder Karriere, überflüssig machen. Denn das Zusammenleben der Generationen macht auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich.

Noch befindet sich die Stiftung in der Projektierungsphase, denn trotz intensiver Bemühungen der Gebrüder Immler kann kein geeignetes Grundstück in der Heimatgemeinde Isny gefunden werden. Die Verhandlungen zwischen der Gemeinde Isny und der Immler-Großfamilienstiftung, die sich über zwei Jahre hingezogen haben, werden bereits in anderen Städten und Gemeinden im Allgäuer Raum fortgesetzt. Der schnelle Wurf ist aber auch nicht beabsichtigt, denn die Rahmenbedingungen müssen stimmen, will die Stiftung langfristig erfolgreich sein. „Wir denken und investieren langfristig“, sagt Jakob Immler.¹ Es ist zwar das Ziel 50 Häuser zu errichten, allerdings haben die Stifter für die Realisation einen Zeitraum von 25 bis 30 Jahren anberaunt.

Ganz im Sinne einer ständigen Evaluierung des Stiftungszweckes und des Erfolges möchte die

¹ Welt Online (Hrsg.): Die Großfamilien-Mäzene aus dem Allgäu, Artikel von Heike Vohwinkel vom 13.03.2005, unter: http://www.welt.de/print-wams/article125345/Die_Grossfamilien-Maezene_aus_dem_Allgaeu.html. Zugriff: 18.05.2008.

Immler-Großfamilienstiftung ihr Projekt wissenschaftlich begleiten lassen. Diese Arbeit, die ihren Blick vor allem auf das Familienumfeld von heute richtet, ist hierbei der erste Baustein einer umfassenden Aufarbeitung langfristiger Entwicklung sozialer und ökonomischer Strukturen in der heutigen Gesellschaft.

1.2 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit gliedert sich in fünf große Themenbereiche und versucht all jene Themen zu fokussieren, die eine zentrale Bedeutung für die Konzeption und Stiftungszwecke der Immler-Großfamilienstiftung haben. Nach diesem einleitenden Kapitel wird in das Forschungsfeld Familie mit dem Themenkomplex *Familie – eine Bestandsaufnahme* eingeführt. Dieser Bereich behandelt grundlegende Themen zur Geschichte und zur aktuellen Lage der Familie, die einen Überblick über vergangene und gegenwärtige private Lebensformen geben, aber auch Mythen von und über Familie thematisieren.

Daran schließt der Themenkomplex *Familie, Hort der Generationen* an. Dieser umfasst den familialen Interaktionsbereich und verdeutlicht den vielfältigen Beitrag der jeweiligen Generationen in kultureller, sozialer und ökonomischer Sicht. Es wird das Netz von Transferbeziehungen von Generationen untersucht, wobei zwischen materiellen, monetären und immateriellen Leistungen differenziert wird.

Im vierten Gliederungspunkt *Familien als wichtige Bündnispartner* wird das Spannungsfeld Familie und Gesellschaft thematisiert. Behandelt werden die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur, die Grenzen des Wohlfahrtsstaates wie auch die Frage, wie Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zeitgemäße Anreize zur Familiengründung schaffen und so die Zukunftsfähigkeit Deutschlands sichern können.

Im Anschluss an die Betrachtungen aus den vorhergehenden Kapiteln wird das *Konzept der Immler-Großfamilienstiftung* im Detail vorgestellt. Danach folgt die Ausarbeitung der Möglichkeiten aber auch der Grenzen, die sich aus der Stiftungskonzeption ergeben.

Abschließend folgt ein Fazit.

2 Familie - eine Bestandsaufnahme

2.1 Familienbegriff und Pluralität der Lebensformen

In der öffentlichen Diskussion wird immer häufiger auf die gestiegene Instabilität von Ehe und Familie, wie auch auf die sinkende Verbindlichkeit dieser, hingewiesen. Man konstatiert einen Traditions- und Werteverfall und bedauert den Individualisierungsprozess, der mit der Wahlfreiheit zwischen den verschiedenen Formen des menschlichen Zusammenlebens einhergeht. So wird dieser individuellen Freiheit unter anderem die Abkehr von der *Normalfamilie* zugesprochen. Aber schon hier herrscht Uneinigkeit, denn Begriffsdefinitionen gehen auseinander, neue und alte Familienmythen verfärbten die konstruktive Diskussion. An dieser Stelle erfolgt zunächst eine Begriffsdefinition von Familie und Haushalt, denn diese wird helfen die nachfolgende Betrachtung anhand von vorab getroffenen, festgelegten Merkmalen zu strukturieren und familienformbezogene Schwerpunkte zu setzen.

2.1.1 Zum Begriff der Familie



Je komplexer und dynamischer sich die Gesellschaft verändert, desto lieber blickt man zurück und sehnt sich nach der vergangenen Familienidylle alter Zeiten. Doch leider ist der Blick in die Geschichte der Familie ernüchternd, denn es gibt und gab kein einheitliches Leitbild. Demoskopischen Umfragen nach werden die verschiedensten Bedeutungsinhalte mit dem Wort "Familie" verknüpft.¹ Viele Befragte gaben auf die Frage, wen man zur Familie zählen würde, an, die Familie im engen Zusammenhang von Ehe und den daraus hervorgegangenen Kindern zu sehen. Andere wenden den Begriff ebenso auf kinderlose Ehepaare und Paare ohne Trauschein an und erweitern den Begriff auf besondere Verwandtschaftsbeziehungen. Einige Befragte gaben an, auch Tiere zur Familie zu zählen. Das wichtigste Differenzierungskriterium in der Alltagssprache scheint dabei die emotionale Bindung, das Zugehörigkeitsgefühl zu sein.

In der wissenschaftlichen Betrachtung resultiert die Differenzierung aus der Favorisierung unterschiedlicher, theoretischer Ansätze. So kennzeichnete der einflussreiche US-amerikanische Soziologe Parsons die Familie anhand bestimmter Rollenstruktur, also dem Zusammenleben in einem Haushalt von Vater, Mutter und Kindern und eindeutiger Aufgabentrennung zwischen den Ehepartnern. Nach seinem Verständnis hat der Vater für die finanzielle und materielle Sicherheit zu sorgen, während die Ehefrau und Mutter für den Haushalt und vor allem für die Pflege und Erziehung der Kinder zuständig ist. Weiterhin schreibt er die emotionale Fürsorge ausschließlich

¹ Vgl. Rosemarie Nave-Herz: Ehe- und Familiensoziologie, Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde, (2004), S. 28 ff.

der Mutterrolle zu, die ein gefühlsvolles, auf die Bedürfnisse anderer orientiertes Verhalten zeigt.¹ Würde man dieses Familienverständnis, das noch bis in die 1970er Jahre in der Realität überwiegend war, statistisch anwenden und auf das Heute übertragen, so würde in Deutschland nach diesem Begriffsverständnis nur noch eine Minorität im Familienverbund leben. Andere Familien, z. B. die mit arbeitenden Müttern, wären keine Familien.

Dieses Beispiel macht es deutlich, wie notwendig es ist die Definition so zu wählen, dass die komplexe Realität abgebildet und spezifisch abgegrenzt werden kann. Andere gängige Definitionen von der Familie sind statistische Definitionen von Familie "als Haushalt mit Kindern" oder familienrechtliche Definitionen der Familie, wobei auch hier die Familie des Grundgesetzes auf den Vorstellungen der traditionellen bürgerlichen Familie beruht. Also im engen Zusammenhang mit lebenslanger Ehe, der Heterosexualität sowie der Rolle des Mannes als dem vorrangigen Ernährer.²

Im Folgenden erfolgt die Definition nach Nave-Herz, die versucht anhand essentieller Kriterien ein Grundmuster zu entwerfen, das dem Familienbegriff von heute am Nächsten kommt.

Familien unterscheiden sich im Vergleich zu anderen Lebensformen:

1. durch die Übernahme der Reproduktions- und Sozialisationsfunktion sowie anderen gesellschaftlichen Funktionen.

Der Familie werden die biologische Reproduktion und die frühkindliche Sozialisationsfunktion zugewiesen, auch wenn die Sozialisation nicht ausschließlich familienintern erfüllt wird, z. B. durch den Einbezug familienfremder Personen, Gruppen und anderer Institutionen wie Kindergarten und Schule. Außerdem wird von der Familie unter anderem die Schutz- und Fürsorgefunktion, wie auch die Befriedigung emotionaler Bedürfnisse erwartet.

2. durch die Generationendifferenzierung.

Dabei kann sich die Differenzierung auf die Kernfamilie (nuclear family) bestehend aus Eltern und Kind(ern), als auch erweitert um die Großeltern oder sogar Urgroßeltern beziehen. Im letzten Fall, der Mehrgenerationenfamilie, ist ein gemeinsamer Haushalt kein zwingendes Kriterium, denn die Familie löst sich im Hinblick auf das Solidaritätsprinzip nicht auf. Des Weiteren ist die Mehrgenerationenfamilie in Form des familialen Generationenverbundes dadurch gekennzeichnet, dass die einzelnen Generationen eine selbstständige Einheit bilden, die räumlich getrennt leben. Die sogenannte *Intimität auf Abstand*³.

3. und dadurch, dass die Rollendefinitionen aus dem Kooperations- und Solidaritätsverhältnis

¹ Vgl. Rosemarie Nave-Herz: Ehe- und Familiensoziologie, Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde, (2004), S.23.

² Jutta Ecarius (Hrsg.): Handbuch Familie, (2007), S. 25.

³ Dieser Begriff wurde vom Sozialforscher Rosenmayr geprägt und verweist auf die zunehmend partnerschaftlichen und engen intergenerativen Beziehungen, die trotz und gerade auf der Multilokalität begründet sind.

festgelegt werden.

Abgrenzungskriterien zusammengefasst:

- *Sorge um und Sozialisation von Kindern*
- *Angehörige zweier verschiedener Generationen*
- *Rechtliche und soziale Anerkennung der Institution Familie*

Die Familie weist eine spezifische Rollenstruktur auf (z. B. Vater/ Mutter/ Tochter/ Enkel/ Schwester/ Schwager), dabei heben sich diese Verhältnisse von anderen, außerfamiliären Beziehungen mit ihrer Intensität und emotionaler Nähe ab. Die Form und der Umfang der Kooperations- und Solidaritätsbeziehungen unterscheiden sich, sind aber entgegen vielen Vermutungen nicht am Abebben. Hierzu wird im Kapitel drei näher eingegangen. Legitimiert wird das Prinzip z. B. durch Traditionen, spezielle Verträge, durch staatliche Gesetze¹ und emotionale Zuneigung. So gilt in der islamischen und konfuzianischen Ethik die unterlassene Unterstützung innerhalb der Mehrgenerationenfamilie als eine religiöse Pflichtverletzung. In Europa wird die Solidarität zum Teil durch Gesetze abgesichert. Ist aber auch hier eine unhinterfragte Norm, und ist in den traditionellen Wertevorstellungen fest verankert.

Die Vielzahl der Begriffsdefinitionen, Modelle und Theorien macht es deutlich, wie schwierig es ist, das heutige Familienbild aufzustellen, ohne auf Familienleitbilder der Vergangenheit zurückzugreifen. Demnach muss heute die Familie im Plural untersucht werden muss.

2.1.2 Familien in ihrer Vielfalt

Für das Verständnis moderner Familien ist es entscheidend die Vielfalt der Familienformen zu erfassen. Das Statistische Bundesamt zählte 2005 12,6 Millionen Familien in Deutschland, davon passte bereits jede Dritte nicht mehr in das traditionelle Schema.² De facto sind es vor allem die Gruppen der Alleinerziehenden und der nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern, die seit den 90er Jahren deutlich zunehmen, wenn auch Ehepaare mit Kindern deutlich überwiegen.

¹ Familienpolitisch wichtige güterrechtliche Regelungen im BGB zum Eltern-Kind-Verhältnis: §§ 1.601 ff.

² Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Leben in Deutschland: Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, (2005), S. 17- 30. Traditionelle Familie wird hier mit "Ehepaar mit Kindern" gleichgesetzt.

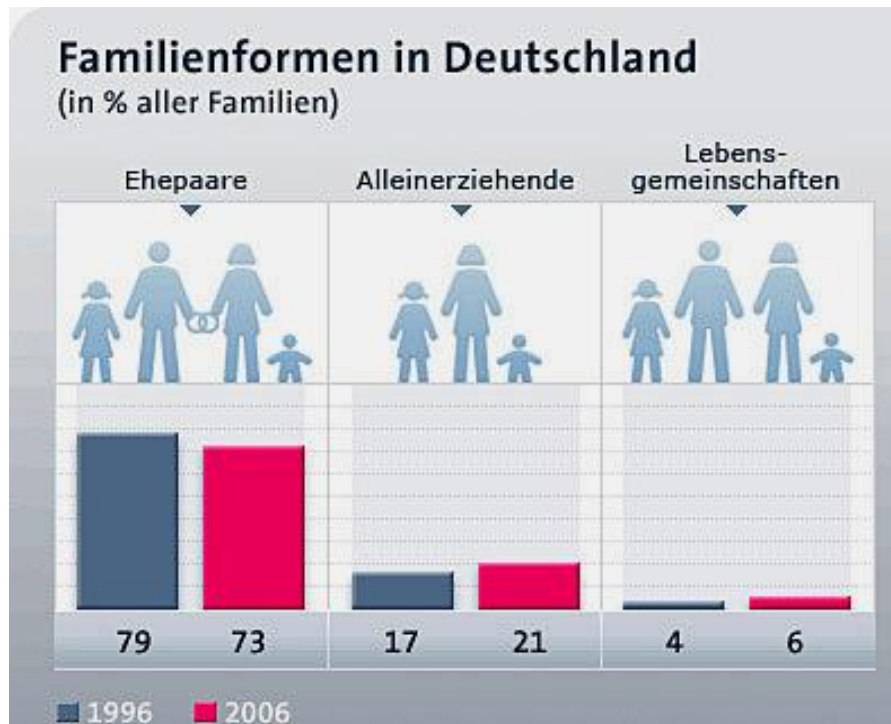


Abbildung 2-1: Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung¹

Aber in der Regel ist es keine freiwillige oder geplante Entscheidung Kinder alleine großzuziehen, so die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach. Denn Familie ist weiterhin das erstrebenswerteste Ziel der Zukunftsplanung, auch wenn das Modell der Ernährerfamilie ausgedient hat.² Trotz hoher Scheidungsziffern bleibt die Neigung zur Familiengründung ungebrochen.³ Tatsächlich prägen die verschiedenen Lebensformen wohl nur Übergangsphasen, und im Zeitablauf kann es sogar zu einem mehrfachen Wechsel von einer zur anderen Familienform kommen, z. B. wird bei Scheidung oder Trennung aus einer Eltern-Familie eine mit einem neuen Partner oder Partnerin eine erneute Familie gegründet.⁴ Die Namen manch neuer Familienformen klingen so kreativ, wie die Modelle, die hinter Ihnen stecken: Living-apart-Together Familie, Regenbogenfamilie, Extended Family, Patchworkfamilie, und die sich daraus ergebenden Wahlverwandtschaften sind so kompliziert, dass man zum Stift greifen muss, möchte man einen Überblick gewinnen. Zur Bändigung der Unübersichtlichkeit schlägt das Online-Familienbuch vor, Lebensformen systematisch zu kombinieren, um die Vielfalt der Familienformen realitätsnah und jenseits der statistischen Häufigkeit abzubilden.¹ Die Grundlage bildet hierbei das ökopsychologische Modell von Urie Bronfenbrenner, das die Subsysteme zwischen dem Mikrosystem Familie und Makrosystem Gesellschaft erfasst. Auf einer solchen Grundlage

¹ Vgl. www.ard.de/zukunft/kinder-sind-zukunft/kinder-brauchen-familie/familienmodelle vom 26.02.2008.

² Vgl. "Jugend 2000", 13. Shell Jugendstudie, (2000), S.13.

Nur noch 10 Prozent der Deutschen, so hat TNS Forschung für den Spiegel ermittelt, wünschen sich die Hausfrauenehe.

³ In Deutschland endet mehr als jede 3. Ehe durch Scheidung. In :Rosemarie Nave-Herz: Ehe- und Familiensoziologie, Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde, (2004), S. 167.

⁴ Laut dem Gutachten des BFSFJ "Die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung" heiraten zwei Drittel aller Geschiedenen wieder.

beinhaltet die folgende Systematik der Familie zwölf Merkmale primärer Lebensformen, die sich auf vier verschiedene Bereiche beziehen.

A: Gesellschaftliche Rahmenbedingungen (Makrosystem)

1. ehelich oder nichteheliche Beziehung
2. gemeinsame oder getrennte wirtschaftliche Verhältnisse
3. Zusammenleben oder getrennte Wohnungen

B: Soziale Verpflichtungen (Exosystem)

4. Verpflichtungen durch Verwandtschaft oder Ehe
5. Selbstständigkeit oder Abhängigkeit des anderen
6. kulturell/religiös gleich oder unterschiedlich ausgerichtet

C: Kinder (Mesosystem)

7. mit oder ohne Kind(er)
8. leibliche(s) oder adoptierte(s) Kind(er)
9. leibliche oder stiefelterliche Kindbeziehung

D: Partnerschaftsbeziehung (Mikrosystem)

10. Lebensstil als Single oder in Partnerschaft
11. hetero- oder homosexuelle Beziehung
12. Dominanz des einen oder Gleichberechtigung

Abbildung 2-2: Ökopsychologische Merkmale der Familie²

Dieses Definitionsraaster für heutige Familienformen ermöglicht jenseits der statistischen Häufigkeit ein Verständnis für eine große Vielfalt alternativer Familienformen. Nachfolgend erfolgt aber nur ein kurzer Abriss verschiedener familialer und nichtfamilialer Lebensformen.

Alleinlebende bzw. Einpersonenhaushalte³

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind rund 37 Prozent aller westdeutschen Haushalte Einpersonenhaushalte. Besonders häufig sind diese Einpersonenhaushalte in deutschen Großstädten anzutreffen, d. h. in Städten mit 500 000 Einwohnern und mehr. Dort wurde mit 49 Prozent nahezu jeder zweite Haushalt von nur einer Person geführt. Damit gilt: je

¹ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Matthias Petzold: Sieben Typen familialen Zusammenlebens, unter: http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Fachbeitrag/a_Familienforschung/s_379.html Zugriff: 26.02.2008.

² Vgl. Jutta Ecarius: Handbuch Familie, (2007), S.26

³ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Leben in Deutschland: Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, (2005), S. 12 ff.

größer die Städte und Gemeinden, desto höher der Anteil der Einpersonenhaushalte.

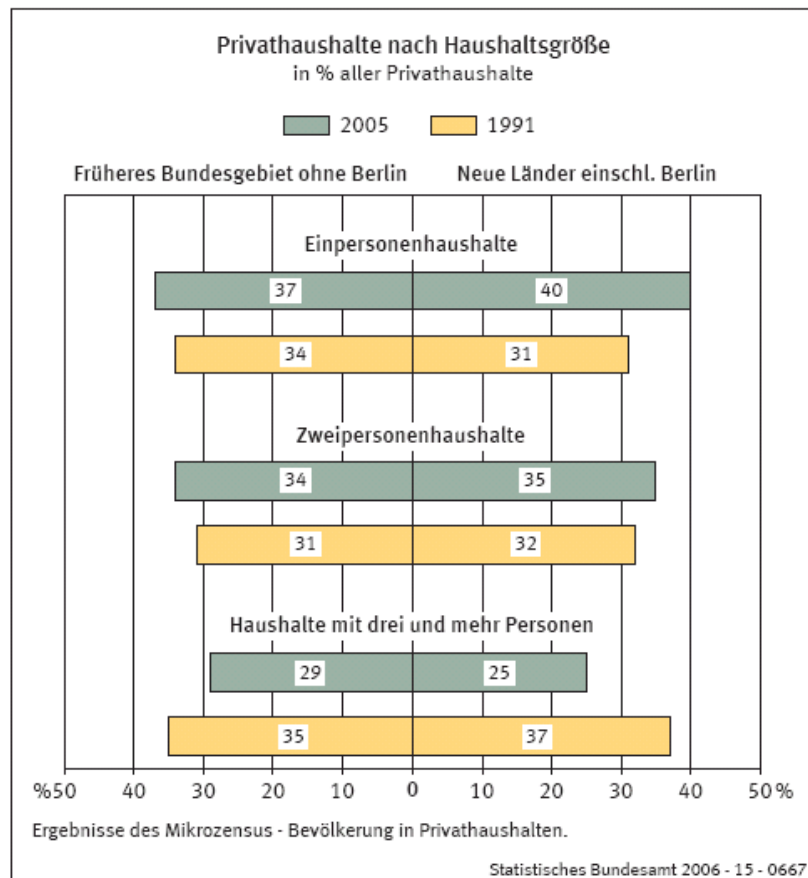


Abbildung 2-3: Einpersonenhaushalte im Mikrozensus 2005

Betrachtet man nun die Einpersonenhaushalte unter dem Aspekt Einkommen bzw. Lebensunterhaltsquelle, so stellt man fest, dass 42 Prozent aller Alleinlebenden ihren Lebensunterhalt überwiegend aus den Pensionen oder Renten bestreiten. Die über 65-Jährigen bilden die zahlenmäßig stärkste Gruppe, unter ihnen 81 Prozent Frauen, die wenigsten von diesen älteren Singles waren aber immer allein. Zunehmend ist jedoch auch die Zahl der jüngeren Alleinstehenden. Die sich aus der zeitlichen Entkoppelung zwischen dem Auszug aus dem Elternhaus und dem Zusammenziehen mit einem Partner, sowie der gestiegenen Multilokalität der Paarbeziehungen ergibt. Auf Dauer angelegte Lebensform scheint das Singledasein auch für die junge Bevölkerung nicht zu sein. Überzeugte Singles bilden mit einem Anteil von weniger als einem Prozent an der Gesamtbevölkerung eine ausgesprochene Minderheit, und auch die Wahrnehmung dieser Lebensform hat sich von "angesagt" zu "bedauernd" verlagert.

Kinderlose Ehen

14 Prozent aller westdeutschen Ehen, die in den 1980er Jahren geschlossen wurden, sind dauerhaft kinderlos. 2005 lebten insgesamt 18,9 Millionen Ehepaare, 51 Prozent davon noch kinderlos. Die Zahl der Ehepaare ohne Kinder im Haushalt stieg in Westdeutschland seit 1996 um

fünf Prozent auf 7,6 Millionen an.¹ Schätzungen verweisen darauf, dass etwa 8 Prozent der Ehen gewollt und 3 Prozent unfreiwillig kinderlos bleiben. Weitere drei Prozent verzichten auf Kinder infolge von beruflichen Unvereinbarkeiten, befürchteten individuellen Einschnitten in die Lebensgestaltung, finanzielle Belastung.² Es ist also nur ein geringer Teil der Familie und damit Kinder grundsätzlich ablehnt. Der überwiegende Anteil kinderloser Ehepaare wünscht sich Kinder, auch die medizinisch begründeten Gründe am Anfang der Ehe sind selten. Häufig wird aber aus einer geplanten, befristeten Kinderlosigkeit eine lebenslange. Zwischenzeitliche Veränderungen wie Alter, Krankheit, Trennung vom Partner und der Gewöhnungseffekt scheinen ausschlaggebender zu sein, als die Wirksamkeit des Normenkomplexes "verantworteter Elternschaft".³ Dieser wird häufiger in der gegenwärtigen Diskussion um die geringe Geburtenhäufigkeit angeführt, und verweist auf die Erziehungsverantwortung und die Überzeugung der Eltern, die Kinder nur dann zur Welt zu bringen, wenn sie der Verantwortung gerecht werden können, auch in ökonomischer Sicht.

Nichteheliche Lebensgemeinschaften⁴

In den meisten westlichen Ländern haben die nichtehelichen Lebensgemeinschaften stark zugenommen. So ist die Zahl in Deutschland seit 1996 um 34 Prozent gestiegen. In dieser Lebensform wachsen kaum Kinder auf, denn die größte Gruppe stellen die ledigen, kinderlosen Paare mit 53 Prozent und kinderlose, nacheheliche Lebensformen mit 26 Prozent. Dabei gilt diese Form des Zusammenlebens häufig als Vorstufe zur Ehe, in der die Beziehung auf den Prüfstand gestellt wird, ohne gegenseitige Verpflichtungen einzugehen. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft hat die Ehe somit nicht ersetzt, denn kommt zu diesem auf Liebe und Emotionalität spezialisiertem Partnerschaftssystem der Kinderwunsch oder Schwangerschaft hinzu, so ist die Ehe noch immer die erklärte Sozialisationsinstanz für Kinder.⁵

"Living-apart-Together"

Diese Lebensform ist vorzufinden bei etwa acht Prozent der Bevölkerung zwischen 18 und 61 Jahren, die in einer Partnerschaft mit zwei Haushalten leben. Der Studie "Berufsmobilität und Lebensform" von Schneider u. a. (2002) nach, werden über die Hälfte dieser "Living-apart-Together" von jungen, ledigen und kinderlosen Personen aus beruflichen- bzw. Ausbildungsgründen eingegangen. Aber auch diese Lebensform entspricht bei den Befragten nicht ihrem Ideal.

¹Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Leben in Deutschland: Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, (2005), S. 28-30.

²Vgl. Jutta Ecarius: Handbuch Familie, (2007), S.41.

³Rosemarie Nave-Herz: Familie heute, Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung, (2002), S. 33 f.

⁴Vgl. hierzu und zu Folgendem: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Leben in Deutschland: Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, (2005), S. 30-32.

⁴Vgl. hierzu und zu Folgendem: Jutta Ecarius: Handbuch Familie, (2007), S.41.

⁵Vgl. Rosemarie Nave-Herz: Familie heute, Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung, (2002), S. 19-21.

Alleinerziehende

Alleinerziehende Mütter und Väter sind inzwischen keine Randgruppe. Im Jahr 2005 gab es in Deutschland 2,6 Millionen Ein-Eltern-Familien mit über zwei Millionen minderjährigen Kindern, das sind etwa 14 Prozent aller Minderjährigen.¹

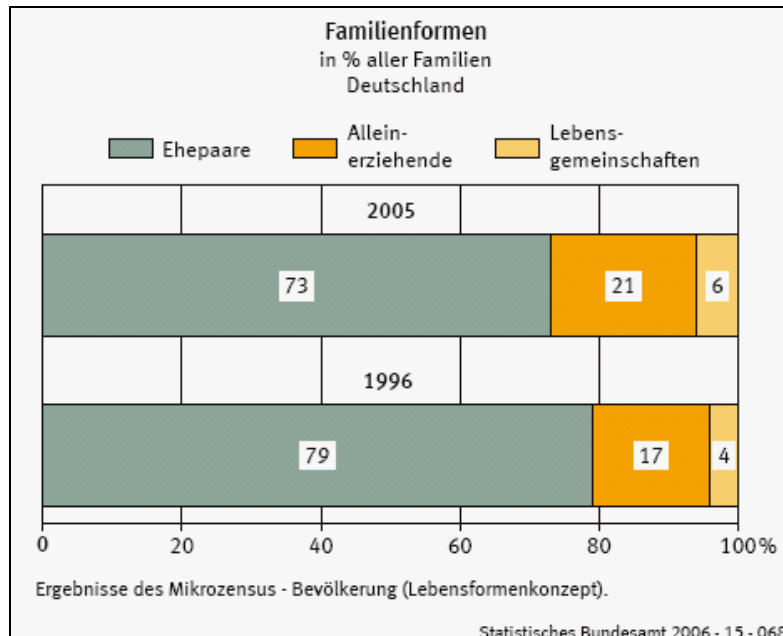


Abbildung 2-4: Anteil Alleinerziehender an allen Familien¹

87 Prozent der Alleinerziehenden sind Mütter. Differenziert man nach Familienstand, so stellen die geschiedenen und ledigen Mütter die Hauptgruppe (64 Prozent), gefolgt von Verwitweten (22 Prozent) und verheiratet, getrennt lebenden Müttern (14 Prozent). Die Ein-Eltern-Familien zeichnen sich gegenüber der Normalfamilie durch ein hohes Armutsrisiko aus. 25 Prozent alleinerziehender Mütter finanzierten ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Arbeitslosengeld I oder II und zu sechs Prozent mit Sozialhilfe. Alleinerziehende Väter haben nicht minder prekäre Einkommensverhältnisse, hier liegt die Finanzgrundlage bei rund 19 Prozent Arbeitslosengeld I, II und sechs Prozent Sozialhilfe.

Stieffamilien (Patchwork- oder Fortsetzungsfamilien)

Stieffamilien sind keine neuzeitliche Erscheinung. Noch bis in die Anfänge des 20. Jahrhunderts führte die häufige Müttersterblichkeit im Kindbett dazu, dass Familien sich neu zusammengesetzt haben. Im Unterschied zu den Stieffamilien früherer Jahrhunderte, die durch Tod eines Partners und Wiederverheiratung des überlebenden Elternteils gekennzeichnet war, finden moderne Fortsetzungsfamilien ihren Anstoß in Scheidungen. Unter diesem Familienbegriff wird eine Vielzahl

¹ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Leben in Deutschland: Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, (2005), S. 43, 50.

unterschiedlicher Konstellationen vereint, die jeweils verschieden ausgeprägte Anbindungen an weitere familiäre Netzwerke, also Kontakte zu leiblichen Eltern, Großeltern, anderen Verwandten, Freunden u. a. haben. Eine Gemeinsamkeit besteht aber: Mindestens ein sozialer Elternteil kommt zu den leiblichen Elternteilen hinzu, oder ersetzt einen verstorbenen Elternteil. Der Anteil der Stieffamilien an allen Familien mit minderjährigen Kindern ist mit 5,4 Prozent vergleichsweise gering.² Diese Lebensform birgt viele Konflikt- und Auflösungspotentiale, übersteht sie aber die gemeinsame Findungsphase, so münden viele Stiefelternschaften mit der Adoption der Kinder. Diese Adoptionen bilden zahlenmäßig mit 60 Prozent den größten Teil der Adoptionen in Deutschland.³

Drei- und Mehrgenerationenhaushalte

Die Familienform, in der Großeltern, Eltern und Kinder zusammenwohnen und haushalten, ist mit einem Prozent Anteil an allen Haushalten verschwindend gering. Ein Rückschluss auf die Isolation einzelner Generationen ist aber an dieser Stelle verfehlt, denn Studien belegen umfangreiche monetäre und emotionale Transferbeziehungen. Auch die Pflege der Senioren wird zu 74 Prozent innerfamiliär übernommen. Allerdings sind die Generationen durch räumliche Trennung gekennzeichnet. Die Begriffe "multilokale Mehrgenerationenfamilie", "Intimität auf Abstand" bzw. "innere Nähe durch Distanz" sind hier prägend. Deutschlandweit ist die Hausfamilie mit einem Anteil von rund sieben Prozent wesentlich weiter verbreitet als Mehrgenerationenhaushalte.⁴ In Hausfamilien wohnen mehrere Generationen eines Familienverbandes zwar unter einem Dach, aber in separaten Wohnungen. Diese Form des Zusammenlebens findet man überwiegend in ländlich geprägtem, traditionellem Umfeld und konservativer Orientierung. Hausfamilien lassen sich wie folgt charakterisieren: "Familienvverbände, innerhalb derer sich gewisse Grenzen individueller Autonomie und selbstständigen Haushaltens realisieren lassen. Trotz getrennter Wohnungen finden beträchtliche alltägliche soziale Vernetzungen und Hilfeleistungen zwischen den Teilhaushalten und Personen einer Hausfamilie statt. Hausfamilien repräsentieren diesbezüglich eine Mischform – halb individualisierte Lebensform, halb Interdependenz und Abhängigkeit der Mitglieder –, die unabhängig von konkreten Notsituationen gebildet werden."¹

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die gelebten Lebensformen heute sehr vielfältig sind. Höhere Einkommen, mehr Bildung, neue Kommunikationsmittel und mehr gesellschaftliche Akzeptanz bzw. Toleranz eröffnen enorme Wahlmöglichkeiten sein Leben nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten. Betrachtet man die verschiedenen Lebenswege im Hinblick auf die Entscheidung Für oder Gegen Kinder, so stellt man fest, dass sich in den vergangenen 30 Jahren eine Polarisierung in einen Familiensektor und einen Nicht-Familiensektor abzeichnet. Die Zahl der Familiengründungen geht zurück, sie werden später gegründet und es gibt mehr Alleinerziehende

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Leben in Deutschland: Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus, (2005), S. 43,51.

² Vgl. Jutta Ecaris: Handbuch Familie, (2007), S.44.

³ Vgl. Renate Schmid: S.O.S. Familie, ohne Kinder sehen wir alt aus, (2002), S.68.

⁴ Marek Fuchs: Hausfamilien, Nähe und Distanz in unilokalen Mehrgenerationenkontexten, (2003), S. 31.

und nicht eheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern. Zudem ist die Geburtenrate außerordentlich gering, die Familien werden kleiner. Die Lebensformen ohne Kinder gewinnen hingegen quantitativ immer weiter an Bedeutung. Es steht also einem kleinen aber wachsenden Nichtfamiliensektor ein statistisch größerer, jedoch schrumpfender Familiensektor gegenüber.

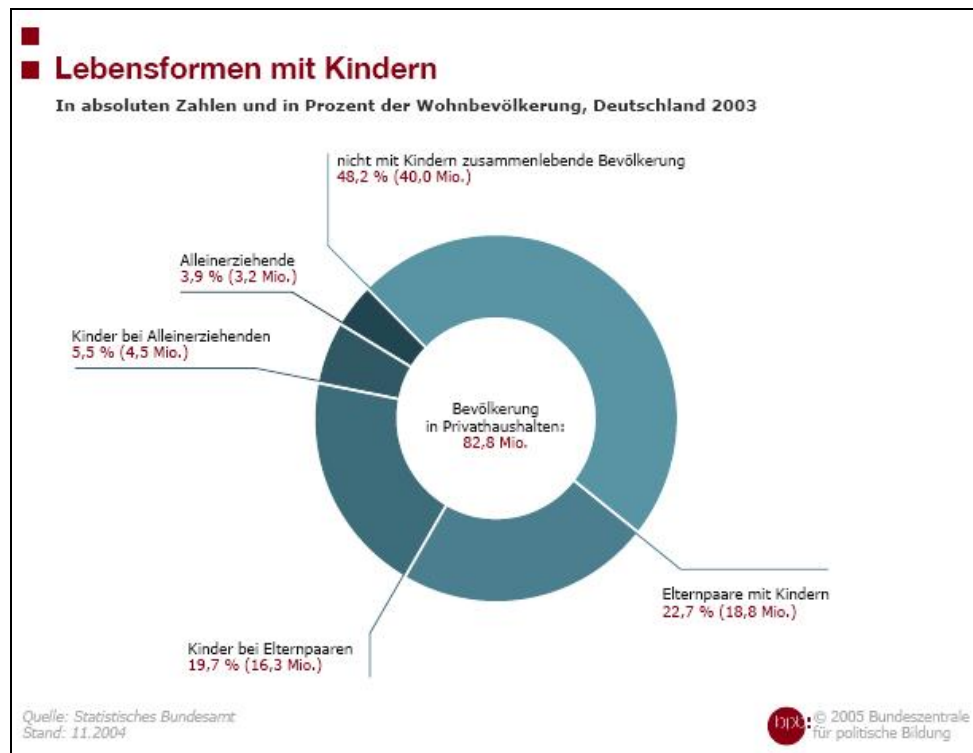


Abbildung 2-5: Lebensformen mit Kindern²

2.1.3 Historischer und zeitgeschichtlicher Rückblick

An dieser Stelle kann des Umfanges wegen kein vollständiger Beitrag zur zeitgeschichtlichen Entwicklung der Familie erfolgen. Es wird aber der Zweck verfolgt, die Ursprünge unseres Verständnisses bzw. Familienbildes zu ergründen, und die bestehende Ambivalenz zwischen Familienideal und Realität verdeutlicht werden. Ideale vergangener Zeiten bestimmen noch immer die heutigen Maßstäbe, Familienrealität ist aber eine andere, so führt dies zu erheblichen gesellschaftlichen Spannungen.

Das Ideal des liebenden Ehepaares mit Kindern ist erst seit etwa 250 Jahren populär. Es löste die Familie als Zweck- und Notgemeinschaft ab, nachdem eine immer breitere Schicht zu Wohlstand gekommen war.¹ Alte indogermanische Sprachen enthalten aber schon Worte wie „Vater“, „Bruder“ und „Schwester“. Anthropologen gehen davon aus, dass sich bereits bei Jägern und Sammlern innerhalb der Gruppenverbände Kernfamilien organisiert haben. Ökonomische Zwänge und

¹ Vgl. Marek Fuchs: Hausfamilien, Nähe und Distanz in unilokalen Mehrgenerationenkontexten, (2003), S. 245 f.

² Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/files/E61AH6.pdf>, S. 40. Zugriff: 25.03.2008.

Interessen haben das Zusammenleben bestimmt. Die Kinder in den Bauern- und Handwerksfamilien mussten von klein auf mitarbeiten, um das Überleben der Familie zu sichern. Auch gab es zum Bürgertum einen Unterschied in der Familienzugehörigkeit, denn zur Familie zählten im ländlichen Haushalt alle darin lebenden Menschen, samt Verwandte, Mägde und Knechte. Dieser Familienbegriff entstand bereits in der Antike. Die römische familia schloss die ganze Hausgemeinschaft und Sklaven mit ein. In der vorindustriellen Gesellschaft hatten emotionale Bindungen in den Familien kaum eine Rolle gespielt. Die ersten Kleinfamilien mit eigenem Haushalt entstanden in der Zeit zwischen dem 11. und 13. Jahrhundert innerhalb enger Clans, Sippen und Verwandtschaften. Ein starker Bevölkerungsanstieg führte dazu, dass unter einem Dach nicht mehr genug Platz für alle Angehörigen war. So zerfiel die häusliche Gemeinschaft und die ersten Paare und Alleinstehenden zogen in die räumliche Selbstständigkeit. Ab 1250 wurden deshalb nicht mehr Haus und Hof besteuert, sondern die Feuerstellen der Einzelfamilien.² Das Ehepaar und sein Haushalt wurden zum zentralen Bezugspunkt der Familie. Dies bezeugt bereits, dass in der vorindustriellen Gesellschaft sehr vielfältige Formen des Zusammenlebens vorzufinden waren. Neben der Hausgemeinschaft als Familie gab es als Auswirkung der hohen Müttersterblichkeit sehr häufig auch Stieffamilien. Nicht zuletzt ergab sich die Vielfältigkeit als eine Antwort auf die unterschiedlichen Heiratsverbote, denn die wirtschaftlich abhängigen Erwachsenen oder Menschen der Unterschicht sind häufig lebenslang ledig geblieben, z. B. Soldaten, Knechte oder Gesellen ohne Aussicht auf eine Meisterstelle. So gehörten viele uneheliche Geburten und Alleinerziehenden Familien zum alltäglichen Bild. Die Mehrgenerationenfamilie war dagegen seltener anzutreffen, als man heute vermutet. Allein aufgrund der durchschnittlich niedrigen Lebenserwartung lernten nicht viele Enkel die Großeltern kennen. Das Zusammenleben von drei Generationen in einem Haushalt kam daher wenn überhaupt, dann über kurze Zeitspannen. Die Beziehungen zwischen den Generationen waren sehr rational geprägt, so bezeugen viele Altenteiler-Verträge die enormen Auseinandersetzungen, mit denen die Übergabe des Hofes reguliert worden ist.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Familie der vorindustriellen Epoche völlig ungeeignet ist, um sie zum Vergleichspunkt für die heutige Debatte um den Untergang der Familie zu wählen. Denn auch sie ist im Plural zu sehen, war verschiedenen Konflikten ausgesetzt und in der Gefahr durch Tod und Wiederverheiratung sich zu verändern. Darüber hinaus war die durchschnittliche Kinderzahl niedriger als allgemein angenommen wird. Die Frauen hatten zwar bis zu elf oder zwölf Geburten zu überstehen, überlebt haben aber selten nicht mehr als drei oder vier.³

Die Normalfamilie, die bis heute noch vorherrschend ist, findet ihren Ursprung in der bürgerlichen Familie und ist durch Trennung von Erwerbsarbeit und Familie, scharfe geschlechterspezifische Arbeitsteilung und Sozialisation der Kinder als ihre Hauptaufgabe gekennzeichnet. Die Trennung

¹ Vgl. hierzu und zu Folgendem GEO 03/2005, Jens Uehlecke: Familie im Wandel, (2005), S. 139.

² Vgl. hierzu und zu Folgendem: Christiane Dienel: Familienpolitik. Eine praxisorientierte Gesamtdarstellung der Handlungsfelder und Probleme, (2002), S. 12 ff.

³ Vgl. Rosemarie Nave-Herz: Familie heute, Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung, (2002), S. 41.

von Arbeitsstätte und Haushalt führte zu einem Verlust vieler väterlicher Funktionen, wie die Ausbildung, Unterrichtung sowie die moralisch, religiöse Erziehung der Kinder vor allem die der Söhne.¹ Väterliche Funktionen des bürgerlichen Vaters wurden umfassend an die Mutter delegiert. Das Alleinernährermodell stellt einen im 19. Jahrhundert einsetzenden Typus dar, der aber nie vollständig in mittlere und untere Schichten vordrang.² Je nach gesellschaftlicher Schicht haben Frauen in der Fabrik gearbeitet oder waren zu Hause geblieben. In den begüterten Kreisen begann die Spezialisierung nach dem Vorbild von Schillers berühmter „Glocke“:

„Der Mann muss hinaus ins feindliche Leben
muss wirken und streben und pflanzen und schaffen, erlisten, erraffen
muss wetten und wagen, das Glück zu erjagen (...)
und drinnen waltet die züchtige Hausfrau,
die Mutter der Kinder, und herrscht weise im häuslichen Kreise.“

Etwa zur gleichen Zeit wurde die Kindheit entdeckt, und die Rolle der Mutter neu definiert. War es zuvor noch üblich, dass Kinder im Familienverbund, also auch von Geschwistern, Großeltern oder Bediensteten betreut und erzogen wurden, haben einflussreiche Erzieher wie Johann Heinrich Pestalozzi und Jean-Jacques Rousseau die Mutterrolle neu definiert.³ Kindererziehung galt von nun an als „unbestreitbare Sache der Frauen“, die neue Mutter-Kind-Symbiose beinhaltete vor allem, dass Mütter zu Hause bleiben: „Eine richtige Familienmutter ist bestimmt keine Dame von Welt, denn sie ist in ihrem Heim kaum weniger eingeschlossen als eine Nonne in ihrem Kloster.“⁴

Allerdings konnten sich das die wenigsten Familien leisten, und so entstand parallel zur bürgerlichen Familie die Arbeiterfamilie.⁵ In dieser gingen nicht nur Vater und Mutter, sondern auch Kinder arbeiten, um das Überleben zu sichern. Nur die kleine Gruppe der bürgerlichen Ehefrauen lebten nach diesem Ideal und die überwiegende, hart arbeitende Mehrheit der Frauen hat die Arbeit nicht als Emanzipation empfunden und sehnte sich nach dem sorglosen Leben der Hausfrau und Mutter. Damalige Forderungen der Arbeitervereine nach mehr Lohn, mit dem Argument, dass dann die Ehefrauen auf die Erwerbstätigkeit verzichten könnten, um sich gänzlich dem Haushalt und Familie zu widmen, bezeugen die in jener Zeit breite Anerkennung des bürgerlichen Familienmodells. Das Modell setzte sich im Laufe der Zeit auch in der Realität immer stärker durch. Erziehung wurde privatisiert, der Staat zog sich zurück. Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollte die übergeordnete Instanz (Staat) nur die Aufgaben übernehmen, die die Familie nicht leisten konnte. Auch der Nationalsozialismus hielt an der Ernährerfamilie fest, auch wenn es weniger um Mütterlichkeit ging, als um die Durchsetzung der Rassen- und Bevölkerungsideologie. Die

¹ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Jutta Ecarius (Hrsg.): Handbuch Familie, (2007), S. 182.

² Vgl. hierzu und zu Folgendem: Rosemarie Nave-Herz: Familie heute, Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung, (2002), S. 52-55.

³ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Christiane Dienel: Familienpolitik. Eine praxisorientierte Gesamtdarstellung der Handlungsfelder und Probleme, (2002), S. 12 ff.

⁴ Jean-Jacques Rousseau: Emile, zitiert nach Karen Pfundt: Die Kunst, in Deutschland Kinder zu haben, (2004), S. 106.

⁵ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Rosemarie Nave-Herz: Familie heute, Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung, (2002), S. 48-54.

Propaganda gegen die weibliche Berufstätigkeit verstummte jedoch schnell und kam in Erklärungsnot, als der Rüstungsindustrie nicht genügend Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Im nationalsozialistischen Deutschland wurden zum ersten Mal in größerem Maße staatliche bevölkerungs- und familienpolitische Maßnahmen realisiert, die stark von der rassistischen Ideologie des Regimes geprägt waren. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges galt die Bevölkerungspolitik damit als diskreditiert, alle darauf bezogenen Maßnahmen wurden gestrichen. Familie galt fortan als Privatangelegenheit. Das Grundgesetz (Schutz von Ehe und Familie) und die an Bedeutung gewinnende Familienpolitik wurden am Bild einer Hausfrauenfamilie als "Idealfamilie" ausgerichtet, die Ehe besonders gefördert (Ehegattensplitting). Die stärkste Verbreitung fand das traditionelle Modell in Westdeutschland Mitte des 20. Jahrhunderts. Denn im Gegensatz zu den Entwicklungen in der DDR, die von Anfang an das sozialistische Familienbild mit einer erwerbstätigen Mutter unterstützte, setzte Westdeutschland weiterhin auf das Ideal der Vorkriegszeit. Durch die Kirchen und die Politik wurde das Modell als das einzige Ideal unterstützt und forciert, die Realität mit all den Witwen, Alleinerziehenden und Trümmerfrauen ausgeblendet. Erst Mitte der 1970er Jahre stellen sich ideologischer Wandel und strukturelle familiäre Veränderungen ein, die Mutter- und Vaterrolle wird zunehmend egalisiert.

2.1.4 Ausgewählte Funktionen der Familie¹

Familie verbindet grundsätzlich biologische und soziale Funktionen. Sie garantiert das Weiterbestehen der Gesellschaft durch das Hinzukommen neuer Mitglieder und der Eingliederung dieser neuen Mitglieder in die Gesellschaft. Des Weiteren erfüllt die Familie Ordnungs- und Orientierungsaufgaben, vermittelt religiöse, kulturelle und soziale Wertvorstellungen und trägt damit zur Persönlichkeitsbildung der Kinder bei.

Die zeitgeschichtliche Entwicklung hat gezeigt, dass neben den Veränderungen der familialen Strukturen, die Familie in den Industrienationen auch einen Funktionswandel erlebt hat.² Sowohl interne wie externe Anforderungen, Erwartungen und Bedürfnisse an die Familie haben sich verändert. So wurde zum Beispiel die Familie durch die Einrichtung von Krankenhäusern, Schulen, Altenheimen, Kindergärten mit entsprechend ausgebildetem Personal, entlastet und ihr die Schutz- und Fürsorgefunktionen teilweise abgenommen. Im Folgenden werden drei der Familie zugeschriebenen Funktionen beschrieben.

Reproduktionsfunktion

Als spezialisierte Leistung wird vom Ehe- und Familiensystem die biologische und soziale Reproduktion erwartet. Bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts schrieb man die biologische

¹ Trotz unterschiedlicher theoretischer Ansätze stimmen Familiensoziologen überein, dass die Betrachtung der Ehe und Familie aus funktionalistischer Sicht auf die Frage abzielt, ob und durch welche Leistungen die Familie zum Bestand der Gesellschaft beiträgt.

² Vgl. hierzu und zu Folgendem: Rosemarie Nave-Herz: Familie heute, Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung, (2002), S. 77 f.

Reproduktion ausschließlich der Ehe zu. Kinderlosigkeit in der Ehe bzw. nichteheliche Kinder sind bis dahin gesellschaftlich abgelehnt und diskriminiert worden.¹ 1970 wurde die rechtliche Stellung lediger Mütter und unehelicher Kinder erstmals verbessert.² Heute wird die Reproduktion auch außerhalb der Ehe gesellschaftlich und rechtlich akzeptiert und toleriert. Lag der Anteil der unehelichen Kinder bis zum Zweiten Weltkrieg zwischen acht und dreizehn Prozent, so ist ihr Anteil in den letzten 30 Jahren auf 30 Prozent gestiegen.³ Wobei festzuhalten ist, dass die weit überwiegende Mehrheit der Kinder (70 Prozent) immer noch ehelich geboren wird und zudem die vorehelichen Geburten zu ca. 50 Prozent nachträglich durch Eheschließung legitimiert werden.⁴ Geht man nun der Frage nach, ob die Familie, mit oder ohne Trauschein, ihre biologische Reproduktionsfunktion im Hinblick auf den Beitrag zum Erhalt der Gesellschaft erfüllt, so muss man angesichts derzeitiger Fertilitätsrate von 1,34 Kindern pro Frau diese Frage verneinen.⁵

In der modernen Familiensoziologie wird unter der sozialen Reproduktionsfunktion die physische und psychische Regeneration der Familienmitglieder zusammengefasst.⁶ Die Familie als wichtiger Rückzugs- und Entspannungsbereich, gegenüber dem außerfamiliären Alltag sorgt in dieser Funktion für die körperliche, seelische Leistungsfähigkeit und Stabilität der Familienmitglieder. Das Leben in einer Familie erfüllt zentrale Bedürfnisse persönlicher und emotionaler Art. Dabei stehen Gemeinsamkeiten, Zusammenhalt, Vertrauen, Verbundenheit im Vordergrund. Früher wurde diese als familiäre Haushaltsfunktion bezeichnet, und damit begründet, dass der „Haushalt der Ort ist, an dem (...) höchst individuelle Leistungen der verschiedensten Art aneinander weitergegeben werden: Geld, Güter, Gefühle, Erfahrungen, Dienstleistungen etc.“⁷ Heute soll vielmehr der Zweck hauswirtschaftlicher Haushaltsarbeiten herausgestellt werden und damit auf die bleibende Regenerationsverantwortung der Familie für ihre Mitglieder verwiesen werden. Beispielhaft können an dieser Stelle die Familienmahlzeiten betrachtet werden. Die Essenzubereitung nimmt wesentlich weniger Zeit in Anspruch als früher, dennoch bleibt das „gemeinsame Essen“ ein wichtiges Ritual, bei dem nicht nur der Hunger gestillt wird, sondern das der Familienkommunikation, Erziehungszielen, Ausbildung und der Weitergabe der Traditionen dient.⁸

¹ Vgl. Sybille Buske. Fräulein Mutter und ihr Bastard: Eine Geschichte der Unehelichkeit in Deutschland 1900-1970. Moderne Zeit: Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Review vom März 2006, zitiert nach: Wolfgang AyaŸ: Illegitimate in Germany, Humanity & Social Sciences Online, <http://www.h-net.org/reviews/showrev.cgi?path=235221149516316>.pdf. Zugriff: 23.03.2008.

² Das Nichtehechengesetz von 1969 bezeichnet uneheliche Kinder und ihre Mütter erstmals als "Familie" und bestätigt hierdurch einen tiefgreifend veränderten Familienbegriff. Die grundlegenden Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs von 1896 blieben bis 1969 unverändert: Das uneheliche Kind war mit seinem Vater familienrechtlich nicht verwandt, selbst wenn die Vaterschaft anerkannt war und Unterhaltszahlungen geleistet wurden, auch nicht, wenn der Vater mit der Mutter unverheiratet zusammenlebte und seine Vaterrolle faktisch erfüllte.

³ Vgl. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Bevoelkerung/BroschuereGeburtenDeutschland.pdf>. Zugriff: 23.03.2008.

⁴ Diese Widersprüchlichkeit zwischen dem Wegfall des Heiratszwanges, also der Entdiskriminierung der Nichtehelichkeit und gleichzeitig dem bleibenden Muster von „wenn Kinder dann Ehe“ erklären die Wissenschaftler mit den weiterhin bestehenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, den Traditionen und mit der noch gültigen Platzierungsfunktion. Die Platzierungsfunktion nach René König belegt, dass die Institution der Ehe den Kindern ihre Platzierung innerhalb der Familie, Verwandtschaft und Gesellschaft erleichtere.

⁵ Vgl. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Bevoelkerung/BroschuereGeburtenDeutschland.pdf>. Zugriff: 23.03.2008.

⁶ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Rosemarie Nave-Herz: Familie heute, Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung, (2002), S. 85 ff.

⁷ F. Neidhardt: Die Familie in Deutschland (1975), zitiert nach Nave-Herz: Familie heute, Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung, (2002), S. 86.

⁸ Vgl. Rosemarie Nave-Herz: Familie heute, Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung, (2002), S.86 f.

Auch die gegenseitige Solidarität wird weiterhin erwartet und gelebt. Familien, die zusammenhalten, sind besser in der Lage Stress, Lebenskrisen und Konflikte aus anderen Lebensbereichen zu bewältigen. Es lassen sich auf statistischer Ebene sogar Zusammenhänge zwischen Familienstand und Lebenserwartung nachweisen.¹ So haben ledige und geschiedene Männer ein signifikant höheres Mortalitäts- und Krankheitsrisiko. Die Verwitwung reduziert bei Frauen und Männern die Lebenserwartung. Damit wird der Ehe und der Familie weiterhin die soziale Reproduktionsfunktion zugeschrieben.

Sozialisationsfunktion

„Jenseits der Reproduktionsfunktion kommen auf die Familien wichtige Erziehungsaufgaben zu. Familie ist die wichtigste Instanz der Sozialisation nachwachsender Generationen. Die familiären Erziehungsleistungen beziehen sich in erster Linie auf die Vermittlung allgemeiner Sozialkompetenz im Sinne von Primär- und Schlüsselqualifikationen sowie die Weitergabe von gesellschaftlichen Normen und Werten. Dadurch entstehen positive externe Effekte für die Gesellschaft.“² So definiert Bert Rürup, Vorsitzender des Sachverständigenrates, die Sozialisationsfunktion in einem Gutachten. Bisher gibt es keine allgemein anerkannte Definition, doch die Sozialforscher stimmen überein, dass Sozialisation den „Prozess eines Menschen zum Mitglied-Werden in einer Gesellschaft bezeichnet.“³ Die Sozialisation der frühen Kindheit war bis zum Übergang zum bürgerlichen Modell als gesamtgesellschaftliche Leistung angesehen. Wie bereits erwähnt, wurden die Kinder bis dahin von den eigenen Eltern, aber auch von Großeltern, Tanten, Bediensteten, unverheirateten Verwandten betreut und erzogen. Erst mit der Ausprägung der Kleinfamilie wurde die Sozialisation in allen Industriestaaten Elternsache, zunächst mit fast ausschließlichem Fokus auf die Mutter, heute vermehrt auch unter Einbezug des Vaters. Insbesondere in Deutschland ist die Betreuung und Erziehung in den ersten drei Lebensjahren allein den Eltern aufgetragen. Diese enge Verknüpfung der Funktion an die Kernfamilie findet in anderen europäischen Ländern und Kulturen nicht statt. So gilt zum Beispiel in Spanien und Polen die Kleinkindbetreuung durch die Großeltern als soziale Norm und selbstverständliche Aufgabe und das, egal ob die Mutter erwerbstätig ist oder nicht. Türkische Großeltern melden ihren Erziehungs- und Betreuungsanspruch bewusst an, da diese gesellschaftlich als sehr wertvoll und wichtig erachtet wird. In Deutschland findet der Einbezug der Großeltern mehr im Rahmen einer Hobby- und Freizeitgestaltung statt. Im Vorschulalter verbringen der Großteil der deutschen Kinder (Vgl. Kapitel 3.2.1), in anderen europäischen Ländern beinahe alle Kinder, einen Teil ihrer Zeit in institutionellen Betreuungseinrichtungen. In Deutschland ist der Besuch einer Tageseinrichtung bei

¹ Vgl. H. Brockmann, Th. Klein: Familienbiographie und Mortalität in Ost- und Westdeutschland (2002). In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, H. 5, S. 430-440, zitiert nach Rosemarie Nave-Herz: Familie heute, Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung, (2002), S. 87.

² Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bert Rürup: "Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung – Gutachten im Auftrag des BMFSFJ, (2003), S. 3.

³ Rosemarie Nave-Herz: Familie heute, Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung, (2002), S. 88. Vgl. hierzu und zu Folgendem: Rosemarie Nave-Herz: Familie heute, Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung, (2002), S.88 ff.

Kindern unter drei Jahren die Ausnahme.¹ Nur etwa zehn Prozent der Kinder dieser Altersgruppe werden laut Mikrozensus institutionell betreut. Für Kinder im Kindergartenalter ist der Besuch eines Kindergartens eher der Regelfall, auch wenn die Besuchsquote mit dem Alter der Kinder variiert: Drei- bis Vierjährige – 57 Prozent, Vier- bis Fünfjährige – 85 Prozent. Spätestens ab dem sechsten Lebensjahr wird die Sozialisationsfunktion an schulische Institutionen delegiert. Weiterhin bleibt die Familie die oberste Instanz was die moralische und emotionale Wertorientierung, sowie die Lern- und Leistungsbereitschaft angeht. Dagegen sollen in der Schulbildung bestimmte Fähigkeiten, die im späteren Berufsleben benötigt werden vermittelt werden. Die Schule kann die familiäre Sozialisation nur ergänzen, denn die Prägung der Vertrauensbereitschaft, Arbeitsmotivation, Sprachkompetenz usw. erfolgt nach wie vor in der Familie. Durch den Umstand, dass der Leistungsdruck in allen Teilsystemen der Gesellschaft wächst, steigen auch die Anforderungen an die Familie, die neben der Familienbildung die Verantwortung für schulische Leistung und Bildung übernimmt. Das Gymnasium wird nur noch in acht Stufen absolviert, gleichzeitig die Studiendauer gekürzt, und am Besten können die Kinder schon vor der Einschulung lesen, schreiben und potenzieren. So bleiben die Hausfrauen die Nachhilfelehrerinnen der Nation, zumindest solange die Ganztagschule noch kein flächendeckender Ansatz der Bildungspolitik ist. Betrachtet man die Sozialisationsfunktion aus der Makroperspektive, also der Frage nachgehend, wie wichtig bzw. unwichtig der Beitrag der Familien für die Gesellschaft ist, so muss man gerade im Hinblick auf das Humankapital einer Gesellschaft feststellen, dass die Leistungen der Familie institutionell nicht ersetzt, sondern nur ergänzt werden können. Die Familienleistung bestimmt über die Qualität der Familienmitglieder (Produzierende), die Produktivität einer Volkswirtschaft. Krüsselberg betont, dass „der Weg des Aufbaus von menschlichem Handlungspotential, von Humanvermögen, in der Familie beginnt. Dort nämlich wird die Befähigung junger Menschen zur Bewältigung des Alltagslebens vermittelt: Das setzt den Aufbau von sozialer Daseinskompetenz (Vitalvermögen) und von Fachkompetenz (Arbeitsvermögen) als Grundkomponenten des Humanvermögens voraus. Erst auf dieser Basis kann sich im gesellschaftlichen Raum Arbeit entfalten.“²

Die von der Familie erbrachten Sozialisierungsleistungen der Familie sind maßgeblich für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung von Volkswirtschaften. Deshalb sind sie unverzichtbar. Da jedoch diese Leistungen immer in Abhängigkeit zum kulturellen, sozialen und ökonomischen Kapital der Familie stehen, sind immer mehr Familien in prekären Situationen nicht in der Lage ihren Kindern die nötigen Ressourcen mit auf den Weg zu geben.³ Gerade Mehrkindfamilien und alleinerziehende Mütter sind einem hohen Risiko ausgesetzt, längerfristig in Armut zu leben oder wiederholt in Armut zu fallen. Aus sozialisationstheoretischer Perspektive ist dies im Hinblick auf die aktuelle Lebenssituation der Familie, aber auch in Bezug auf die

¹ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Zahlenspiegel 2005, Kindertagesbetreuung im Spiegel der Statistik, S. 95.

² H. G. Krüsselberg: Ethik, Vermögen und Familie – Quellen des Wohlstands in einer menschenwürdigen Ordnung (1997): zitiert nach Rosemarie Nave-Herz: Familie heute, Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung, (2002), S. 91.

³ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 174 f.

Entwicklungschancen der Kinder sehr problematisch. Eine dauerhafte Abhängigkeit von staatlichen Geldleistungen führt zur Desillusionierung und der sozialen Isolation der Familie. Für die Sozialisation der Kinder bleibt diese Erfahrung nicht ohne Folgen, häufig führt diese Situation zu einem Ausschluss am gesellschaftlichen Mitwirken und einer vererbten Chancenungleichheit. Auch die Fähigkeit die Kinder fit für die spätere Familie und Beruf zu machen, ist eng mit dem sozialen Milieu verknüpft. Der spätere Schulerfolg der Kinder und somit das Humankapital der Zukunft, wie die Debatte um die PISA-Studie zeigt, ist gefährdet, sollte die Sozialisation weiterhin ausschließlich der Familie zugeschrieben werden.¹

Platzierungsfunktion

Die soziale Platzierung eines Menschen verweist auf die gesellschaftliche Position innerhalb der hierarchischen Strukturen der Gesellschaft.² Historisch gesehen wurde die soziale Platzierung alleine durch Vererbung bestimmt. In der heutigen Gesellschaft erfolgt die Platzierung idealerweise nach dem Leistungsprinzip, nicht nach der Herkunft. Statistisch wurde aber belegt, dass in der Bundesrepublik folgende Annahme revidiert werden muss: Schulische Leistungen und Abschlüsse sind die „primäre und entscheidende und nahezu einzige soziale Dirigierungsstelle für Rang, Stellung und Lebenschancen des Einzelnen in unserer Gesellschaft“. Im Vergleich zu 32 anderen Staaten besteht in Deutschland ein besonders enger Zusammenhang zwischen Schulleistungen und Herkunft.³ Trotz Leistungsprinzip und dem Grundsatz der Chancengleichheit wird die soziale Platzierung weitestgehend von der Herkunftsfamilie vorbestimmt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass auf der einen Seite die Anforderungen an die Familie stark angestiegen sind. Andererseits hat die Familie Teile der Sozialisations-, Schutz- und Fürsorgefunktionen an Institutionen abgegeben. Die Abgabe bestimmter Funktionsteile an öffentliche Einrichtungen hat sich durch die gewandelten Gesellschaftsbedingungen ergeben, speziell durch die räumliche Trennung von Arbeit und Wohnen. Von einem „Funktionsverlust“⁴ kann man nicht sprechen. Höchstens von einem Wandel bzw. einer Spezialisierung auf bestimmte Aspekte der Familienfunktionen. So wird zum Beispiel ein Teil der Fürsorgefunktion an öffentliche Betreuungs- und Bildungsinstitutionen abgegeben, gleichzeitig ist frühkindliche Bildung weitestgehend Aufgabe der Familie. Die Familie hat sich somit auf die Bildung und Erhaltung von Humanvermögen spezialisiert.

¹ Vgl. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung: Pisa 2000: Die Studie im Überblick, Grundlagen, Methoden und Ergebnisse, (2002), S. 13.

² Vgl. hierzu und zu Folgendem: Rosemarie Nave-Herz: Familie heute, Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung, (2002), S.91ff.

³ Vgl. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung: Pisa 2000: Die Studie im Überblick, Grundlagen, Methoden und Ergebnisse, (2002), S. 19.

⁴ Gemeint ist damit die Abgabe der familialen Aufgaben an andere Institutionen und die damit verbundene angenommene Bedeutungslosigkeit der Familie.

2.2 Familie in Zahlen

2.2.1 Entwicklung der Familien-, Haushaltsgröße

An dieser Stelle erfolgt ergänzend zu den Ausführungen verschiedener Lebensformen im Kapitel 2.1.2 eine statistische Aufstellung des Familienumfeldes.

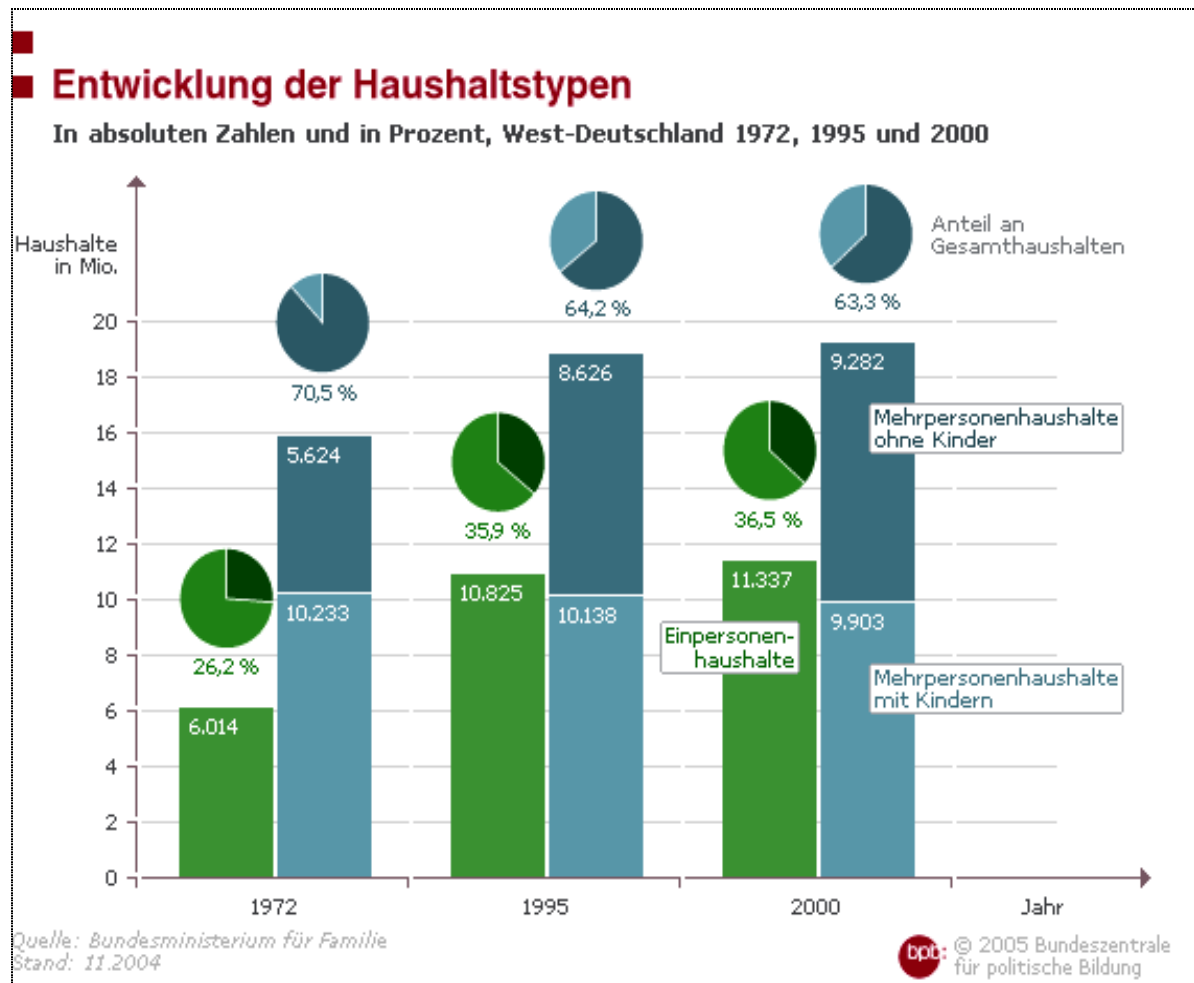


Tabelle 2-1: Entwicklung der Haushaltstypen¹

Seit den 1970er Jahren hat sich die Struktur der Haushalte in Deutschland deutlich gewandelt. Die Bedeutung von Mehrpersonenhaushalten hat abgenommen, während der Anteil von Einpersonenhaushalten zugenommen hat. Bezogen auf die Gesamtzahl der Haushalte wohnen in einem Drittel der Haushalte Erwachsene mit Kindern unter 18 Jahren zusammen. In einem weiteren Drittel leben keine Kinder, und das letzte Drittel stellen die Einpersonenhaushalte. Die Anzahl der Haushalte mit drei, vier oder fünf und mehr Personen ist stark gesunken. Bei der Interpretation der Veränderungen ist zu berücksichtigen, dass neben der Pluralisierung der Lebensformen, der Anteil älterer Bevölkerung zu einem Anstieg der Einpersonenhaushalte beiträgt.

Zudem leben häufig unter 30-Jährige in Einpersonenhaushalten, diese Lebensform stellt aber meist nur eine Zwischenform dar.

Bevölkerung Gesamt-Deutschland 1973 und 2003.	1973	2003
Einpersonenhaushalte	9,8	17,4
Haushalte mit 2 Personen	21,1	31,8
Haushalte mit 3 Personen	21,4	19,8
Haushalte mit 4 Personen	22,6	20,6
Haushalte mit 5 und mehr Personen	25,1	10,5

Tabelle 2-2: Haushaltstypen in Prozent der Bevölkerung²

Die Altersstruktur der Bevölkerung wird sich in den nächsten Jahrzehnten weiter verändern. Der Anteil Älterer an der Gesamtbevölkerung wird von 16 Prozent im Jahr 2000 auf 29 Prozent im Jahr 2050 steigen. Umgekehrt verhält es sich mit Kindern und Jugendlichen, ihr Anteil an der Bevölkerung wird von 21 Prozent im Jahr 2000 auf 16 Prozent im Jahr 2050 sinken.³ Die Entwicklung der Geburtenziffer unterstreicht den einschneidenden Wandel der Lebensformen. Seit 20 Jahren schwankt die zusammengefasste Geburtenziffer⁴ um die 1,3 und 1,4 Kindern pro Frau.

Neben dem allgemeinen Geburtenrückgang prägt das zunehmende Alter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes die demographische Entwicklung.⁵ Mit steigendem Alter nimmt nicht nur der Kinderwunsch rapide ab, auch das Zeitfenster zur Realisation des Kinderwunsches verengt sich. Während 94 Prozent der 16 bis 26-jährigen Frauen und 86 Prozent der Männer sich Kinder wünschen, sind es nur noch 30 Prozent der Frauen im Alter zwischen 35 und 44 Jahren.

¹ Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/files/E61AH6.pdf>, S.31. Zugriff: 25.03.2008.

² Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/wissen/IZ8910.0.BevProzent> B6lkerung_nach_Haushaltstypen.html. Zugriff: 25.03.2008.

³ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, (2003), S. 97.

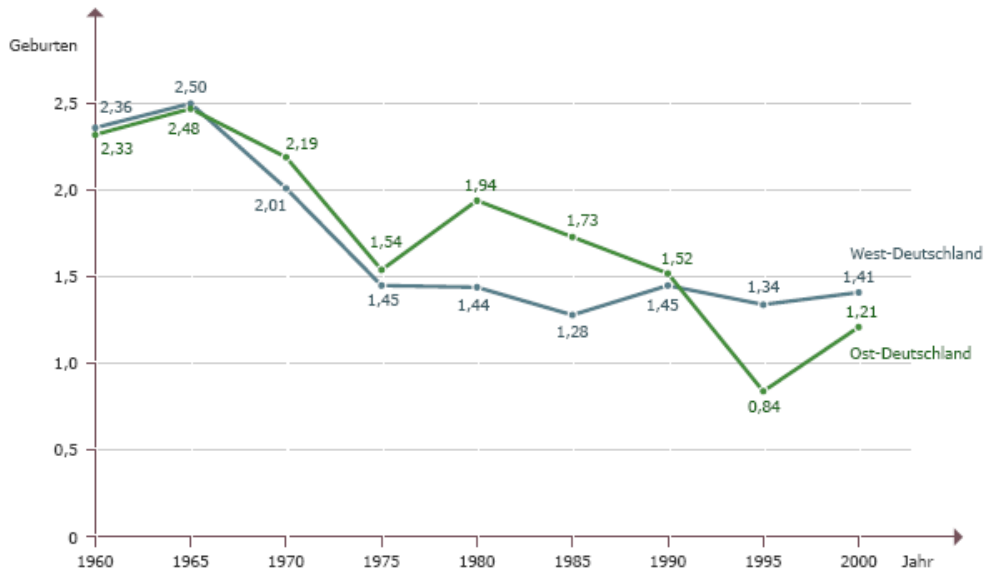
Die Werte beziehen sich auf die Entwicklung der Bevölkerungsanteile nach der zweiten Variante der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.

⁴ Die durchschnittliche Kinderzahl wird zur Beschreibung des aktuellen Geburtenverhaltens herangezogen. Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen zwischen 15 und 49 Jahren im jeweils betrachteten Jahr. Die durchschnittliche Kinderzahl wird als zusammengefasste Geburtenziffer berechnet. Dazu werden alle Geborenen nach dem Alter ihrer Mütter sortiert. Dann wird für jedes Altersjahr berechnet, wie hoch der Anteil der Frauen dieses Alters ist, die in diesem Jahr ein Kind bekommen haben. Daraus ergeben sich altersspezifische Geburtenziffern für das Alter 15 Jahre, 16 Jahre usw. bis für 49 Jahre. Diese Durchschnittswerte der einzelnen Altersjahre werden addiert. Das Ergebnis ist die zusammengefasste Geburtenziffer.

⁵ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.): Einflussfaktoren auf die Geburtenrate, Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der 18- bis 44jährigen Bevölkerung, (2003), S. 15.

■ **Entwicklung der Geburtenziffer**

Durchschnittl. Geburtenzahl je Frau von 15 - 45 Jahren, West- und Ost-Deutschland 1960 - 2000



Quelle: Statistisches Bundesamt
Stand: 11.2004

© 2005 Bundeszentrale für politische Bildung

Abbildung 2-6: Entwicklung der Geburtenziffer¹

	West-Deutschland	Ost-Deutschland
1975	24,8	21,8
1980	25,2	21,6
1985	26,2	21,8
1991	27,1	24,9
1995	28,2	26,9
2000	29,0	28,4

Tabelle 2-3: Durchschnittsalter der Erstgebärender²

Die Befragungen des Max-Planck-Institutes für Bildungsforschung im Zuge der Studie deutscher Lebensverläufe haben ergeben, dass die Mehrheit der noch kinderlosen Deutschen Kinder haben möchten.³ Abgesehen von ostdeutschen Frauen will auch die Hälfte derjenigen, die schon ein Kind haben, ein weiteres Kind. Interessant ist darüber hinaus, dass die Kinderanzahl und Kinderwunsch nicht kongruent sind. Würde der Kinderwunsch realisiert werden, so würden im Durchschnitt 1,8

¹ Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/files/E61AH6.pdf>, S. 1. Zugriff: 25.03.2008.

² Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/files/E61AH6.pdf>, S. 9. Zugriff: 25.03.2008.

³ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Forschungsbereich Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Entwicklung: Deutsche Lebensverlaufsstudie, Erste Ergebnisse, (2005), S.11.

Kinder geboren werden.

Tabelle 1: Kinderwunsch (Angaben in %)

Befragte nach Anzahl der Kinder	Kinderwunsch	Westdeutschland		Ostdeutschland	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen
Befragte ohne Kind	Weiß nicht	10,0	11,8	5,1	10,5
	Möchte Kinder	71,6	64,5	79,7	65,8
	Möchte keine Kinder	18,4	23,6	15,3	23,7
Befragte mit einem Kind	Weiß nicht	13,8	15,6	7,9	4,4
	Möchte Kinder	53,8	49,4	55,3	26,7
	Möchte keine weiteren Kinder	32,3	35,1	36,8	68,9
Befragte mit zwei und mehr Kindern	Weiß nicht	14,0	9,9	12,8	3,4
	Möchte Kinder	16,0	10,6	10,6	6,9
	Möchte keine weiteren Kinder	70,0	79,4	76,6	89,7

Tabelle 2-4: Kinderwunsch der Deutschen¹

Nicht allen gelingt die Realisation des Kinderwunsches in dem zur Verfügung stehenden Zeitfenster. Repräsentativen Umfragen nach ist das enge Zeitfenster in Deutschland zum einen bedingt durch die subjektive Empfindung des richtigen Zeitpunktes und zum anderen aufgrund der Orientierung der Bevölkerung am Drei-Phasen-Modell.² Das subjektiv ideale Zeitfenster für die Elternschaft, in dem sich die späteren Eltern reif und alt genug fühlen und der Kinderwunsch noch ausgeprägt ist, ist wesentlich enger als das biologische, objektiv vorhandene Zeitfenster. Viele empfinden nur fünf bis maximal acht Jahre als optimal für die Realisation des Kinderwunsches. Das Drei-Phasen-Modell verengt das Zeitfenster für die Frauen zudem durch die starre Konzeption der Lebensverläufe entlang der Stufen:

- Ausbildung und erste Berufserfahrung
- Familie und weitgehender oder völliger Ausstieg aus Beruf
- Rückkehr in den Beruf

Betrachtet man die Kinderlosigkeit von Frauen mit höherer Schulbildung, ist diese in Anbetracht der langen Ausbildung und der mangelnden Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht überraschend. Für diese Frauen ist das als ideal empfundene Zeitfenster noch enger als für den Durchschnitt der Frauen.

In der deutschen Diskussion um den Rückgang der Geburtenrate wird vor allem die Kinderlosigkeit angeführt. Demographen gehen jedoch zunehmend der These nach, dass in Industrieländern

¹ Quelle: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Forschungsbereich Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Entwicklung: Deutsche Lebensverlaufsstudie, Erste Ergebnisse, (2005), S. 11.

² Vgl. hierzu und zu Folgendem: Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.): Einflussfaktoren auf die Geburtenrate, Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der 18- bis 44jährigen Bevölkerung, (2003), S. 16.

dieser Trend vom Rückgang der Familien mit drei und mehr Kindern bestimmt wird.¹ Dabei verweisen die Forscher auf die Anfänge des 20. Jahrhunderts, denn in dieser Zeit hatten Frankreich und Deutschland trotz einer Kinderlosigkeit von 20 Prozent eine Fertilitätsrate von 2,9. Die hohe Geburtenrate ist auf die große Anzahl Vier- und Mehr-Kinderfamilien dieser Jahre zurückzuführen.

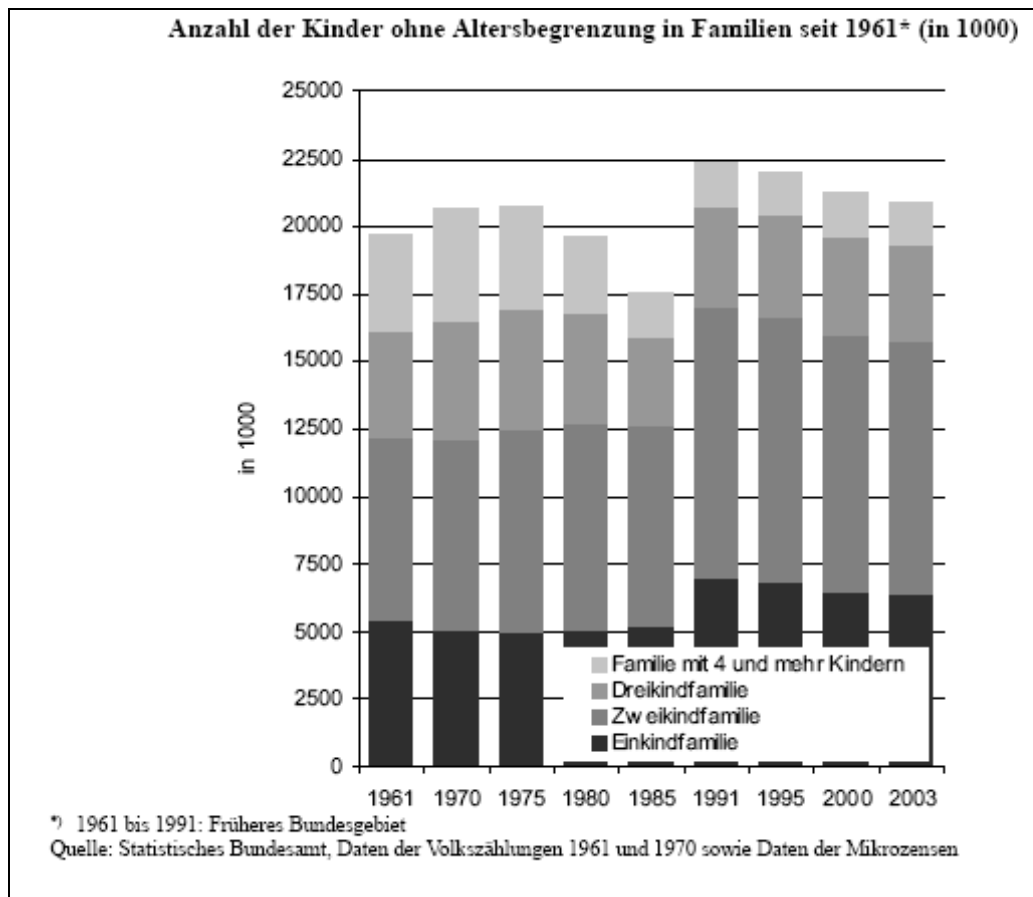


Abbildung 2-7: Kinderanzahl in westdeutschen Familien²

Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, können in anderen europäischen Ländern ähnliche Entwicklungen beobachtet werden. Lediglich Schweden weist stabile Kinderzahlen auf. Da aber in diesen Ländern die Dreikeinfamilien nur geringfügig zurückgingen, sind die Geburtenrückgänge dort nicht so dramatisch wie in Deutschland.

¹ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 61 f.

² Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 63.

**Kinderzahl pro 100 Frauen der Geburtskohorten 1935 und 1960
in ausgewählten EU-Ländern**

	Geburtskohorten	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 und mehr Kinder	Summe/ Kohorten- fertilität
Frankreich	1935	16	58	63	121	258
	1960	18	80	66	46	210
Großbritannien	1935	15	66	63	97	241
	1960	12	78	60	46	196
Deutschland ¹	1935	26	60	60	70	216
	1960	22	65	37	41	165
Niederlande	1935	10	64	69	107	250
	1960	16	82	51	36	185
Dänemark ²	1940	17	80	69	58	224
	1960	20	86	54	29	189
Schweden ²	1940	16	84	66	39	205
	1960	15	80	63	46	204

¹ Ehemalige DDR nicht eingeschlossen.

² für Dänemark und Schweden liegen keine Zahlen für die Geburtskohorte 1935 vor

Quelle: Eurostat, 2001, Europäische Sozialstatistik Bevölkerung 2001, Luxemburg, S. 90; außer: für Deutschland für Geburtskohorte 1960: Birg, Herwig, 2001: Die demographische Zeiteuwende. S. 77

Tabelle 2-5: Kinderzahl in ausgewählten EU-Ländern¹

In der Familiensoziologie wird die geringe Kinderzahl und damit Geschwisterzahl dem „Funktionswandel von Kindern“², der gestiegenen Leistungserwartung der Eltern, dem Prinzip der „verantworteten Elternschaft“, dem gestiegenen Alter der Erstgebärenden sowie den höheren Opportunitätskosten zugeschrieben.³ Die letztgenannte Begründung verweist auf die gestiegene Erwerbstätigkeit von Frauen und dem dadurch erzielten Einkommen. Demnach verzichten viele Frauen auf Kinder bzw. weitere Kinder aufgrund der relativen Kosten, die durch die Aufgabe der Berufstätigkeit entstehen würden. Insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland hat kaum eine Anpassung an die veränderte Bildungs- und Berufssituation stattgefunden.

Der Geburtenrückgang hat aus der Makroperspektive betrachtet für Deutschland zukünftige ökonomische, soziale und politische Konsequenzen. Internationale Organisationen wie UNO oder die EU gehen davon aus, dass insbesondere die „demographische Marginalisierung“ Deutschlands bei gleichzeitiger Alterung erhebliche ökonomische Auswirkungen haben wird.¹ Verschiedene OECD-Studien verweisen auf Folgendes: „Ein geringeres Wirtschaftswachstum ist zu erwarten

¹ Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 62.

² Die Rollenerwartungen an Kinder haben sich tiefgreifend verändert. Kinder waren früher vor allem Träger materieller Güter. Heute schreibt man den Kindern die soziale Rolle der primären „Lebenserfüllung“, der „Sinnstiftung“ und der persönlichen „Glückserwartung“ zu.

³ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Rosemarie Nave-Herz: Familie heute, Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung, (2002), S.209 ff.

(von 0,5 bis 0,75 Prozent per annum), nicht wegen der geringeren Bevölkerungszahlen, sondern wegen des Rückgangs der Bevölkerung im Erwerbsalter. Dieser Rückgang führt nicht nur zu Finanzierungsschwierigkeiten der Alterssicherung, sondern auch zu einem Sinken des Einkommens pro Kopf der Bevölkerung und gleichzeitig zu einer stärkeren Verschuldung der jeweiligen Nation.“²

Die These verweist des Weiteren auf die wachsende Zahl von Personen, die sich nicht mehr auf familiäre Unterstützung im Krankheits- und Pflegefall verlassen werden können. Die UNO berechnet für Deutschland als Ersatzbedarf für die 15- bis 64-jährige Bevölkerung jährlich rund 450.000 Zuwanderer. Die aber kaum zu erwarten sind, denn der Bedarf an gut qualifizierten, jungen Menschen wird auch in Ländern mit Bevölkerungsüberschuss groß sein.

2.2.2 Wohnverhältnisse von Familien

Die finanziellen Ressourcen bestimmen, wie Familien wohnen und somit ihr Wohlbefinden, die Lebensqualität und den finanziellen Spielraum.³ Eltern mit größeren Ressourcen bieten ihren Kindern von Anfang an bessere Wohnverhältnisse. Dabei sind der Wohnort und die Wohngegend genauso entscheidend wie die Wohnung bzw. Haus selbst. Auch das Vorhandensein eines Gartens, die Kinderzimmergröße, das Spielzeug und vieles mehr tragen zur Lebensqualität der Familien bei. Studien haben gezeigt, dass beengte Wohnsituation und fehlende Rückzugsmöglichkeiten sich negativ auf das Familienzusammenleben, die kognitive Entwicklung und die Sozialisation der Kinder auswirken. Wie beengt die Kinderzimmer zum Teil sind, dokumentiert sogar, die DIN-Norm 18011, die Richtgrößen für das Kinderzimmer bestimmt.⁴ So sieht die DIN-Norm für das Kinderzimmer eine Freispielfläche von 2,16 qm je Kind vor, und eine Stellfläche von 4,04 qm. Als Richtgröße sind elf qm für ein mit zwei Kindern bewohntes Kinderzimmer angesetzt. Und auch in der Realität leben Familienhaushalte häufig in beengten Wohnverhältnissen, diese Verhältnisse werden mit dem Begriff „Crowding Effekt“ treffend beschrieben.⁵ Mit zunehmender Familiengröße nimmt die Wohnfläche, die jedem Haushaltsmitglied zur Verfügung steht, ab. So leben 16 Prozent der Familien in einem Haushalt mit mehr Personen als Wohnräume zur Verfügung stehen, dagegen nur ein Prozent der Personen in

¹ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 105.

² Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 105.

³ Vgl. Christiane Dienel: Familienpolitik. Eine praxisorientierte Gesamtdarstellung der Handlungsfelder und Probleme, (2002), S. 154.

⁴ Vgl. Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen: Kinder und ihre Kindheit in Deutschland. Eine Politik für Kinder im Kontext von Familienpolitik, (1999), S. 193.

⁵ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 164.

Haushalten ohne Kinder. 40 Prozent der Haushalte mit Kindern leben in beengten Verhältnissen¹, aber nur 26 Prozent der kinderlosen Haushalte. Laut Ergebnissen des Mikrozensus verfügen Haushalte ohne Kinder im Durchschnitt über die höchste Wohnfläche pro Person.²

TABELLE 66: WOHNFLÄCHE IN HAUSHALTEN MIT UND OHNE KINDER IM FRÜHEREN BUNDESGBIET UND DEN NEUEN LÄNDERN UND BERLIN-OST, 1998						
Haushaltstyp	Durchschnittliche Fläche je Wohnung				Fläche je Person	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Differenz		Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
			m ²	%		
Haushalte mit 1 Kind	101,1	84,1	-17,0	-16,8	32,2	27,2
Haushalte mit 2 Kindern	112,0	93,0	-19,0	-17,0	27,8	23,4
Haushalte mit 3 Kindern	119,9	101,8	-18,1	-15,1	23,7	20,5
Haushalte mit 4 u. m. Kindern	124,8	108,2	-16,6	-13,3	19,0	16,9
Haushalte mit Kindern zus.	107,8	88,6	-19,2	-17,8	28,6	24,9
Haushalte ohne Kinder	84,9	67,8	17,1	20,1	49,8	39,0

Tabelle 2-6: Wohnfläche in Haushalten³

Während westdeutsche Haushalte mit einem Kind immerhin noch auf eine Wohnfläche von 32 qm pro Person bewohnen, haben große Familien mit vier und mehr Kindern lediglich 19 qm pro Person zur Verfügung.

Haushalte mit Kindern zahlen im Durchschnitt eine um eine drittel höhere Miete als Personen in Nichtfamilienhaushalten. Mit steigender Kinderzahl sinkt die Quadratmetermiete, das ist auch darauf zurückzuführen, dass die großen Familienwohnungen sich zum Teil in einfacheren, älteren Wohnanlagen befinden und nur einfach ausgestattet sind. Die Mietbelastung von Haushalten mit und ohne Kinder hat die gleiche Größenordnung und liegt bei etwa einem Viertel des Haushaltsnettoeinkommens.

	Durchschnittliche Mietbelastung (in Prozent)
	Deutschland
Haushalte insg.	23,5
mit 1 Kind	23,3
2 Kindern	24,1
3 und mehr Kindern	26,4
Haushalte mit Kindern zus.	24,0
Haushalte ohne Kinder	23,3

Tabelle 2-7: Mietbelastung nach Haushaltsstruktur¹

¹ Von beengter Wohnfläche spricht man, wenn ein Haushalt, je nach Zahl der dort lebenden Personen, folgende Quadratmeter an Wohnfläche nicht zur Verfügung hat: 46 (1Person), 72 (2 Personen), 84 (3Personen), 102 (4Personen), 112 (5Personen) und 120 (6Personen).

² Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, (2003), S. 167 f.

³ Quelle: Statistisches Bundesamt 2000, Mikrozensus-Ergänzungserhebung 1998, S.130.

Im Jahr 1998 waren 41 Prozent aller Haushalte Eigentümer des von ihnen bewohnten Wohnraums. Die Spannweite der Eigentümeranteile liegt bei 24 Prozent (Einpersonenhaushalte) und 53 Prozent (Haushalte mit drei und mehr Personen). Betrachtet man die Eigenheimbesitzer nach ihrem Alter, so spricht es für die Annahme, dass Wohneigentum erst im zunehmenden Alter möglich, oder gewollt ist.² Liegt der Eigentümeranteil der Dreikindfamilien noch über 50 Prozent, so nimmt dieser Anteil mit höherer Kinderanzahl ab. Jede zweite Vierkindfamilie und 42 Prozent aller Familien mit fünf oder mehr Kindern bewohnen Wohneigentum.³ Kinderreiche Familien erwerben Wohneigentum häufig aus der Not heraus, keine geeignete Wohnung zu finden. Der Erwerb von Eigentum stellt für die finanziell oft schlechter gestellten Mehrkinderfamilien eine enorme Belastung dar.

2.2.3 Ökonomische Situation von Familien

Kinder brauchen für eine erfolgreiche Entwicklung, das Gefühl der Zuversicht, Zukunftsperspektive aber auch materielle Sicherheit. Laut UNICEF Studie „Child Poverty in Rich Nations 2005“ leben in den meisten reichen Nationen immer mehr Kinder in Armut.⁴ In Deutschland ist die Kinderarmut sogar stärker gestiegen als in den meisten anderen Industrienationen, sie beläuft sich, je nach Definition, auf 10,2 Prozent (weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Netto-Medianeinkommens) bzw. 16,9 Prozent (weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Netto-Medianeinkommens).

Je nach Haushaltszusammensetzung, Alter, Beruf und sozialer Stellung verfügen die Menschen über sehr unterschiedliche Einkommen. Das höchste bedarfsgewichtete⁵ Haushaltseinkommen mit rund 1.600 Euro wiesen im Jahr 2002 kinderlose Zweipersonenhaushalte auf.⁶ Es handelt sich hierbei um verheiratete und unverheiratete, zumeist jüngere Paare ohne Kinder.¹ Allein stehende Männer und allein stehende Frauen zwischen 35 und 44 Jahren haben ebenfalls überdurchschnittlich hohe Einkommenspositionen. Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren stehen an dritter Stelle der Rangfolge nach der Höhe des Haushaltseinkommens und verfügen über rund 1.200 Euro. Vergleicht man darüber hinaus die Einkommen der Familien mit den der Kinderlosen, so werden die materiellen Nachteile besonders deutlich. Zum Beispiel verfügen Familien nach der Familiengründung nur 63 Prozent der Ressourcen kinderloser Paare. Alleinerziehende mit einem

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt 2000, Mikrozensus-Ergänzungserhebung 1998, Winter 1999 b.

² Laut der Mikrozensus-Ergänzungserhebung sind nur 8 Prozent der Wohneigentümer unter 30 Jahren, 42 Prozent zwischen 30 und 59 Jahren und 47 Prozent der über 60 Jährigen.

³ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Monitor Familienforschung, Ausgabe Nr. 10, Kinderreichtum in Deutschland, (2007), S. 12.

⁴ World Vision Deutschland e.V. (Hrsg): Kinder in Deutschland 2007, 1. World Vision Kinderstudie, (2007), S. 77.

⁵ Die Bedarfsgewichtung des durchschnittlichen Haushaltseinkommens bedeutet, dass der nominale Durchschnittswert für das Haushaltseinkommen der jeweiligen Haushaltstypen durch einen Gewichtungsfaktor geteilt wird. Dieser Gewichtungsfaktor liegt entsprechend der neuen OECD-Skala für den Haupteinkommensbezieher bei 1,0, alle übrigen Haushaltsmitglieder von 14 und älter erhalten den Gewichtungsfaktor 0,5 und Personen unter 14 Jahren den Gewichtungsfaktor 0,3. Die für die einzelnen Haushaltstypen errechneten Haushaltseinkommen werden "bedarfsgewichtet", um sie zum einen miteinander vergleichbar zu machen.

⁶ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/files/CGP98E.pdf>, S. 2. Zugriff: 28.03.2008.

Kind unter sechs Jahren haben lediglich 60 Prozent der finanziellen Mittel kinderloser Alleinstehender.

Die Einkommenseinbußen verändern sich entlang der Zeit. Die Haushaltseinkommen sind umso höher, je älter die Kinder sind. Dies verweist darauf, dass die Erwerbsmöglichkeiten für beide Elternteile zunehmen, sobald der Betreuungsaufwand abnimmt. Ebenso wie bei Paarhaushalten mit Kindern steigen aber auch in Haushalten Alleinerziehender die Möglichkeiten eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen und ihr nachzugehen und somit eine finanziell stabilere Position einzunehmen.

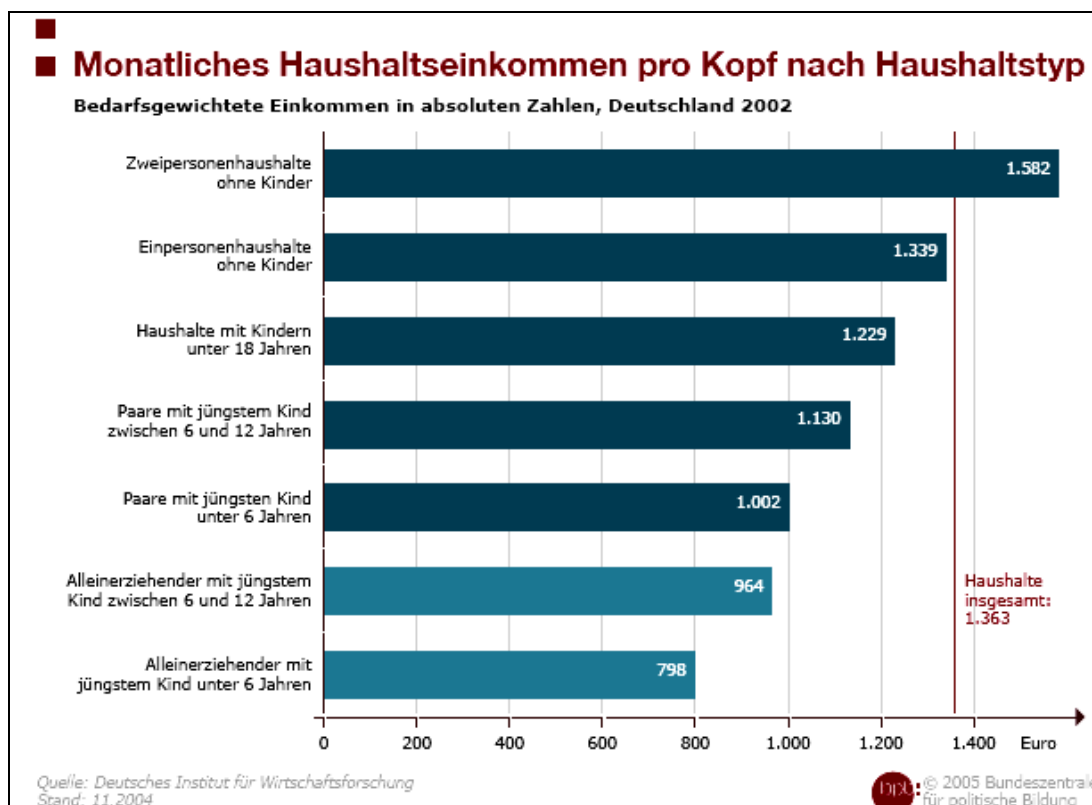


Abbildung 2-8: Bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen²

Angesichts der erheblichen Unterschiede in der Einkommenssituation der Bevölkerung in Deutschland ist das Ziel einer horizontalen Gerechtigkeit in Deutschland weiter unerreicht. Die Zahl der Familienhaushalte, die ihren Alltag in prekären Lebenslagen gestalten, steigt stetig. Kinderreichtum ist dabei ein wesentlicher Faktor für Einkommensarmut, man spricht in diesem Zusammenhang von der „Infantilisierung der Armut“.³ Besonders ungünstig ist die Situation von

¹ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 264.

² Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/files/E61AH6.pdf>, S. 1. Zugriff: 28.03.2008.

³ Vgl. Christiane Dienel: Familienpolitik. Eine praxisorientierte Gesamtdarstellung der Handlungsfelder und Probleme, (2002), S. 185.

Alleinerziehenden mit drei und mehr Kindern.¹ 34 Prozent der kinderreichen Alleinerziehenden erhalten Sozialhilfe. Kinderreiche Zweielternfamilien sind zwar nicht grundsätzlich armutsgefährdet, sie leben aber meistens nur knapp über der Armutsgefährdungsgrenze.² Ursächlich für die finanzielle Notlage dieser Familien sind vor allem Niedrigeinkommen infolge einer eingeschränkten oder fehlenden Erwerbsbeteiligung aufgrund der Betreuung der Kinder oder alter bzw. pflegebedürftiger Familienmitglieder.³ Bei Alleinerziehenden sind fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten und nicht bezahlte Unterhaltszahlungen wichtige Gründe für den Sozialhilfebezug.

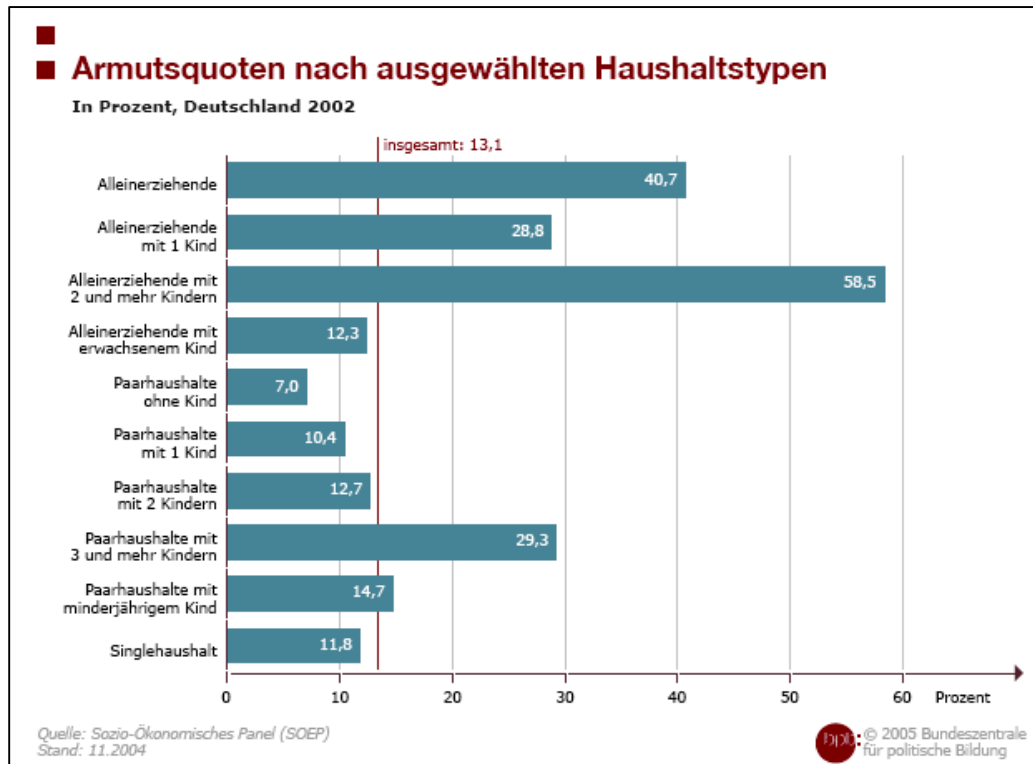


Abbildung 2-9: Armutsquoten nach Haushaltstypen⁴

Die schwierige finanzielle Lage dieser Familien hat oftmals negative Auswirkungen auf die Lebensperspektive der Kinder. Unterschiedliche Untersuchungen aus der Familien- und Sozialforschung belegen zudem, dass es eine Tendenz zur Ansammlung von Benachteiligungen entlang des weiteren Lebensverlaufes dieser Kinder besteht. Schlechte ökonomische Startposition bedeutet häufig schlechtere Wohnsituation, Unterversorgung im Bereich Gesundheit, Defizite in der Bildung und beruflichen Werdegang.

¹ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Monitor Familienforschung, Kinderreiche Familien in Deutschland, Ausgabe Nr. 10, (2007), S. 3.

² Allerdings verfügt eine Anzahl kinderreicher Familien ein weit überdurchschnittliches Einkommen. Dieser Anteil ist 5 Prozent geringer als beim Durchschnitt aller Familien mit 8 Prozent.

³ Vgl. Renate Schmid: S.O.S. Familie, ohne Kinder sehen wir alt aus, (2002), S.123.

⁴ Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/files/E61AH6.pdf>, S. 3. Zugriff: 28.03.2008.

2.3 Beruf und Familie

Als Indikatoren für die Zugehörigkeit zu einer prekären Lebenslage erwiesen sich sowohl arbeitsmarktbezogene wie auf den Familientypus (Lebensformen) bezogene Variablen als einflussreich.¹ Nicht nur die generelle Lage auf dem Arbeitsmarkt und der Bildungs- und Berufsstatus der einzelnen Haushaltsmitglieder sind für die ökonomische Situation bestimmend, sondern auch die gesellschaftlichen Randbedingungen z.B. Einrichtungen der Kinderbetreuung, die Erwerbstätigkeit der Eltern und der damit verbunden Flexibilität der Arbeitszeitmodelle.

Soziodemografische Faktoren	Ökonomische Faktoren	Staatliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen
<ul style="list-style-type: none"> ! Alter der Frau ! Anzahl der vorhandenen Kinder ! Alter der Kinder ! Bildungsstand der Frau 	<ul style="list-style-type: none"> ! Lohnsatz der Frau und des Mannes ! Nichterwerbseinkommen bei Elternschaft oder Arbeitslosigkeit ! Allgemeine wirtschaftliche Lage, Arbeitslosigkeit ! Soziale Sicherung ! Steuerliche Behandlung des Zweitverdieners 	<ul style="list-style-type: none"> ! Elternschutzregelungen ! Betreuungsinfrastruktur ! Flexibilität der Arbeitsorganisation ! Gesellschaftliches Rollenverständnis von Frauen und Männern

Quelle: IW-Zusammenstellung

kursiv: familienpolitisch beeinflussbare Faktoren

Abbildung 2-10: Einflussfaktoren auf die Erwerbstätigkeit von Frauen²

Die Erwerbstätigkeit der Eltern, in erster Linie der Mütter, ist jedoch von Ideologien besetzt. Weder die Hausfrauenoption noch die Wahl der fortgesetzten Berufstätigkeit der Mütter bleiben in der Bundesrepublik unkommentiert. Dabei würde eine echte Wahlfreiheit zwischen den verschiedenen Erwerbsmustern die Bereitschaft der Eltern Kinderwünsche zu realisieren, erheblich stärken.³ Die Entscheidung für Kinder fällt leichter, wenn es eine reelle Chance gibt, Kinderwünsche und berufliche Entwicklung zu verbinden sowie das Einkommen der Familie zu sichern.

2.3.1 Erwerbstätigkeit der Eltern

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich in Deutschland vor allem das Erwerbsverhalten der Frauen mit Kindern verändert. Im früheren Bundesgebiet stieg der Anteil erwerbstätiger Mütter kontinuierlich an, vor allem bei Frauen, deren Kinder das Schulalter erreicht haben. Beruf und Familie sind selbstverständliche Bestandteile geworden und laut einer Emnid Umfrage bewertet jede zweite Frau Beruf und Familie als gleich wichtige Lebensbereiche.⁴ Für rund zwei Drittel ist eine Familie für das Lebensglück unverzichtbar, mit Familie aber verbinden die Frauen nicht mehr die alleinige

¹ Vgl. Deutsches Jugend Institut (Hrsg.): Ergebnisse der Ergänzungsstudie „Familien in prekären Lebenslagen“, (2000): http://db.dji.de/surveys/index.php?m=msw_0&slD=12. Zugriff: 31.03.2008.

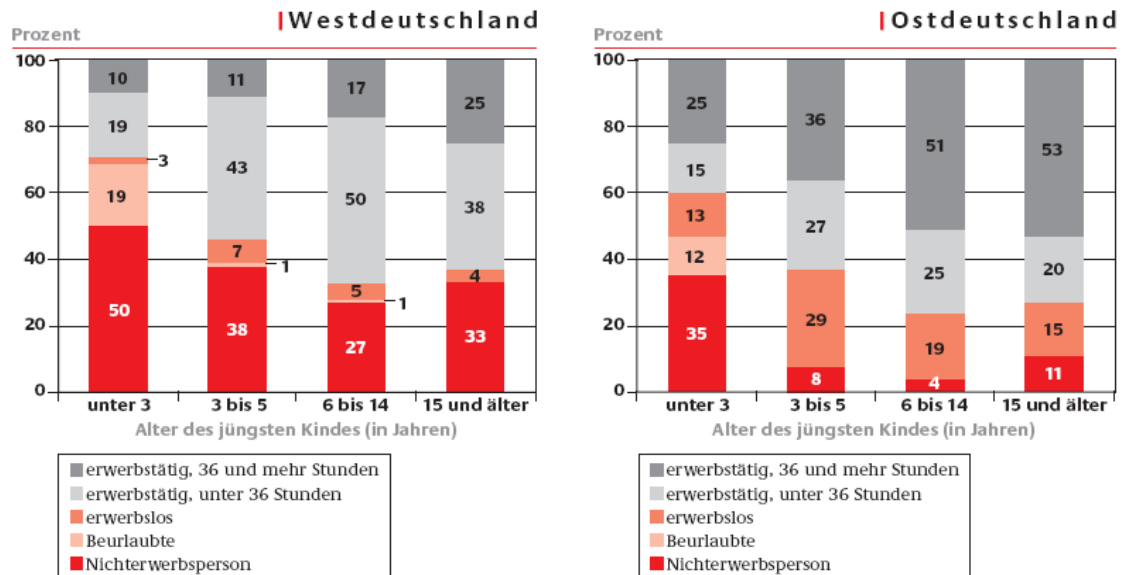
² Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik, (2006), S. 10.

³ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/monitor-4-8-jahr-2006-werteorientierte-erziehung-haushalt-und-beruf.property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf>, Zugriff: 31.05.2008.

⁴ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Erziehung, Haushalt und Beruf: Anforderungen und Unterstützungen für Familien, Monitor Familienforschung, Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik, Ausgabe 4 – 8, (2006), S. 6.

Zuständigkeit für den häuslichen Bereich. Engagement im Beruf und partnerschaftliche Gestaltung des Familienlebens sind in diesem Zusammenhang die zentralen Begriffe.

ABBILDUNG 57: ERWERBSBETEILIGUNG DER FRAUEN MIT KINDERN IM HAUSHALT NACH ALTER DES JÜNGSTEN KINDES, 2000*



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus; eigene Berechnungen

*) Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren

Abbildung 2-11: Erwerbsbeteiligung von Müttern¹

Seit 1972 ist in den alten Bundesländern der Anteil nicht erwerbstätiger Mütter stark zurückgegangen.² Gleichzeitig ist ein bedeutender Anstieg der Teilzeittätigkeit von weniger als 20 Wochen pro Woche zu verzeichnen. Dagegen ist der Anteil vollzeiterwerbstätiger Frauen mit Kindern seit 1972 nicht gestiegen, sondern zurückgegangen, am stärksten bei den Müttern mit Kindern unter 6 Jahren.

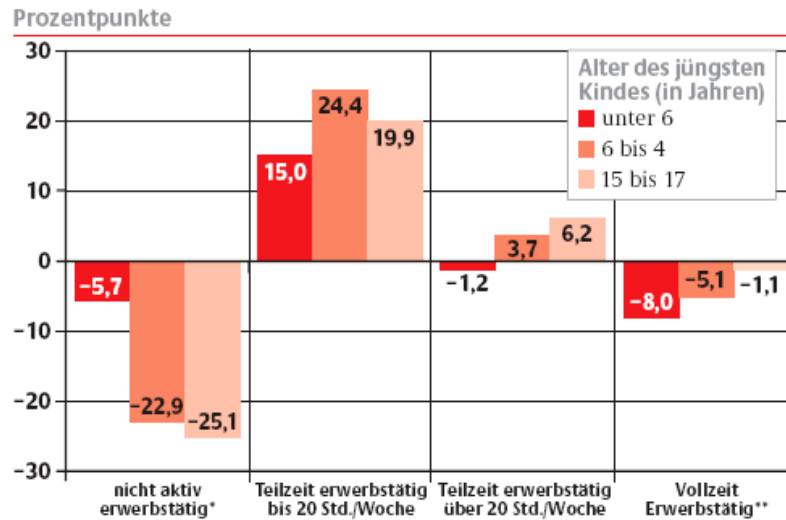
Zum einen legt es die Vermutung nahe, dass die Verbesserung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten das Erwerbspotenzial von Frauen mit Kindern besser ausschöpfen könnte. Zum anderen aber, dass die Teilzeitbeschäftigung ein von Müttern häufig präferiertes Arbeitszeitmodell ist. Die vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Auftrag gegebene Studie zur Erwerbsbeteiligung von Frauen konnte darüber hinaus zeigen, dass sich etwa zwei Drittel aller Frauen mit Kindern bis ins Grundschulalter ein Arbeitszeitmodell wünschen, bei dem ein Partner

¹ Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, (2003), S. 110.

² Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, (2003), S. 112 ff.

Vollzeit, der andere Teilzeit arbeitet.¹

ABILDUNG 59: VERÄNDERUNG DES ANTEILS TEILZEIT, VOLLZEIT UND NICHT ERWERBSTÄTIGER MÜTTER MIT MINDERJÄHRIGEN KINDERN IM FRÜHEREN BUNDES-
GEBIET JE NACH ALTER DES JÜNGSTEN KINDES, 2000 GEGENÜBER 1972



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus; Bevölkerung am Familienwohnsitz (1972: Bev. in Privathaushalten), eigene Berechnungen

*) Nicht aktiv Erwerbstätige im Jahr 2000 einschl. vorübergehend beurlaubter Frauen

**) 2000: 36 und mehr Stunden pro Woche; 1972: 40 und mehr Stunden pro Woche

Abbildung 2-12: Veränderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen²

Aktuelles und gewünschtes Arbeitszeitmodell von Familien*

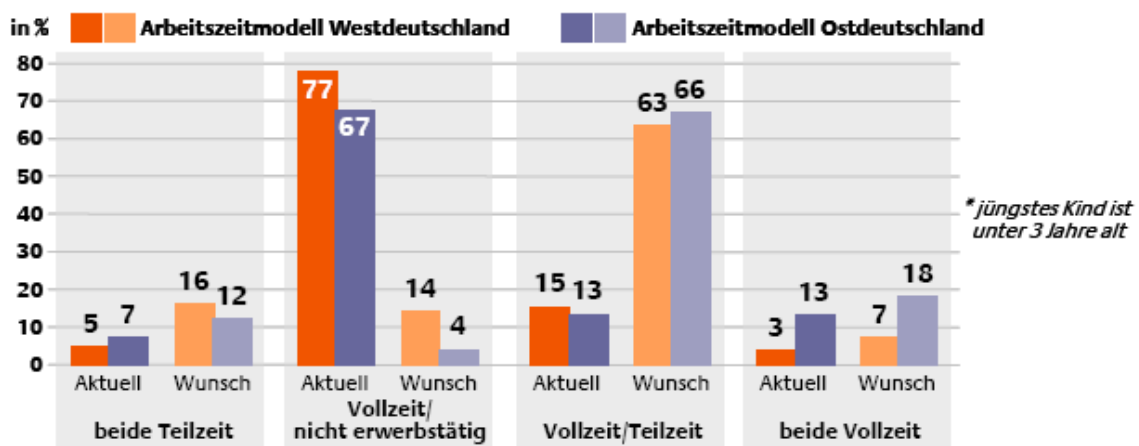


Abbildung 2-13: Arbeitszeitmodelle von Familien¹

¹ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, (2003), S. 113.

² Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, (2003), S. 110.

Im Fokus der Kinderbetreuungsstudie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus dem Jahr 2000 stand der Zusammenhang zwischen der Form der Kinderbetreuung und dem Arbeitsmarktverhalten der Mütter. Ein Ergebnis dieser Untersuchung ist, dass wenn den Frauen bessere Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zur Verfügung stünden, beträchtliche Beschäftigungspotenziale von Frauen genutzt werden könnten. Diese Vereinbarkeit kann sowohl mithilfe eines erweiterten Angebotes an institutioneller Kinderbetreuung als auch mit flexibleren, innovativen Arbeitsbedingungen bzw. Arbeitsmodellen erreicht werden.

Im Folgenden sind weitere Erkenntnisse in Bezug auf die Erwerbsbeteiligung der Eltern zusammengefasst:

- 85 Prozent der Anspruchsberechtigten entscheiden sich für die Elternzeit, darunter vorwiegend Frauen.²
- Alter und Anzahl der Kinder bestimmen den Zeitpunkt des Wiedereinstiegs in den Beruf: Je jünger und je mehr Kinder desto geringer ist die Erwerbsbeteiligung der kinderreichen Mütter und später die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit.
- Die Erwerbsbeteiligung der Väter ist von der Familienphase weitestgehend unabhängig.³ Es lässt sich sogar eine Zunahme der Wochenarbeitszeit feststellen, häufig im Zusammenhang der Hauptnährerrolle.
- Die Entscheidungssituation erfolgt unter dem Wertekonflikt beruflicher Tätigkeit oder Familienengagement.⁴ Dieser ist schärfer ausgeprägt als in anderen Ländern.
- Die heutige Elterngeneration hat eine geringe Kinderzahl als die Generation ihrer Eltern, auch die Erwerbsbeteiligung der Mütter ist höher. Jedoch belegen Zeitstudien zur Kindesfürsorge, dass gerade in Ländern mit hohen Müttererwerbsquoten auch der Zeitaufwand für Kinder hoch ist.
- Das Elterngeld stellt seit 2007 eine 67-prozentige Lohnersatzleistung des letzten Nettolohns, bis zu einer Höchstgrenze von 1800 und mindestens 300 Euro monatlich. So soll der „Achterbahn-Effekt“, der den Verdienstaufschlag eines Partners umschreibt, abgefangen werden und der schnelle Wiedereinstieg der Frauen und die Erziehungsbeteiligung der Männer gefördert werden. In puncto finanzieller Absicherung profitieren aber vor allem Gutverdiener bis Normalverdiener von der Einführung des Elterngeldes. Eine existenzsichernde Einkommensbasis liefert es für Geringverdiener, Arbeitslose und Studenten

¹ Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Erziehung, Haushalt und Beruf: Anforderungen und Unterstützungen für Familien, Monitor Familienforschung, Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik, Ausgabe 4 – 8, (2006), S. 8.

² Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Erziehung, Haushalt und Beruf: Anforderungen und Unterstützungen für Familien, Monitor Familienforschung, Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik, Ausgabe 4 – 8, (2006), S. 7.

³ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, (2003), S. 113.

⁴ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 250,288,26.

jedoch nicht.

Es hat sich bestätigt, dass die Kinderbetreuungsinfrastruktur einen entscheidenden Einfluss hat auf die Erwerbsbeteiligung von Müttern. Die neuen Bundesländer liefern uns dafür das beste Beispiel. Dort sind bei einer vergleichsweise gut ausgebauten Kinderbetreuung mehr Mütter erwerbstätig als in Westdeutschland. Nun sind aber die Geburtenraten dort noch niedriger als in Westdeutschland, was wiederum mit der hohen Arbeitslosigkeit begründet wird. Bei der Entscheidung für oder gegen Kinder gibt es also keine monokausalen Ursachen. In der Frage Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Rolle einer qualitativen und quantitativen Kinderbetreuung jedoch unumstritten. Die Sachverständigenkommission der Bundesregierung verweist auch auf die positiven Effekte passender Betreuungsangebote in der Entwicklung der Kinder und der damit verbundenen Investitionen in die Zukunft.

2.3.2 Betreuungseinrichtungen in Deutschland

Junge Frauen und Männer wollen heute beides: Erfolg im Beruf und ein Familienleben mit Kindern.¹ In Deutschland sind die Rahmenbedingungen in puncto Balance zwischen Familie und Beruf noch nicht zufriedenstellend. Die Frage „Kind oder Karriere“ haben sich die Männer noch nie gestellt, gut ausgebildeten Frauen von heute fällt die Antwort zugunsten der Familie immer schwerer.

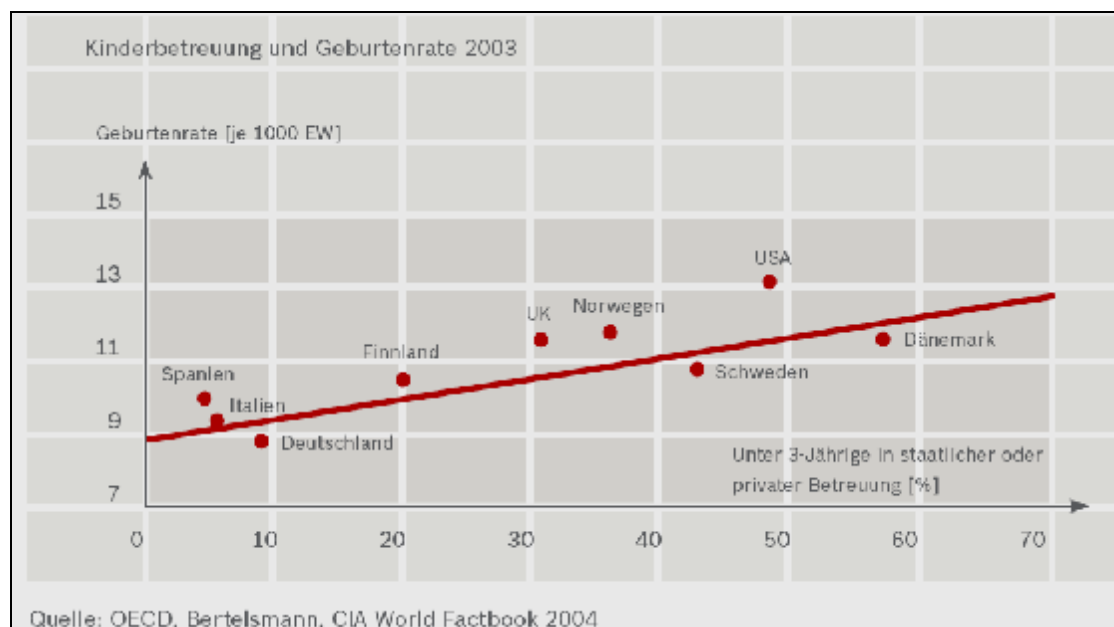


Abbildung 2-14: Korrelation zwischen Kinderbetreuung und Geburtenrate²

¹ Vgl. "Jugend 2000", 13. Shell Jugendstudie, (2000), S.14.

² Quelle: Robert Bosch Stiftung (Hrsg.): Unternehmen Familie. Studie von Roland Berger Strategy Consultants, (2006), S. 27.

Die Kindertagesbetreuung befindet sich derzeit in einer fundamentalen Umbruchsituation. Lange galt die Betreuung, Erziehung und frühe Förderung von Kindern in Deutschland primär als Aufgabe der Familie. Seit wenigen Jahren ist die Betreuungssituation der Kinder verstärkt auf die politische Tagesordnung gesetzt, der Stimmungswandel in der Frage um die Kinderbetreuung von unter drei Jährigen ist am deutlichsten. Im Sommer 2007 folgte dann auch die Einigung zwischen Bund, Ländern und Kommunen auf noch weiter gehende Pläne eines öffentlichen Betreuungsausbaus für Kinder im Alter von unter drei Jahren. Bis zum Jahr 2013 sollen bundesweit im Durchschnitt für 35 Prozent der Kinder im Alter von unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Auch die Kindergartenbetreuung soll, unter dem Eindruck schlechter Ergebnisse in internationalen Leistungsvergleichsstudien, als erste Bildungsinstanz gestärkt werden. Nachstehen erfolgen die Darstellungen und Erläuterungen zur Situation in der Kinderbetreuung in Anlehnung an die aktuellsten Erkenntnisse aus der DJI-Studie „Kinderbetreuung im Spiegel der Statistik“.

Kinderbetreuung der unter 3-Jährigen¹

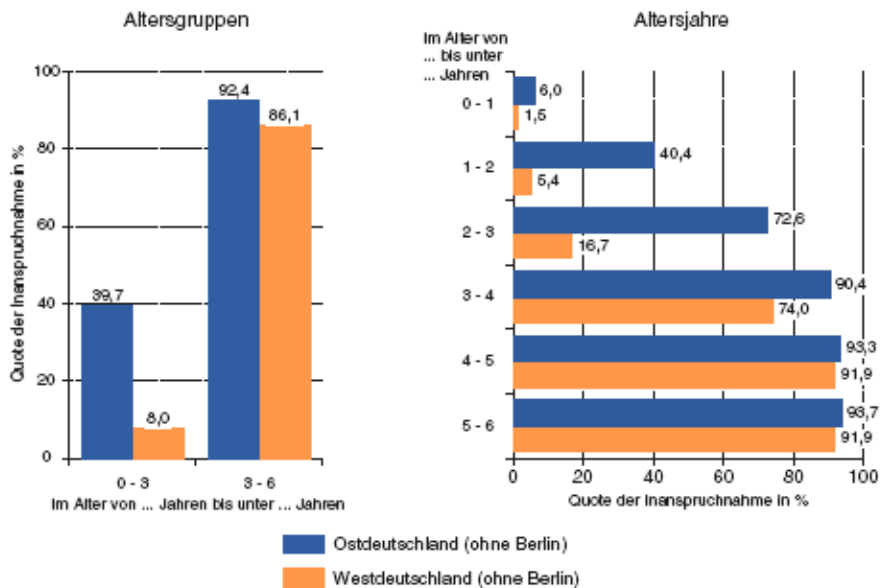
Die Situation der Kinder im Alter von unter drei Jahren unterscheidet sich zwischen Ost- und Westdeutschland gravierend. Westdeutschland wird eine enorme Unterversorgung konstatiert, denn dem Betreuungswunsch der Eltern von rund 30 Prozent stehen acht Prozent Betreuungsquote gegenüber. In Ostdeutschland liegt die Betreuungsquote mit 39,7 Prozent fünfmal so hoch wie in Westdeutschland.

Differenziert man genauer nach Altersjahren, so ist sowohl in West- wie auch in Ostdeutschland die Betreuung für unter 1-Jährige marginal. Dies spricht dafür, dass die Betreuung dieser Gruppe gewollt fast ausschließlich von den Eltern übernommen wird. Das eingeführte 12- bzw. 14-monatige Elterngeld unterstützt diese Tendenz. Ab dem zweiten Lebensjahr steigt die ausserfamiliäre Betreuung der Kinder, mit den erwähnten Differenzen in West und Ost, an. Die Aufnahme in den Kindergarten ist weiterhin an den Schuljahresrhythmus gekoppelt, wodurch viele 3-jährige erst verspätet eintreten können. Auch Platzmangel verzögert den Eintritt.

Neben den Differenzen zwischen West- und Ostdeutschland ergeben sich nochmals erhebliche Unterschiede innerhalb der Bundesländer. In den westlichen Bundesländern bewegt sich die Besuchsquote der unter Dreijährigen zwischen 5,1 Prozent in Niedersachsen bis zu 10,2 Prozent im Saarland. Erst in der Betreuung Vierjähriger findet ein genereller Abgleich statt.

¹ Deutsches Jugend Institut (Hrsg): Zahlenspiegel 2007, Kinderbetreuung im Spiegel der Statistik, (2008), S. 14 ff.

Abbildung 1.1: Quote der Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung (Tageseinrichtungen und Kindertagespflege) nach Alter in Ost- und Westdeutschland 15.03.2006 (Quote in %)



Quelle: Statistisches Bundesamt Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen, Kinder und tätige Personen in Kindertagespflege 2006; eigene Berechnungen

2 Bei der Differenzierung der Daten für Ost- und Westdeutschland bleiben die Ergebnisse für Berlin – sofern nicht anders vermerkt – unberücksichtigt. Die Bundesergebnisse schließen Berliner Daten mit ein.

Deutsches Jugendinstitut: Zahlenspiegel 2007 – Kindertagesbetreuung im Spiegel der Statistik

Abbildung 2-15: Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung¹

Wenn man diesen Besuchsquoten die Quote der aktiv erwerbstätigen Mütter gegenüberstellt, wird eine erhebliche Diskrepanz zwischen Bedarf und Angebot ersichtlich. Nach den Daten aus dem Mikrozensus im Jahr 2005 waren in Westdeutschland 30,6 Prozent der Mütter mit Kindern unter drei Jahren erwerbstätig, 9,7 Prozent gingen einer Vollzeittätigkeit nach, alle anderen waren in unterschiedlichem Umfang teilzeiterwerbstätig. Aufgrund dieser statistischen Erwerbsquoten der Mütter ergibt sich die Annahme, dass der Betreuungsbedarf einem viel zu geringen Angebot gegenübersteht. Des Weiteren lassen diese Zahlen darauf schließen, dass zum einen erwerbstätige Eltern stark auf familiäre und informelle Unterstützung bei der Kinderbetreuung angewiesen sind. Zum anderen scheitert vermutlich die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit der Mütter vielfach aufgrund fehlender Betreuungsmöglichkeiten. In der DJI-Studie wird auch die Vermutung geäußert, dass dies die Erklärung darstellen könnte, warum die Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern in den vergangenen Jahren keineswegs so eindeutig zugenommen hat, wie aufgrund der steigenden Berufsorientierung von Frauen zu erwarten gewesen wäre.

¹ Quelle: Deutsches Jugend Institut (Hrsg): Zahlenspiegel 2007, Kinderbetreuung im Spiegel der Statistik, (2008), S. 13. Kindertageseinrichtungen umfassen im Wesentlichen die *Kinderkrippe* für Kinder vom Säuglingsalter bis zum Übergang in den Kindergarten, den *Kindergarten* für Kinder ab drei bis zum Eintritt in die Schule, der vormittags und i. d. R. nachmittags oder mit flexiblen Öffnungszeiten Betreuung anbietet, die *Kindertagesstätte* als ein ganztägiges Betreuungsangebot für Kinder ab drei Jahren und den *Hort* für Grundschulkindern i. d. R. bis zur 4. Klasse. Bei den Angaben zum Versorgungsgrad werden die Plätze in Kindergärten und –tagesstätten zusammengefasst.

Bisher wurde nur die Frage beantwortet, wie das öffentliche Betreuungsangebot im Allgemeinen aussieht. Nachfolgend wird der zeitliche Umfang betrachtet, in dem die Kinderbetreuung in Anspruch genommen wird. Man hat festgestellt, dass neben dem Ausbau der Betreuungsinfrastruktur vor allem flexible und elternorientierte Öffnungszeiten der Einrichtungen die zentralen Ansatzpunkte für Verbesserungen darstellen. Daneben entkräften die Beobachtungen der Studie den viel zitierten Vorwurf: „Eltern würden ihre Kinder abschieben“. Denn die Analyse der Betreuungszeiten hat ergeben, dass viele Eltern die maximal möglichen Betreuungszeiten nicht ausschöpfen. Die Betreuung wird in der Regel so kurz wie nötig in Anspruch genommen, vorwiegend um ihre Arbeits- oder Ausbildungszeiten abzudecken.

Kinderbetreuung im Kindergartenalter

Der Anteil der öffentlich betreuten Kinder im Alter von drei Jahren hat sich in den letzten zehn Jahren insgesamt deutlich erhöht. Im Jahr 1996 lag die Betreuungsquote dieser Altersgruppe deutschlandweit bei 40,2 Prozent. Heute besuchen Kinder im Alter von drei Jahren mit durchschnittlich 76,7 Prozent weitaus häufiger einen Kindergarten als noch 1996. Diese Verschiebung wird vor allem dem 1996 eingeführten Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, der Reaktion auf die gestiegene Nachfrage und der medialen Thematisierung des Bildungsbeitrages der ausserfamilialen Kinderbetreuung zugeschrieben.

Die Betreuungsquote der Vier- bis unter Sechsjährigen mit rund 94 Prozent in Gesamtdeutschland spricht für ein bedarfsgerechtes Angebot. Allerdings gilt allgemein für die Gruppe der Kinder zwischen drei und sechs Jahren, dass die vorhandenen Plätze nicht immer auf die Bedarfe der Eltern abgestimmt sind. Ein Vergleich des Platzangebotes im Jahr 2002 mit der Inanspruchnahme der Kindertagesbetreuung im Jahr 2006, so können zwei Tendenzen festgehalten werden:

- Für Westdeutschland gilt, dass die Betreuungsform mit Mittagsunterbrechung an Bedeutung verloren hat.
- Das Angebot zur Ganztagsbetreuung wird nicht ausschöpfend genutzt. Dies bezeugt eine starke Ausdifferenzierung der Betreuungszeiten. „Bezogen auf die Ganztagsbetreuung fällt abermals auf, dass das Angebot an vorhandenen Plätzen nur zum Teil genutzt wird. Selbst in Westdeutschland mit einem niedrigen Angebot an Ganztagsplätzen wird eine ganztägige Betreuung seltener genutzt als zumindest „theoretisch“ möglich wäre. Auch in Ostdeutschland ist Kindergartenbetreuung keineswegs mehr ausschließlich Ganztagsbetreuung, wie dies das Platzangebot noch vor vier Jahren vermuten ließ. Viel mehr differenzieren sich auch hier die Betreuungszeiten stärker aus.“¹

¹ Deutsches Jugend Institut (Hrsg): Zahlenspiegel 2007, Kinderbetreuung im Spiegel der Statistik, (2008), S. 47.

Tabelle 1.16: Plätze in Kindertageseinrichtungen für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt 31.12.2002 sowie Kinder in Tageseinrichtungen im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt 15.03.2006 nach ausgewählten Betreuungszeiten in Ost- und Westdeutschland (Anzahl; in %)

Landesteile	31.12.2002			15.03.2006		
	Plätze für Kinder im Alter von 3 Jahren bis Schuleintritt	Davon Ganztagsplätze	Vor- und Nachmittagsplätze	Kinder im Alter von 3 Jahren bis Schuleintr. in Tageseinrichtungen	Davon mit einer täglichen Betreuungszeit von mehr als 7 Std. ¹	Vor-/Nachmittagsbetreuung ohne Mittagsbetreuung
	Absolut	In %		Absolut	In %	
O-D (ohne Berlin)	341.328	98,1	0,1	332.421	62,1	0,1
W-D (ohne Berlin)	2.130.831	24,2	48,8	1.935.661	17,6	19,0

¹ Dies entspricht der Definition von Ganztagsplätzen in der Kinder- und Jugendhilfestatistik bis 2002.
 Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Tageseinrichtungen für Kinder 2002, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen 2006; eigene Berechnungen

Abbildung 2-16: Ganztagesplätze in der Kinderbetreuung¹

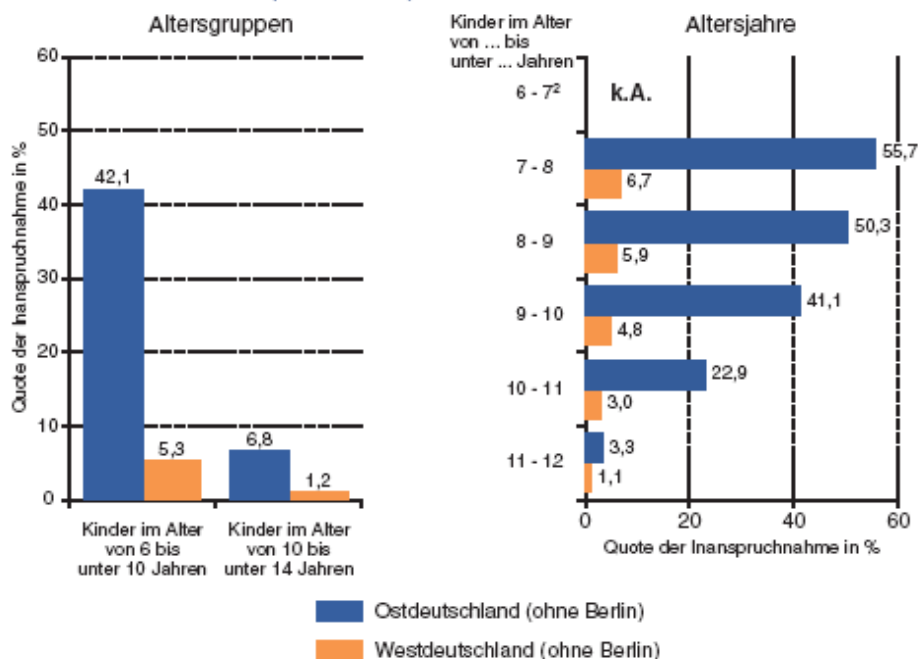
Kinderbetreuung im Schulalter

Die ausserfamiliäre Betreuung der Grundschul Kinder ist in den neuen Bundesländern besser ausgebaut. Hier besuchen wesentlich mehr Kinder eine Kindertageseinrichtung, dieses resultiert zum größten Teil aus den unterschiedlichen Horttraditionen zwischen Ost und West. Generell gilt, dass der Hort vor allem von jüngeren Schulkindern besucht wird. So besuchen in Ostdeutschland 42,1 Prozent der Schul Kinder von sechs bis unter zehn Jahren eine Einrichtung der Kindertagesbetreuung. Von den Schulkindern im Alter von zehn bis unter vierzehn Jahren sind es nur noch 6,8 Prozent. In Westdeutschland liegen die Inanspruchnahmequoten sehr viel niedriger, hier nutzen lediglich 5,3 Prozent der jüngeren und 1,2 Prozent der älteren Schul Kinder ein Hortangebot.

Der Rückgang der Inanspruchnahmequoten älterer Kinder wird damit begründet, dass die Notwendigkeit des Hortbesuches jedes Jahr aufs Neue von den Eltern geprüft wird. Vielleicht ist der Besuch nicht weiter erwünscht, vielleicht besteht aber auch nicht das altersmäßig passende Angebot. Dies kann aufgrund der fehlenden Datenbasis nicht geklärt werden.

¹ Quelle: Deutsches Jugend Institut (Hrsg): Zahlenspiegel 2007, Kinderbetreuung im Spiegel der Statistik, (2008), S. 47.

Abbildung 2.2: Quote der Inanspruchnahme von Schulkindern im Alter von sechs bis unter vierzehn Jahren in Tageseinrichtungen nach Alter in Ost- und Westdeutschland 15.03.2006 (Quote in %)¹



- 1 Die Prozentangaben geben den Anteil der Schulkinder in Kindertageseinrichtungen bezogen auf die altersgleiche Bevölkerung wieder. Da insbesondere von den Sechsjährigen noch ein erheblicher Anteil der Kinder nicht in der Schule ist, kann hier keine Inanspruchnahmequote ausgewiesen werden, die in Relation zur Inanspruchnahmequote anderer Altersjahrgänge betrachtet werden kann.
 - 2 Die Besuchsquote für die Sechsjährigen kann aus methodischen Gründen nicht berechnet werden.
- Quelle: Statistisches Bundesamt Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen 2006; eigene Berechnungen

Abbildung 2-17: Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung¹

Der Beschluss der Bundesregierung zum Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen wurde und wird noch immer sehr kontrovers diskutiert. Schließlich bricht sie mit der traditionellen Familienpolitik und löst den Klammergriff vom Familienmodell der sechziger Jahre. Die Konservativen halten am Bild der Vollzeitmutter fest und der Ausbau droht zu scheitern, falls das Betreuungsgeld nicht im Kinderförderungsgesetz verankert wird.² Ein Ideologienkampf herrscht in Deutschland, bei dem es viel mehr darum geht, das jeweils eigene Lebenskonzept zu verteidigen. Beide Seiten zitieren dabei wissenschaftliche Studien und berufen sich auf das Wohl der Kinder. In der Tat haben die Forscher enorme Erkenntnisse, Studien und Umfragen zusammengetragen. Übrig bleibt die Erkenntnis, so die Kleinkindforscherin Prof. Dr. Heidi Keller, dass „all die verschiedenen Betreuungsmodelle in der Welt, glückliche Menschen generieren. (...) Das kann nur heißen: Es ist die Kultur, die darüber bestimmt, wie der Mensch umgeht mit seinen Babys. So gesehen ist jede als Anpassung entstandene Betreuungsform „natürlich“. Denn die Kultur ist die Natur des Menschen.“³

¹ Quelle: Deutsches Jugend Institut (Hrsg): Zahlenspiegel 2007, Kinderbetreuung im Spiegel der Statistik, (2008), S. 48.
² Vgl. hierzu und zu Folgendem: Andrea Brandt, Rafaela von Bredow, Merlind Theile: Glaubenskrieg ums Kind. In: Der Spiegel, 02/2008, S. 40-45.
³ Zitiert nach: Andrea Brandt, Rafaela von Bredow, Merlind Theile: Glaubenskrieg ums Kind. In: Der Spiegel, 02/2008, S. 45.

Angesichts der positiven Erfahrungen vieler Nachbarländer, die ihre Kinderbetreuung bereits vor Jahren ausgebaut haben, vor allem aber aufgrund der wissenschaftlichen Erkenntnis sollte sich die deutsche Debatte nicht mehr um den Grundsatz Mutter versus Fremdbetreuung kreisen. Die Frage des Qualitätsstandards muss vielmehr geklärt werden. Der neuesten Kinder- und Jugendhilfestatistik nach haben 56 Prozent der Tagesmütter keine pädagogische Ausbildung, im Vergleich zu anderen EU-Ländern ist das Ausbildungsniveau der Erzieherinnen mangelhaft. Die ersten drei Lebensjahre gelten in der kognitiven Entfaltung der Kinder als die Wichtigsten, wer mit den Kleinsten aber arbeitet, hat meist die schlechteste Ausbildung. Es wird in Deutschland nicht leicht sein, den quantitativen Ausbau mit einer entsprechenden Steigerung in der Qualität, und somit einer Anpassung an europäische Standards, zu gestalten. Um den geplanten Ausbau zu schaffen, werden bundesweit 100.000 Fachkräfte benötigt, die aber mangels guter Bezahlung nur schwer zu finden sein werden.

2.4 Veränderung der subjektiven Bedeutung von Familie

Der Familie wurde schon so manch einmal das Ende prophezeit, zumindest von Auflösungserscheinungen ist immer wieder die Rede. Allen pessimistischen Szenarien zum Trotz ist die Familie auch heute für alle Bevölkerungsgruppen, unabhängig vom Bildungsniveau der wichtigste Lebensbereich.¹ Weder Arbeit, noch Freundeskreis, noch Freizeit macht der Familie den Stellenwert streitig. Die Wertschätzung ist in den letzten 20 Jahren sogar gestiegen. Familiensoziologen vermuten hinter dieser Entwicklung eine Gegenreaktion zu den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen, die durch einen gestiegenen Grad an Anonymisierung, Bürokratisierung und Zweckrationalität gekennzeichnet ist. Das Gefühl der Vereinzelung weckt die Sehnsucht nach Gemeinschaft, Aufgehoben- und Angenommensein. Diese positive Einstellung zur Familie ist allerdings verbunden mit hohen Ansprüchen und Sehnsuchterwartung.

Die Ehe als Institution wird nicht mehr als zwingend empfunden. Dennoch gilt die Zweielternfamilie auch für die meisten Menschen, die in anderen Lebensformen leben als die ideale Lebensform. Die Mehrzahl anderer Lebensformen erweist sich als transitorisch. Selbst die gestiegenen Scheidungszahlen werden nicht dem Bedeutungsverlust der Ehe zugewiesen. Vielmehr zeugen die Motivanalysen, dass die Instabilität der Ehen gerade auf der hohen subjektiven Bedeutung für den Einzelnen beruht. Diese Erwartungen in Verbindung mit anderen Faktoren senken die Belastbarkeit der Ehe. Gleichzeitig wird die Hoffnung gehegt, dass nach einer Trennung eine andere, bessere Partnerschaft eingegangen werden kann.

Wie in Kapitel 2.1.2 ausgeführt, ist auch die Kinderlosigkeit keine kategorische Abwendung von der Familie. Viele Studien, unter diesen die 13. Shell Jugendstudie, zeigen, dass der Kinderwunsch im Zeitvergleich seinen Stellenwert nicht eingebüßt hat. Die Einlösung des Kinderwunsches scheitert

¹ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Rosemarie Nave-Herz: Ehe- und Familiensoziologie, Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde, (2004), S. 72 f.

allerdings häufig aufgrund der mangelhaften Rahmenbedingungen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht zulassen. Zudem zeigt sich in diesem Kontext ein immer größer werdender Konflikt auf soziologischer Ebene ab.¹ Die Frauen sind heute sehr gut ausgebildet, was eine starke Berufsorientierung mit sich bringt. Gleichzeitig hat sich aber weder ihr Mutterbild, noch das der Gesellschaft wesentlich verändert. Das bedeutet somit, dass die berufsorientierten Frauen sehr wohl Kinder möchten, da sie aber um dem eigenen traditionellen Mutterrollenkonzept gerecht zu werden, den Beruf aufgeben müssten, schieben sie die Realisation möglichst hinaus. Diese Lebensplanung mündet dann zum Teil in der Kinderlosigkeit.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Familie trotz gestiegener Pluralität der Lebensformen dominiert. Sie verändert sich, wird räumlich getrennt gelebt, umspannt so viele Generationen wie nie zuvor. Die Familie gewährleistet weiterhin zuverlässige Unterstützung und generationenübergreifenden Zusammenhalt. Zu Recht wird im siebten Familienbericht der Bundesregierung der Familienbegriff erweitert.² Die Familie wird hier nicht mehr nur als Ort wo Kinder sind definiert. Die Definition wird um das Verständnis erweitert, dass Familie eine Gemeinschaft ist, mit starken Bindungen, in der mehrere Generationen füreinander sorgen.

¹ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Rosemarie Nave-Herz: Ehe- und Familiensoziologie, Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde, (2004), S. 75.

² Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 30.

3 Familie, Hort der Generationen

3.1 Generationenbeziehungen in Familie und Gesellschaft



Die Familie ist der Ausgangs- und Mittelpunkt für das Zusammenleben der Generationen. Nirgendwo sonst ist die Intensität und Häufigkeit der Kontakte zwischen Jung und Alt so hoch.¹ Für die meisten Menschen über alle Altersgrenzen hinweg ist die Familie der wichtigste Ort der Generationenverbundenheit.²

Die Beziehungen zwischen den Generationen waren immer gleichzeitig eine Quelle starker Solidarität und offener Konflikte. Die Generationenfrage ist somit ein altes Thema. Nur die Themen haben sich verändert. Stand noch vor 30 Jahren die Rebellion der Jungen gegen die ältere Generation im Vordergrund, kreist die heutige Diskussion um die demographischen Veränderungen, die Altersverteilung und die Ausdehnung der Lebenserwartung. Diese Diskussionen sind sehr ambivalent, denn einerseits ruft man den „Krieg der Generationen“³ aus, andererseits wird harmonisierend vom neuen „Generationenpakt“⁴ gesprochen. Erstaunlicherweise wird die generelle Lage schlimmer empfunden, als die eigentliche Stimmung innerhalb der eigenen Familie.⁵ Die Menschen in der Bundesrepublik haben ein negatives Bild im Hinblick auf die Familien- und Generationenbeziehungen. In der Öffentlichkeit dominiert eine einseitige Wahrnehmung, die von Problemen, Destabilisierungsempfinden und Krisenszenarien gekennzeichnet ist. Jeder zweite Deutsche betrachtet den Zusammenhalt in den meisten Familien als „eher gering“ oder sogar „sehr schwach“. Die eigene Familie wird dagegen trotz vielfältiger Widersprüchlichkeiten überwiegend als stabil und harmonisch empfunden. 84 Prozent berichten von „starkem“ und sogar „sehr starkem“ Zusammenhalt in der engeren Familie.

In den Familien existiert heute ein neues Generationenverständnis das geprägt ist von stark partnerschaftlichen Beziehungen und enger emotionaler Verbundenheit. Dennoch sind die Generationenbeziehungen sehr ambivalent.⁶ Die Beziehungen verlaufen entlang der Widersprüche: Nähe und Distanz, Eigenständigkeit und Abhängigkeit, Individualität und Gemeinschaft, Verantwortung und Unabhängigkeit, Verpflichtung und Eigeninteresse.

¹ Nur acht Prozent der 30-Jährigen und lediglich 16 Prozent der Befragten ab 60 Jahren gaben im Rahmen der Studie „Generationen-Barometer 2006“ an, deutlich ältere bzw. jüngere Freunde zu ihrem Freundeskreis zu zählen.

² Vgl. hierzu und zu Folgendem: Generationen-Barometer 2006, Eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, im Auftrag vom Forum Familie stark machen, (2006), S. 22.

³ Artikelüberschrift der Welt Online vom 10.05.2003. L: http://www.welt.de/print-wams/article99145/Krieg_der_Generationen.html. Zugriff: 04.04.2008.

⁴ Buchtitel von Hors W. Opaschowski, erschienen 2004 im Primusverlag.

⁵ Forum Familie stark machen (Hrsg.): Generationenbarometer 2006, Eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, (2006), S. 53 f.

⁶ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 266.

Im Folgenden wird zunächst auf die gemeinsame Lebenszeit sowie auf die Wohnentfernung zwischen erwachsenen Familiengenerationen eingegangen. Danach geht es um die Frage nach den verschiedenen Dimensionen der Generationensolidarität. Die Dimensionen der Generationensolidarität: Affektiv, Assoziativ und Funktional werden in Kapitel 3.2 in den Unterpunkten immaterielle und materielle Transferleistungen dargestellt.¹

Ausdehnung der gemeinsamen Lebenszeit

Keineswegs sind das Zusammengehörigkeitsgefühl und das enge emotionale Zusammenleben der Großeltern, Eltern und Enkeln ein Auslaufmodell der Vergangenheit. Erst die gestiegene Lebenserwartung hat die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass Großeltern ihre Enkelkinder kennenlernen und ein inniges Verhältnis aufbauen können.²

Die Lebenserwartung in Deutschland nimmt weiter zu.³ Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt nach der aktuellen Sterbetafel 2004/2006 für neugeborene Jungen 76,6 Jahre und für neugeborene Mädchen 82,1 Jahre.

Laut der Sterbetafel 2004/2006 wird jeder zweite Mann zumindest 79 Jahre alt, unter den Frauen kann fast jede zweite sogar ihren 85. Geburtstag erleben.

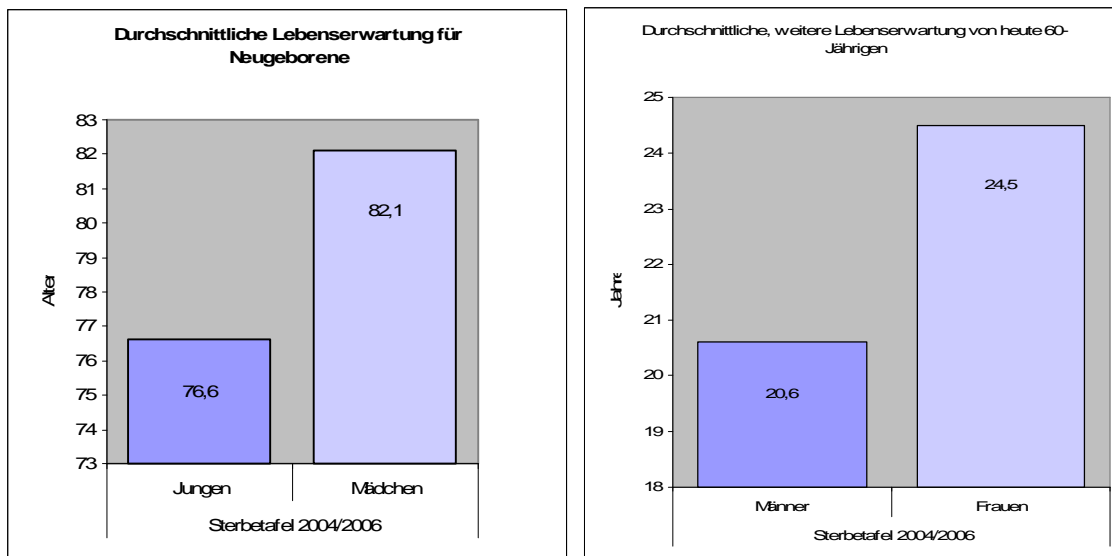


Abbildung 3-1: Gestiegene Lebenserwartung in Deutschland

¹ Affektive Solidarität umfasst die emotionale Seite der Generationenbeziehung, also Gefühle wie emotionale Nähe, Verbundenheit und Zuneigung. Die assoziative Solidarität bezieht sich auf gemeinsame Aktivitäten, wie z.B. die Kontakthäufigkeit und die Art der Kontakte. Die funktionale Solidarität schließlich beinhaltet das Geben und Nehmen von Geld, Zeit und Raum einschließlich monetärer Transfers und persönlicher Hilfeleistungen.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 240.

² Vgl. Jutta Ecarus (Hrsg.): Handbuch Familie, (2007), S. 25.

³ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Statistisches Bundesamt Deutschland: Pressemitteilung Nr. 336 vom 27.08.2007, http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2007/08/PD07_336_12621.psm1. Zugriff: 03.04.2008.

Die gestiegene Lebenserwartung bedeutet, wie im Kapitel 2.1.2 bereits betont wurde, dass in Deutschland noch nie so viele Kinder ihre Großeltern erleben konnten.¹ Während die Eltern heute im Durchschnitt mehr als 50 Jahre mit ihren Kindern verbringen, beläuft sich die gemeinsame Zeit der Großeltern mit den Enkelkindern im Durchschnitt mehr als 20 Jahre.² Die Drei- und teilweise sogar die Vier-Generationenfamilien werden immer alltäglicher. So haben 60 Prozent der 55- bis 69-Jährigen Enkelkinder, unter den 70- bis 85-Jährigen haben 75 Prozent Enkelkinder und 21 Prozent Urenkel. In den neuen Bundesländern sind 87 Prozent dieser Altersgruppe Großeltern und 36 Prozent Urgroßeltern. Die gemeinsame Lebenszeit von Großeltern und Enkeln wird in Zukunft aber vermutlich aufgrund der immer späteren Geburt der Kinder stärker zurückgehen.

Wohnentfernung³

Entscheidend für die Beziehung zwischen den Generationen ist die Wohnentfernung. In der Regel ist die Beziehung umso intensiver, je kürzer die Wohnentfernung ist. Eine kurze Entfernung wahrt die Möglichkeit, den Alltag miteinander zu teilen. Die allermeisten Familiengenerationen leben heute nicht unter einem Dach, allerdings sind sie räumlich nicht weit voneinander entfernt. Die geographische Distanz ist nur gering. „90 Prozent der Deutschen mit erwachsenen Kindern außerhalb des Haushalts benötigen maximal zwei Stunden, um ihr nächstwohnendes Kind zu sehen. 80 Prozent brauchen höchstens eine Stunde. 60 Prozent müssen nicht einmal den Wohnort verlassen. Bei über 30 Prozent genügt ein kurzer Fußweg innerhalb der Nachbarschaft oder ein Gang im selben Haus.“⁴ Die geographische Entfernung steht im starken Zusammenhang mit dem Bildungsniveau. Flexibilitätsanforderungen des Arbeitsmarktes werden auch in Zukunft geographische Mobilität abverlangen.

¹ Professor W. Lauterbach hat berechnet, dass von den Kindern, die zwischen 1941 und 1946 geboren wurden, im Alter von 10 Jahren 13 Prozent noch alle vier Großeltern hatten, von den 1981 geborenen Kindern im gleichen Alter sogar 36 Prozent.

² Wolfgang Lauterbach: Die gemeinsame Lebenszeit von Familiengenerationen (1995), zitiert nach Jutta Ecarius (Hrsg.): Handbuch Familie, (2007), S. 271.

³ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 238.

⁴ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 238.

	Eltern-Kinder				Kinder-Eltern			
	Haupt-schule	Real-schu-le	Abitur	Gesamt	Haupt-schule	Real-schu-le	Abitur	Gesamt
Weiter entfernt	8%	11%	20%	10%	6%	14%	23%	16%
Anderer Ort bis 2Std.	25%	33%	44%	30%	37%	35%	40%	36%
Gleicher Ort	32%	29%	18%	29%	30%	28%	21%	27%
Nachbarschaft	18%	19%	13%	18%	17%	14%	10%	14%
Haus	16%	8%	6%	13%	10%	9%	6%	8%
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Einbezogen sind 40-85jährige Deutsche mit erwachsenen Kindern bzw. mit Eltern außerhalb des Haushalts

Tabelle 3-1: Wohnentfernung nach Bildungsniveau¹

Bei dem Thema Wohnentfernung und Zusammenleben zeigt sich wieder die Ambivalenz der Beziehungen. Auf der einen Seite kann die räumliche Entfernung zu Instabilität und geringeren Intensität der familialen Generationenbeziehungen führen. Andererseits stärkt die zurückgegangene Koresidenz von Familiengenerationen diese sogar. Die Distanz entspannt das Verhältnis und bietet Rückzugsmöglichkeiten, man spricht in diesem Zusammenhang von der bereits in Kapitel 2.1.2 beschriebenen „Intimität auf Distanz“.

Bei all dem bezeugten Zusammengehörigkeitsgefühl und dem emotional engen Zusammenleben der Großeltern, Eltern und Enkeln, darf nicht übersehen werden, dass starke Belastungen die intergenerationalen Beziehungen auch überfordern können. Arbeitslosigkeit, finanzielle Probleme, bereits die Sorge vor Arbeitslosigkeit können die Generationenverhältnisse belasten. Es hat sich auch gezeigt, dass frühere Familienereignisse wie z. B. Scheidung, die Generationenbeziehungen weit ins Erwachsenenalter negativ beeinflussen können.²

3.2 Gelebter Generationenvertrag innerhalb der Mehrgenerationen-Familie

Familiale Transfers bauen Bindungen zwischen Angehörigen auf und stabilisieren die Familienbeziehungen. Oftmals haben die gegenseitigen Leistungen einen starken Symbolcharakter. Es wird nicht nur einfach Geld gegeben bzw. überwiesen, sondern man zeigt, dass man sich in finanziellen Notsituationen unterstützt, dass man sich auf den anderen verlassen kann und dass man füreinander einsteht. Die Dankbarkeit wird dabei zu einem starken Bindemittel und hält sogar

¹ Quelle: : Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 239.

² Vgl. hierzu und zu Folgendem: Hess, Doris/Hartenstein, Wolfgang/Smid, Menno, (1991). Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die Familie. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 24, 178-192 zitiert nach: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 241 f.

Gesellschaften zusammen.¹ Die Gegenseitigkeit begründet Verpflichtungen die Generationenbeziehungen festigen. Diese begründeten Gegenleistungen können sehr unterschiedlicher Art sein. Gegengeschenke, Aufmerksamkeit, Zuneigung, Telefonanrufe, emotionale Unterstützungen, kleine Gefälligkeiten gehören dazu oder auch größere persönliche Hilfen. Der Erhalt von Leistungen in der Kinder- und Jugendgeneration resultiert häufig in einer Verpflichtung im Erwachsenenalter zur „Rückgabe“ an die ältere Generation.² Persönliche Hilfen von erwachsenen Kindern gegenüber ihren Eltern sind demnach zum Teil auf monetäre Transfers zurückzuführen. Man kann in diesem Zusammenhang auch von einem privaten Generationenvertrag sprechen. Natürlich sind die Motive nicht immer das Ergebnis normativer Verpflichtungen, selbstverständlich sind sie auch Ausdruck starker Zuneigung, selbstlosem Handeln und dem Wunsch das Geben und Nehmen im Einklang zu halten. Aber häufig vermischen sich diese Motive mit Eigeninteresse.

3.2.1 Immaterielle Transferleistungen zwischen Generationen

Immaterielle Leistungen werden von jeder Generation in beide Richtungen (Eltern-Kinder bzw. Kinder-Eltern) erbracht. Die erwachsenen Kinder unterstützen ihre Eltern vergleichsweise oft bei Arbeiten in der Wohnung und im Garten, wie auch in der Kommunikation mit Behörden. Zu der spezifischen Leistung der Kinder für die Eltern gehört vordergründig der regelmäßige Kontakt. Im Folgenden werden die Aspekte Kontakthäufigkeit und persönliche Hilfeleistungen näher betrachtet.

Kontakte

Unter dem Aspekt Kontakte werden die zwischen den getrennt lebenden Familiengenerationen stattfindenden persönlichen Treffen, gemeinsame Aktivitäten, aber auch Briefe und Telefonate betrachtet.³ Wie die nachfolgende Abbildung belegt, kann von einer Aufkündigung der Generationenbeziehung nicht die Rede sein. Sieben von zehn Eltern haben mehrmals pro Woche Kontakt zu ihren Kindern. Nimmt man den Anteil derjenigen dazu, die zumindest einmal pro Woche miteinander telefonieren oder sich treffen, dann ergibt sich ein Anteil von 85 Prozent.

¹ Simmel, Georg: Soziologie – Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung(1908 (4. Aufl. 1958)), zitiert nach: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 250.

² Vgl. Rosemarie Nave-Herz: Ehe- und Familiensoziologie, Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde, (2004), S. 221.

³Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 243.

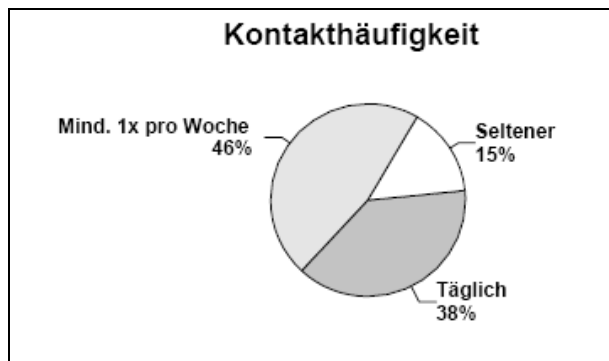


Abbildung 3-2: Kontakthäufigkeit in den Familien¹

Hilfeleistungen

Beachtlich sind auch die instrumentellen, d. h. die praktischen Leistungen der Generationen.² Diese umfassen den emotionalen Beistand genauso wie Haushaltshilfe, Enkelbetreuung und auch die Pflege der Angehörigen. Laut einer Umfrage im siebten Familienbericht geben 55 Prozent der 40 bis 85-Jährigen an, sich in der Familie praktisch zu engagieren. Die Hilfe im Haushalt richtet sich zu einem Viertel an die außerhalb des Haushaltes lebenden Eltern. Ein Achtel der Befragten pflegt Angehörige und über ein Drittel der Großeltern betreut die Enkel.

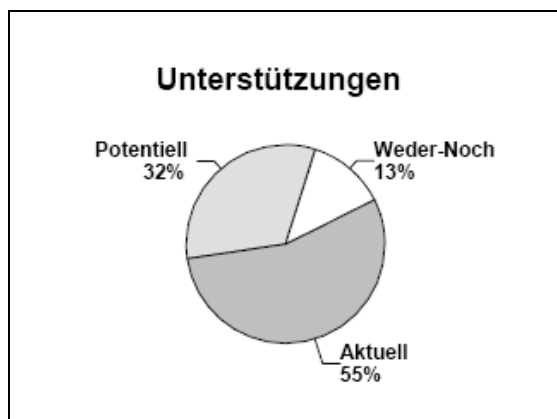


Abbildung 3-3: Praktische Hilfeleistungen der 40 bis 85 Jährigen³

¹ Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 268.

² Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 243 f.

³ Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 268.

Die Umfragen des Generationen-Barometers 2006 verweisen auf ähnliche Leistungen der älteren Generation.¹ 50 Prozent der Befragten berichten von der sporadischen oder regelmäßigen Betreuung der Kinder durch die Großeltern. Damit stellt diese Leistung eine bedeutende informelle Betreuungsform der Kinder dar, die die Berufstätigkeit vieler Mütter erst ermöglicht. Darüber hinaus sagen 79 Prozent der jungen Elternpaare bis 39 Jahre, dass die Großeltern die Betreuung der Enkel im Notfall übernehmen.

Es findet ungeachtet der Multilokalität der Familien eine enorme Solidarleistung statt. Das Ausmaß ist sogar größer als bisher dargestellt, wenn man die erbrachten bzw. die empfangenen Hilfestellungen der Generationen im Lebensverlauf betrachtet.

Ein besonderes Augenmerk verdient die Pflegeleistung der mittleren Generation, die sowohl psychisch wie physisch besonders anspruchsvoll ist.² Die Pflegebedürftigkeit tritt meist erst im hochbetagten Alter auf. Von den über 90-Jährigen sind es knapp 60 Prozent, von den 85 bis 89-Jährigen sind 36 Prozent pflegebedürftig, dagegen sind es von den 75 bis 79-Jährigen nur zehn Prozent. Neun von zehn Pflegebedürftigen werden privat versorgt, hauptsächlich von Ehefrauen, Töchtern, und Schwiegertöchtern, und zwar unabhängig davon, in welchem Verhältnis sie zu ihnen stehen.³ Die Generationensolidarität wird nochmals unterstrichen durch die Tatsache, dass mindestens die Hälfte der Pflegenden einer anderen Generation angehört. Auch die generelle Einstellung der Deutschen in der Frage, ob alleinlebende, pflegebedürftige Eltern im Bedarfsfall in ein Alters- oder Pflegeheim ziehen sollten, bestätigt dies. 90 Prozent der Befragten verneinen diese Frage.

Allerdings muss die Pflegesituation auch kritisch betrachtet werden, denn sie birgt enorme Belastungen für das gesamte familiäre Umfeld.⁴ Ein häufiges Problem stellt die doppelte Belastung durch die gleichzeitige Erwerbstätigkeit und Pflege. Die zunehmende und längere Erwerbsbeteiligung der Frauen sowie die geographische Distanz der Familienangehörigen erschweren die Vereinbarkeit von Beruf - Pflege der Angehörigen – Zeit für eigene Familie. Mit der ansteigenden Anzahl älterer Menschen (vgl. Kapitel 4.1) wird auch die Zahl der Pflegebedürftigen zunehmen, bei gleichzeitig weniger Angehörigen aufgrund der geringeren Geburtenrate. In Zukunft wird die Lage der familialen Pflege- und Hilfeleistungen zunehmend prekär, die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2050 wird auf voraussichtlich 4,7 Millionen ansteigen. Unterschieden nach Personengruppen, werden besonders die finanziell schlechter gestellten Kinderlosen von negativen Effekten betroffen sein.

¹ Forum Familie stark machen (Hrsg.): Generationenbarometer 2006, Eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, (2006), S. 184.

² Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 244.

³ Vgl. Rosemarie Nave-Herz: Ehe- und Familiensoziologie, Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde, (2004), S. 217.

⁴ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 245 ff.

Bevor im Kapitel 3.2.2 auf die finanziellen Aspekte der Generationensolidarität eingegangen wird, muss an dieser Stelle auf die bestehenden Ungleichheiten der Ressourcenverteilung aufmerksam gemacht werden. Monetäre Transfers von Eltern an die erwachsenen Kinder sind häufig, allerdings sind diese Leistungen ungleich verteilt.¹ Familien mit größeren finanziellen Möglichkeiten können ihre Familienmitglieder besser unterstützen, als Familien mit geringeren Geldressourcen. Somit besteht ein klarer Zusammenhang zwischen Generationensolidarität und sozialer Ungleichheit, der über den gesamten Lebenslauf der Kinder bestehen bleibt. Es ist also nicht zu unterschätzen, dass Familienbindungen bei der Fortschreibung und gar Vergrößerung sozialer Ungleichheit eine entscheidende Rolle spielen.²

Lebenslauf	Leistung der Eltern	Folgen für Kinder	Folgen für Ungleichheit
Kindheit und Jugend (Koresidenz)	Geld, Zeit, Raum: Haus, Garten, Zimmer, Ort, Wohngegend, Bücher, Vorlesen, Sprache, Erziehung, Bildung	Lebensqualität. Soziale Anerkennung (z.B. durch Spielzeug, Markenkleidung, Reisen). Freundschaften (über Wohngegend)	Ungleichheit der Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen. Grundlagen für lebenslange Ungleichheit
	Aspiration, Zeit, Geld: Hausarbeitenbetreuung und -kontrolle, Computer, Schulmittel, Nachhilfe, usw.	Schulwahl und -erfolg: Hauptschule, Realschule, Gymnasium	Bildungsungleichheit → Folgen für lebenslange Ungleichheit: Einkommen, Prestige, Arbeitslosigkeit, Partner, Gesundheit, usw.
	Aspiration, Information, Kontakte, Geld: Praktikum, Ausland, Lehrstelle	Berufswahl und -erfolg	Ungleichheit in Ausbildung und Beruf
Erwachsenenalter (Multilokalität)	Geschenke und Zahlungen: Geld- und Sachgeschenke, regelmäßige Zahlungen, Bürgschaften. Zeit: Enkelbetreuung	Lebensqualität im Erwachsenenalter Investitionen in Bildung und Beruf (z.B. Ausland, kurzes Studium) Vermögensaufbau	Ungleichheit der Lebensqualität von Erwachsenen
	Schenkungen, Vermögensübertragungen	Lebensqualität und Vermögen	Vergrößerung bereits existierender Ungleichheit
	Vererbungen	Lebensqualität und Vermögen: Wohnung, Kultur, Reisen, Sicherheit, Unabhängigkeit, Einfluss in Familie	Deutliche Vergrößerung bereits existierender Ungleichheit

Tabelle 3-2: Familienleistungen und soziale Ungleichheit³

¹ Vgl. Jutta Ecarius (Hrsg.): Handbuch Familie, (2007), S. 79.

² Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 259.

³ Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 259.

3.2.2 Monetäre Transfers innerhalb der Mehrgenerationen-Familie

Die Familiendefinition der letzten Jahre hat den Blick auf die große Bedeutung der Großeltern versperrt. Dabei erbringt die ältere Generation neben praktischen und emotionalen Hilfeleistungen auch enorme ökonomische Unterstützungsleistungen. Die monetären Transfers strömen von oben nach unten und zwar von den Eltern an die erwachsenen Kinder. Enkel und andere Verwandte werden dabei wesentlich seltener bedacht. Laut der Forschungsstudie „Generationenpakt“ geben rund 28 Prozent der Befragten im Alter ab 55 Jahren an, ihre Kinder durch erhebliche Geldtransfers zu unterstützen.¹ Dabei steigt der Anteil der „Geldgeber“ stark an, je länger die betrachtete Zeitspanne des Zusammenlebens ausfällt.

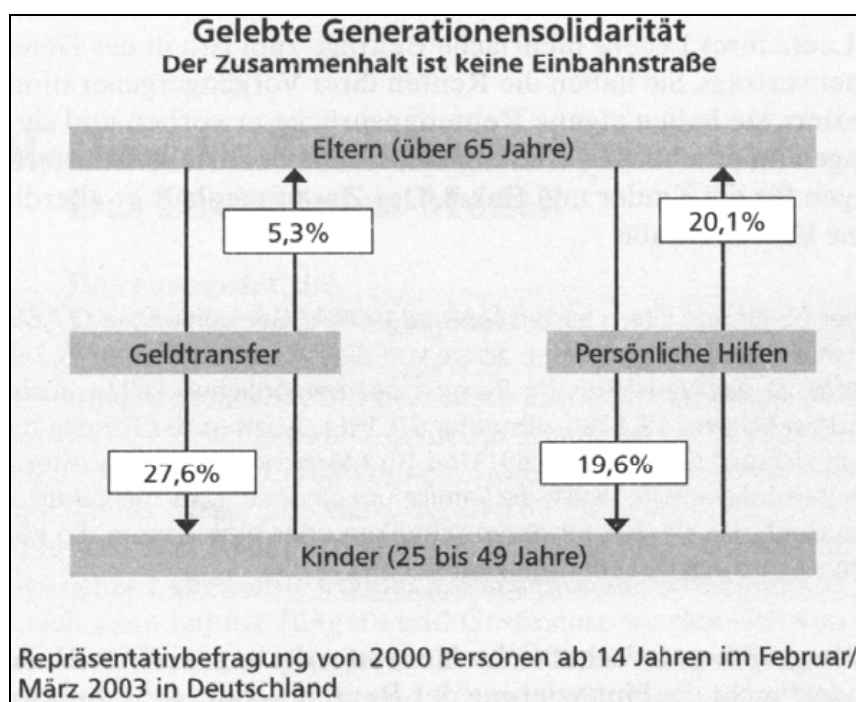


Abbildung 3-4: Generationentransfers²

Die Generationentransfers lassen sich unterscheiden nach den Transfers zu Lebzeiten (inter-vivos) und den Mortis-Causa-Transfers.³ Zu den finanziellen Leistungen zwischen den Lebenden gehören neben den aktuellen Zahlungen auch Geschenke, Schenkungen und Vermögensübertragungen. Erbschaften bzw. Vererbungen gehören zu den Transfers, die mit dem Ableben der Familienangehörigen ausgelöst werden.

Schenkungen sind wesentlich seltener als aktuelle Geldzuwendungen, jedoch handelt es sich hierbei um wesentlich höhere Summen. Auch wenn Schenkungen im Interesse der Kinder sind, die

¹ Vgl. Generationen-Barometer 2006, Eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, im Auftrag vom Forum Familie stark machen, (2006), S. 156.

² Quelle: H. W. Opaschowski: Der Generationenpakt, Das soziale Netz der Zukunft, (2004), S. 157.

³ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Jutta Ecarus (Hrsg.): Handbuch Familie, (2007), S. 86 ff.

früher ihre finanzielle Situation damit aufbessern können und in manchen Fällen steuerliche Vorteile für vorgezogene Vererbungen bestehen, wird diese Option nicht oft genutzt. Dies wird vor allem damit erklärt, dass den Interessen der Kinder das Interesse der Eltern gegenübersteht. Mit einer vorgezogenen Vererbung geben die Eltern ihre ökonomische Selbstständigkeit zum Teil auf, außerdem verlieren sie die Kontrolle über den Besitz und auch in gewisser Weise ein Druckmittel auf die Zuwendung, Aufmerksamkeit und Hilfeleistung der Kinder.

Vererbungen bzw. Erbschaften sind sowohl zu Lebzeiten der Erblasser, als auch danach, ein Ausdruck der Generationensolidarität. Trotz der gesetzlich verankerten Pflichtanteile können vermögende Familienmitglieder eher mit Hilfeleistungen rechnen. Mit dem Ableben der Angehörigen verbinden die Erbschaften die lebenden mit verstorbenen Generationen. Erbschaften stärken das Familiengedächtnis, begründen besondere Statuspositionen und besitzen einen starken Symbolwert. Je höher die Erbmasse ist, umso größer ist der Einfluss auf Familienbeziehungen.

Nach 50 Jahren wirtschaftlicher und politischer Stabilität wurden in Deutschland immense Vermögenswerte geschaffen, die nun an die nachkommende Generation weitergegeben werden. Dabei treten die Erbschaften vor allem in der zweiten Lebenshälfte auf. Dieser Umstand verwundert nicht, wenn man bedenkt, dass die meisten Erbschaften von den Eltern stammen. Die Kinder, die bereits im ganzen Lebensverlauf von den Eltern gut bezuschusst worden sind, erben auch nach dem Tod der Eltern größere Summen. Die Vererbungen spiegeln aufgrund ihrer Abhängigkeit von der finanziellen Situation des Erblassers in der Regel die bereits erwähnten sozialen Differenzen zwischen den Familien wider.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Generationenbeziehungen, trotz getrennter Haushaltsführung, durch großen Zusammenhalt und Solidarität gekennzeichnet sind. Den Hilfeleistungen der Jungen stehen die Leistungen der älteren Generationen gegenüber. Die Beziehungen sind mehr durch Konsens als durch Konflikte gekennzeichnet. Auf diesen privaten Generationenbeziehungen beruht auch die weiterhin große Popularität des gesellschaftlichen Generationenvertrages. In der Tat sind der „private“ und der gesellschaftliche Generationenvertrag eng miteinander verbunden. Aus der privaten Wertschätzung, der Familiensolidarität, wird die Wertschätzung öffentlicher Transfers begründet. Während die öffentlichen Transfers von unten nach oben verteilen, verlaufen die privaten Transferleistungen von oben nach unten. Nun muss man beachten, dass die privaten Transfers zum Teil nur aufgrund der Öffentlichen erst möglich sind.¹ Dieses wird in der öffentlich geführten Verteilungsdebatte häufig ausgeblendet.

¹ Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demographischer Wandel (Hrsg.): Die Rolle intergenerationaler Transfers in Einkommen und Vermögen älterer Menschen in Deutschland, (2004), S. 132 ff.

4 Familie, ein wichtiger Bündnispartner

4.1 Familien sind Leistungsträger

Die Familie ist das Fundament der Gesellschaft sowie die Grundlage für eine erfolgreiche und effiziente Wirtschaft und die soziale Sicherung des Staates. Bislang wurde die Rolle der Familie für die Sicherung unseres gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Wohlstandes unterschätzt. Kinder galten in der öffentlichen Meinung als ein "Privatvergnügen", ganz nach der Devise: „Kinder kriegen die Leute sowieso“. Erst mit dem steigenden öffentlichen Bewusstsein um den demographischen Wandel in Deutschland, wächst die Erkenntnis, dass die Familien der Schlüssel für das Abwenden der viel zitierten Schreckensszenarien eines „vergreisten Deutschlands“ sind. Derzeit leben 82,4 Millionen Menschen in Deutschland.¹ Im Jahr 2050 werden es je nach Szenario noch 69 bis 74 Millionen sein. Dann wird die Bevölkerungszahl unter dem Niveau des Jahres 1963 liegen. Seit mehr als 30 Jahren liegt die Geburtenrate unter dem Reproduktionsniveau von 2,1 Kindern pro Frau. Nur aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung und der hohen Zuwanderung ist die Bevölkerung in Deutschland lange Zeit nicht geschrumpft. Der Zuwanderungsstrom reicht jedoch seit 2003 nicht mehr aus, um das Geburtendefizit auszugleichen.

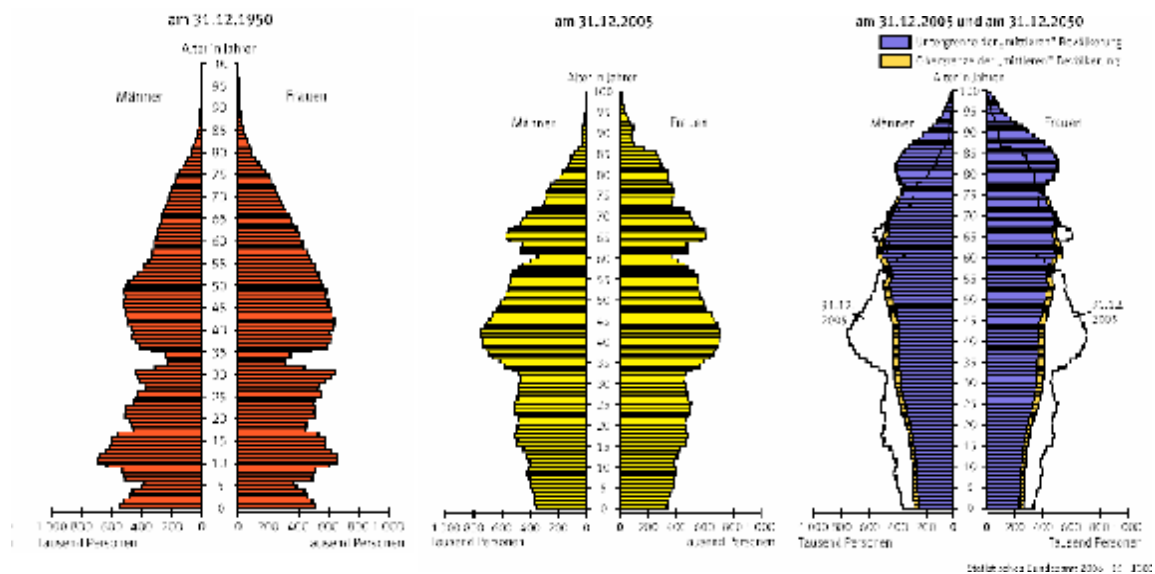


Abbildung 4-1: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland²

Unabhängig von der Entwicklung der absoluten Bevölkerungszahl, gehen alle Varianten zur Bevölkerungsentwicklung von einer dramatischen Alterung der Gesellschaft aus. Es wird deutlich weniger Kinder und gleichzeitig zunehmend ältere Menschen geben, deren Lebenserwartung

¹ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, (2006), S. 5 ff.

² Quelle: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, (2006), S. 35.

weiter steigt. Aufgrund der abnehmenden Zahl potentieller Mütter wird auch die jährliche Geburtenzahl auf rund 500.000 im Jahr 2050 sinken. Die Zahl der 60-Jährigen wird mit gut einer Million im Jahr 2050 doppelt so hoch sein wie die Zahl der Neugeborenen. Bis 2050 wird die Zahl der Kinder und Jugendlichen bis 15 Jahre von derzeit 14 Prozent auf rund elf Prozent sinken. Ganz anders sieht es bei den über 80-Jährigen aus: Mit knapp 14 Prozent wird sich diese Bevölkerungsgruppe mehr als verdreifachen. 2050 werden demzufolge mehr alte als junge Menschen in Deutschland leben. Auch das Erwerbspersonenpotenzial verschiebt sich. Der Anteil der Personen im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) an der Gesamtbevölkerung lag im Jahr 2005 bei 61 Prozent und wird auf 55 Prozent im Jahr 2030 und danach auf etwas über 50 Prozent im Jahr 2050 zurückgehen. Innerhalb der Bevölkerungsgruppe im erwerbsfähigen Alter wird es ebenso eine deutliche Verschiebung zu den Älteren geben.

Demographischer Wandel heißt also nicht nur, dass das Durchschnittsalter steigt. Es heißt auch, dass die Bevölkerungszahl abnimmt. Weniger Menschen bedeuten weniger Konsumenten, weniger Erwerbstätige und weniger Beitragszahler für die umlagefinanzierten Sozialsysteme. Das bedeutet überlastete Sozialsysteme, alternde Städte und Gemeinden, aber auch weniger Wachstum und weniger Innovationsfähigkeit. Summa summarum weniger von all den wesentlichen Faktoren, die eine Volkswirtschaft dynamisch erhalten. Es wird immer deutlicher, welche Folgen der demografische Wandel für unsere Gesellschaft hat. Dabei geht es vor allem auch um die ökonomischen Konsequenzen, zum Beispiel für das Wachstum. Die Forschungsabteilung der Deutschen Bank, DB Research, geht davon aus, dass unter Bedingungen des Status quo zwischen 2025 und 2030 das Wachstum um bis zu 0,75 Prozentpunkte pro Jahr gedämpft wird.



Abbildung 4-2: Erwerbstätigenpotenzial und Wirtschaftswachstum¹

¹ Quelle: Deutsche Bank Research: Demografische Entwicklung im Kontext des Strukturwandels (2007), S. 6.

In Ostdeutschland wird das Wachstumspotenzial aufgrund der Abwanderung entsprechend niedriger ausfallen. Der Abstand zwischen Ost und West wird sich dadurch vergrößern. Auch die OECD geht davon aus, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen ab 2030 in der Europäischen Union die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des BIP um rund 0,5 Prozent sinkt. Weniger Kinder gefährden also den ökonomischen und sozialen Wohlstand unserer Gesellschaft.

Wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zeigt, kann die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts jedoch steigen, wenn sich die Geburtenrate erhöht, die Erwerbstätigkeit von Frauen zunimmt und sich das Bildungsniveau verbessert.¹ In einem Basisszenario hat das Institut ein demografiebedingtes Absinken der jährlichen Wachstumsrate auf 0,7 Prozent bis zum Jahr 2030 berechnet. In einem zweiten Szenario lässt sich der Wachstumspfad durch eine zielgerichtete Familienpolitik im selben Zeitraum auf 1,1 Prozent anheben. Bis zum Jahr 2050 kann sich das Wachstumspotenzial sogar von 1,3 auf 1,7 Prozent erhöhen. Die Wissenschaftler kommen zu dem Ergebnis, dass wenn mehr Kinder geboren werden, mehr Frauen arbeiten können und sich dabei gleichzeitig die Bildungschancen der jungen Generation verbessern, wird eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik unmittelbar wachstumsrelevant.

Nur wenn es Deutschland gelingt, die knappen Ressourcen so einzuteilen und zu konzentrieren, dass die wesentlichen Funktionen von Familie, Reproduktion, Unterhaltssicherung, Sozialisation und Fürsorge mit ökonomischen Zielen harmonieren können, wird Deutschland zukunftsfähig bleiben. Im Folgenden werden einzelne, in Zahlen erfassbare, Leistungen der Familie zum Nutzen der Allgemeinheit dargestellt. Der Fokus liegt auf den ökonomischen Aspekten, ethisch-moralische bzw. sozialpolitische Gesichtspunkte werden nicht abgebildet.

4.1.1 Fiskalische Effekte von Kindern

Selbstverständlich erfüllen die Familien die Erziehungs-, Bildungs- und andere familiäre Leistungen in erster Linie ihrer selbst willen. Idealerweise werden Ehen aufgrund starker Gefühle eingegangen und Kinder werden nicht zur Rettung der Gesellschaft geboren und versorgt, sondern weil sich die Eltern lieben und sich Kinder wünschen. Jedoch begründen diese privaten Entscheidungen für Kinder und die familialen Leistungen „positive externe Effekte“². Die Familie nimmt als Lebens-, Erziehungs- und Wirtschaftsgemeinschaft Aufgaben wahr, die auf andere Weise nicht oder nicht in selber Qualität wahrgenommen werden können. Allerdings werden diese Leistungen häufig unterschätzt, beziehungsweise nicht entsprechend gebührt. Diese Wahrnehmung kann verändert werden, wenn man die Größenordnung des ökonomischen Beitrags der Familien zur Sicherung der

¹ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik, (2006), S. 17 f.

² In der Volkswirtschaft entsteht ein Externer Effekt, wenn sich das Handeln eines Marktteilnehmers auf den Nutzen von unbeteiligten Personen auswirkt. Man unterscheidet dabei positive und negative externe Effekte. Extern heißt dabei, dass die Effekte (Nebenwirkungen) eines Verhaltens nicht (ausreichend) im Markt berücksichtigt werden. Ein Geschädigter erhält keine Entschädigung und ein Nutznießer muss keine Gegenleistung entrichten. Externe Effekte können grundsätzlich beseitigt und dadurch die Wohlfahrt erhöht werden. Um die externen Effekte zu beseitigen gibt es zwei Ansätze: Private Verhandlungen oder staatliche Eingriffe.

biologischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Reproduktion der Gesellschaft kennt.

Zu den Familienleistungen gibt es in der Literatur bereits einige Schätzungen zu finden. Der Beitrag von Arnd Jessen aus dem Jahre 1937 ist einer der ältesten.¹ Im Jahr 1954 hat Jessen im Auftrag der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt den elterlichen Aufwand für Kinder noch einmal ermittelt und dabei nicht nur den Aufwand pro Kind - differenziert nach 1-, 2- und 3-Kinderfamilien - erfasst, sondern auch den Gesamtaufwand, den er mit 20 Milliarden DM oder einem Fünftel des Volkseinkommens ermittelte. Von den 20 Milliarden DM hat die Gesellschaft etwa ein Viertel, nämlich 5,4 Milliarden DM, getragen.

Eine aktuelle Darstellung des ökonomischen Beitrages von Kindern erfolgt in der eingangs erwähnten Expertise „Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Auf Grundlage der Expertise argumentiert die Bundesregierung, dass eine steigende Geburtenzahl entwicklungsrelevant für die deutsche Volkswirtschaft ist. Allerdings versäumt die Expertise weitere Familienleistungen wie Betreuung, Versorgung und Erziehung der Kinder explizit in die Berechnungen einzubeziehen. Nachfolgend wird das Berechnungsmodell in Kürze vorgestellt, um anschließend die Basis aller Annahmen den fiskalischen Nutzen eines einzelnen Kindes darzustellen.

Auf Basis eines Wachstumsmodells des Sachverständigenrates hat die Bundesregierung ermittelt, welche Wachstumseffekte durch mehr Menschen, mehr Arbeit und eine bessere Ausbildung entstehen können.² Folgende Wachstumstreiber werden im Wachstumsmodell berücksichtigt:

- das Wachstum der Vorperiode
- die Bruttoanlageinvestitionen des Unternehmenssektors in Relation zum Bruttoinlandsprodukt
- das Wachstum der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren
- das Humankapital, gemessen als Zahl der durchschnittlichen Jahre an formaler Bildung
- die Bruttoanlageinvestitionen des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt
- die Abgabenquote insgesamt, zusammensetzt aus direkten Steuern, indirekten Steuern sowie aus Sozialbeiträgen der Unternehmen und privaten Haushalte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt
- das staatliche Defizit, gemessen in Form des Finanzierungssaldos in Relation zum Bruttoinlandsprodukt
- der siebte Wachstumstreiber ist die standardisierte Arbeitslosenquote.

¹ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Heinz Lampert: Die Bedeutung der Familien und der Familienpolitik für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, (2003), S. 14.

² Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik, (2006), S. 13.

Der Sachverständigenrat hat mit dem statistischen Verfahren ermittelt, wie stark sich Änderungen bei den Wachstumstreibern auf die Wachstumsdynamik der Volkswirtschaft auswirken. Anhand dessen lässt sich berechnen, wie stark das Wirtschaftswachstum steigt, wenn beispielsweise die Gesamtabgaben sinken, der Altersaufbau sich positiv verändert, die Qualifikationen der Menschen steigen oder die Beschäftigungsaussichten am Arbeitsmarkt verbessert werden.

Den Berechnungen zufolge kann das Wirtschaftswachstum aufgrund einer Erhöhung der Geburtenrate, die sich im Modell zum einen in einer Zunahme der Bevölkerung widerspiegelt und zum anderen zu einem geringeren Abgabewachstum führt, positiv beeinflusst werden. Allerdings werden die positiven Wachstumseffekte erst nach einer Übergangsphase von etwa 20 Jahren wirksam werden und sich erst im Zeitablauf verstärken. Das Wachstum wird in der Übergangszeit erst rückläufig sein, da die Zahl der Kinder zwar ansteigt, viele von ihnen aber noch nicht erwerbsfähig sind, sodass das vorhandene Bruttoinlandsprodukt auf mehr Personen verteilt werden muss. Erst wenn die zusätzlichen Kinder in das erwerbsfähige Alter kommen, entstehen Wachstumsimpulse durch die steigende Erwerbstätigkeit und die Verringerung des Abgabewachstums. In der nachfolgenden Graphik sind mögliche Zukunftsszenarien des Wachstumsmodells dargestellt.

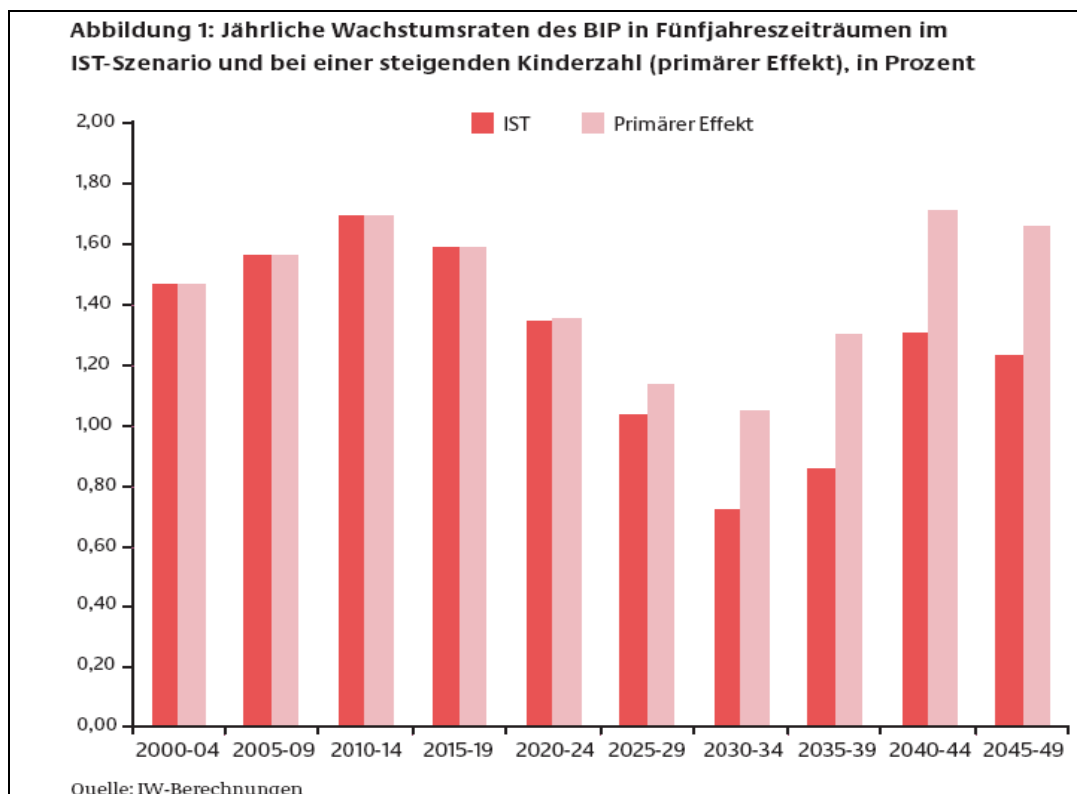


Abbildung 4-3: Wachstumsraten des BIP unter Annahmen des Wachstumsmodells¹

Das Ist-Szenario ist die Extrapolation der heutigen Gegebenheiten. Dagegen verläuft das Primär-

Effekt-Szenario unter der Annahme fruchtender familienpolitischer Maßnahmen, die sich in erster Linie in einer steigenden Kinderzahl niederschlagen. Den Berechnungen zufolge kann der demografiebedingte starke Einbruch der BIP-Wachstumsrate zwischen 2025 und 2035 durch stärkere Geburtenjahrgänge korrigiert werden. Im Ist-Szenario steht den aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Babyboomer-Jahrgängen nur eine sinkende Zahl an nachrückenden jungen Menschen gegenüber. Dies führt zu einem sinkenden Trendwachstum des gesamten Bruttoinlandsprodukts von aktuell etwa 1,4 bis 1,7 Prozent auf 0,7 Prozent ab. Berücksichtigt man den Effekt einer steigenden Kinderzahl, so bleibt das Trendwachstum oberhalb von einem Prozent. Auch langfristig wirkt sich eine steigende Kinderzahl deutlich auf das BIP-Wachstum aus. Die Zuwachsrate liegt über 1,6 Prozent. Ohne eine steigende Kinderzahl wäre zwischen 2040 und 2050 nur ein Wachstum von 1,2 bis 1,3 Prozent zu erwarten.

Wie man dem Primär-Effekt-Szenario entnehmen kann, werden Wachstumsimpulse erst wirksam, wenn die Kinder ins erwerbsfähige Alter kommen. In der Tat entstehen dem Staat zu erst enorme Kosten, da er sich vor allem auf dem Wege der Sozial- und Bildungspolitik an den Lasten der Erziehung beteiligt.² Jedoch ist die Bilanz für den Staat am Ende eine positive. Über Steuern und Sozialbeiträge, die die Kinder im Verlauf ihres Lebens an den Staat entrichten, kommt einiges mehr in die Staatskasse als vorher für die Kinder ausgegeben wurde. Wenn man heute ein in jeder Sicht durchschnittliches Neugeborenes über seinen gesamten Lebensverlauf verfolgt und zudem alle zusätzlichen Einnahmen und Ausgaben des Staates bilanziert, die aus der Existenz dieses Kindes resultieren, dann ergibt sich ein deutlicher Überschuss auf der Einnahmenseite des Staates. Nach den Berechnungen des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung ergibt sich ein Überschuss und somit der ökonomische Vorteil für Dritte, nämlich Steuerzahler und andere Empfänger staatlicher Leistungen, von 76.900 Euro.

5| Die fiskalische Bilanz eines durchschnittlichen Kindes (*2000)

	Fiskalischer Effekt ^a
Beiträge und Leistungen der Sozialversicherungen	240.500
davon:	
gesetzliche Rentenversicherung	139.300
gesetzliche Krankenversicherung	69.800
soziale Pflegeversicherung	20.600
Arbeitslosenversicherung	10.800
Steuern	227.400
davon:	
Einkommensteuern	102.000
Verbrauchssteuern	125.500
steuerfinanzierte staatliche Leistungen	- 391.000
davon:	
Kinderbetreuung und Bildung	- 136.000
familienpolitische Leistungen i.e.S. ^b	- 64.900
Beteiligung an Opportunitätskosten ^c	- 119.800
sonstige steuerfinanzierte Leistungen ^d	- 104.400
Tragfähigkeits-Korrektur ^e	34.100
Saldo	76.900

Abbildung 4-4: Fiskalischer Effekt eines Kindes

¹ Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik, (2006), S. 17.

² Vgl. hierzu und zu Folgendem: Robert Bosch Stiftung GmbH (Hrsg.): Starke Familie. Bericht der Kommission „Familie und demographischer Wandel“, (2004), S. 88 ff.

Quelle: Robert Bosch Stiftung GmbH (Hrsg.): Starke Familie. Bericht der Kommission „Familie und demographischer Wandel“, (2004), S. 101.

76.900 Euro generieren die Eltern mit der Geburt und Erziehung eines durchschnittlichen Kindes. Diese Bilanz beruht hauptsächlich auf dem umlagefinanzierten System der deutschen Sozialversicherungen, darunter zu allererst der gesetzlichen Rentenversicherung. Die gesetzliche Krankenversicherung und die allgemeine Finanzierung des Staatsbudgets durch Steuern und Beiträge treten hinzu. Das deutsche Steuer- und Sozialsystem bewirkt eine laufende Umverteilung von jungen und zukünftigen Generationen zur mittleren und älteren Generation. Es führt innerhalb jeder Generation zugleich zu einer Umverteilung von Familien durchschnittlicher und überdurchschnittlicher Größe zu Kinderarmen und Kinderlosen.

Hier kommt es auch zum Kernproblem des Steuer- und Sozialsystems in Deutschland. Insbesondere in der gesetzlichen Rentenversicherung werden mögliche Erträge des Aufziehens der Kinder in großem Umfang sozialisiert und ohne die Berücksichtigung der individuellen Übernahme von Kinderkosten an alle Angehörigen der jeweiligen Elterngeneration weitergeleitet. Dadurch wird die gesellschaftliche Illusion genährt, das eigene Alter sei dank der kollektiven Sicherungssysteme auch ohne eigene Kinder gesichert. Es erklärt auch das wachsende Gefühl der Ungerechtigkeit derjenigen, die Kinder bekommen und damit deutliche Abstriche im verfügbaren Einkommen in Kauf nehmen.¹ Etwa 150.000 Euro muss man für ein Kind bis zu seinem 18. Geburtstag aufbringen. Dann kommen noch Ausbildungskosten bis hin zum Studium, sowie die geringeren Erwerbseinkommen, insbesondere der Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit aufgrund der Betreuungssituation vermindern. Familiengründung stellt ökonomisch gesehen eine private Belastung und öffentlichen Gewinn dar.

Zu Recht verwies Helmut Kohl anlässlich des 40jährigen Bestehens des Familienministeriums auf die Leistungen der Familien: „Würden in Familien nicht eine Fülle humaner Dienste von der Erziehung bis zur Pflege erbracht, wäre unser Sozialstaat nicht nur weniger menschlich, er wäre auch unbezahlbar.“²

4.1.2 Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Kontext ökonomischer Betrachtung

Der staatliche Profit durch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zeigt sich sowohl kurzfristig wie auch langfristig. Geringere finanzielle Verluste aufgrund einer erhöhten Frauenerwerbsbeteiligung und dem damit verbundenen Plus an Steuereinnahmen und Sozialbeiträgen machen sich unmittelbar für den Staat bemerkbar. Zudem unterstützt das Gleichgewicht zwischen Erwerbs- und Familienleben die Erfüllung sozialpolitischer Ziele und begünstigt die gesellschaftliche Stabilität. Die Bundesregierung versucht mit dem Ausbau der Tagesbetreuungseinrichtungen, das Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen. Im Folgenden erfolgt die Betrachtung des ökonomischen Beitrages aus der verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Familien.

¹ Jutta Ecarius (Hrsg.): Handbuch Familie, (2007), S. 78.

² Helmut Kohl in seiner Ansprache zum 40-jährigem Bestehen des Familienministeriums, zitiert nach Heinz Lampert: Die Bedeutung der Familien und der Familienpolitik für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, (2003), S. 5.

Private und gesellschaftliche Investitionen in Kinder erhöhen das Humankapital einer Gesellschaft und tragen zur Entwicklung des Sozialkapitals bei.¹ Die ökonomische Betrachtung der Investitionen in Kinder lassen zusätzliche Nutzenkomponenten erkennen. Diese Nutzenbetrachtung muss jedoch vor dem Hintergrund der anfallenden Kosten erfolgen, möchte man die Rentabilität der Investition verdeutlichen. In erster Linie wird der Nutzen vom betreuten Kind gestiftet, oder sie können primär den Eltern, insbesondere den Müttern, oder auch anderen Wirtschaftssubjekten, zugeordnet werden.

Eine qualitative Kinderbetreuung, unabhängig davon ob familiär oder institutionell, kann grundsätzlich zu einer höheren und kontinuierlichen Elternerwerbstätigkeit führen. Es wird davon ausgegangen, dass bei gegebener Arbeitsnachfrage und Realisation der Erwerbswünsche, die Steueraufkommen und Beitragsaufkommen für die Sozialversicherungen steigen werden. Darüber hinaus werden Einsparungen bei den Unterstützungsleistungen möglich. So zum Beispiel können die Sozialhilfeleistungen oder aber Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, wie Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen nach längeren Erwerbspausen, reduziert werden. Der siebte Familienbericht verweist auf die Einkommensverluste aufgrund einer Entwertung der Berufserfahrung, die mit bedarfsgerechten Kinderbetreuungsmöglichkeiten vermieden werden können.² Die Studie von Spieß schätzt mögliche Mehreinnahmen dieser Effekte auf jährlich ein bis sechs Mrd. Euro bei der Einkommenssteuer und ein bis etwa neun Mrd. Euro Mehreinnahmen. Überdies kann eine höhere Müttererwerbsbeteiligung über die höheren Familieneinkommen auch zu höheren Konsumausgaben der Familienhaushalte führen. Was gleichzeitig höheres Mehrwertsteueraufkommen bedeutet. Erfolgt die Kinderbetreuung in Kindertageseinrichtungen, können ferner positive gesamtwirtschaftliche Arbeitsmarkteffekte ausgelöst werden.³ Nach Abschätzungen würde eine Realisierung der Erwerbswünsche von erwerbswilligen Müttern eine zusätzliche Beschäftigung von mehr als 1.000 Fachkräften voraussetzen, die wiederum zu einer Erhöhung der Einkommenssteuer- und Sozialversicherungseinnahmen beitragen würden. Der Umfang einer solchen Erhöhung wird auf bis zu fünf Mrd. Euro geschätzt.

Der Nutzen, der den Kindern zuzuordnen ist, wird nur dann erzielt, wenn eine gute pädagogische Betreuungsqualität gewährleistet ist. Der Beitrag einer guten frühkindlichen Förderung kann anhand des Schulerfolges gemessen werden. So bemisst sich der Schulerfolg kurzfristig dadurch, dass z. B. die Zahl der Schuljahreswiederholungen oder Sonderschulzuweisungen abnimmt, die sonst durch öffentliche Mittel finanziert werden. Auch öffentlich finanzierte Maßnahmen der

¹ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 353 ff.

² Einer Untersuchung von Beblo und Wolf (2002) zufolge, wird die gesammelte Berufserfahrung durch den Ausstieg aus der Vollerwerbstätigkeit um etwa 60 Prozent pro Unterbrechungsjahr und 55 Prozent pro Teilzeitjahr entwertet. Mit dem Eintritt in die Elternzeit schlägt sich somit pro Unterbrechungsjahr z.B. eine vorangegangene zehnjährige Berufstätigkeit nur noch mit effektiv vier Jahren Lohnsteigernd zu Buche.

³ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Spieß, Katharina u.a.. Abschätzung der Brutto-Einnahmeneffekte öffentlicher Haushalte und der Sozialversicherungsträger bei einem Ausbau von Kindertageseinrichtungen (2003), zitiert nach Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 357.

Jugendhilfe können aufgrund einer guten pädagogischen Betreuung in Kindertageseinrichtungen verringert werden. Langfristige Nutzenkomponenten der Investitionen in die kindliche Frühentwicklung äußern sich zudem in höheren Lebenseinkommen der Kinder, einer geringeren Abhängigkeit von Sozialleistungen oder aber einer geringeren Kriminalität. Dieser Nutzen führt zu öffentlichen Mehreinnahmen bzw. zu Einsparungen bei öffentlichen Haushalten.

Empirische Studien, die sich mit den kurzfristigen Effekten einer Betreuung in Kindertageseinrichtungen beschäftigen, zeigen, dass insbesondere die kognitive Entwicklung von Kindern aus finanziell schlechter gestellten oder anregungsarmen Familien durch eine gute Betreuung in Kindertageseinrichtungen maßgeblich gefördert wird.¹ In zwei amerikanischen Studien, der NICHD-Studie und der „Cost, Quality, and Outcomes“-Studie, wird auf den Zusammenhang zwischen einer guten vorschulischen Betreuungsqualität und verbesserten schulischen Leistungen insbesondere der Kinder von Eltern mit einem niedrigen Bildungsniveau verwiesen.

Die US-amerikanischen Forscher sind Vorreiter im Bereich der Ökonomie der Kinderbetreuung. Sie waren die ersten, die langfristige Kosten- und Nutzenbetrachtungen auf volkswirtschaftlicher Ebene in Studien zusammenfassten. Es gelang ihnen den öffentlich finanzierten Kostenanteilen einer Betreuung in Kindertageseinrichtungen den gesamtgesellschaftlichen Nutzen gegenüberzustellen. Zu den wohl bekanntesten dieser Studien zählt die Kosten-Nutzen-Analyse für das US-amerikanische Perry-Preschool-Projekt.² Die Kosten-Nutzen-Analyse für das Perry-Preschool-Projekt ergab, dass der Nutzen die Kosten des einjährigen Programms um das siebenfache und für das zweijährige Programm um das 3,6-fache übersteigt, zu einem Zeitpunkt, als die Mitglieder der Untersuchungsgruppe 19 Jahre alt waren. Weiter fasst die High/Scope Educational Research Foundation die Ergebnisse wie folgt zusammen: „A landmark, long-term study of the effects of high-quality early care and education on low-income three- and four-year-olds shows that adults at age 40 who participated in a preschool program in their early years have higher earnings, are more likely to hold a job, have committed fewer crimes, and are more likely to have graduated from high school. Overall, the study documented a return to society of more than \$16 for every tax dollar invested in the early care and education program.“³

Im europäischen Raum gibt es kaum entsprechende Kosten-Nutzen-Analysen. Zu den wenigen Ausnahmen zählen die Untersuchungen der Stadt Zürich, die Untersuchung „Volkswirtschaftlicher Ertrag von Kindertagesstätten“ der Universität Bielefeld und die Studie „Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland“ der Bertelsmann Stiftung.

¹ Vgl. hierzu auch die Ergebnisse der „NICHD Study of Early Child Care and Youth Development“, zu finden unter: http://www.nichd.nih.gov/publications/pubs/upload/seccyd_051206.pdf oder die The “Cost, Quality and Child Outcomes” study unter: <http://www.fpg.unc.edu/ncedl/pages/cqpr.cfm>.

² Vgl. hierzu und zu Folgendem: Ergebnispräsentation des Perry Preschool Projects der High/Scope Educational Research Foundation, unter: http://www.highscope.org/file/Research/PerryProject/PerryApril_20052.pps. Zugriff: 11.04.2008.

³ High/Scope Educational Research Foundation (Hrsg.): Lifetime Effects: High/Scope Perry Preschool Study through age 40, (2004), unter: <http://www.highscope.org/Content.asp?ContentId=282>. Zugriff: 11.04.2008.

Das Ergebnis der Züricher Analyse bestätigt einen positiven ökonomischen Effekt aus den Investitionen in die Kindertagesbetreuung.¹ Die Untersuchung des Büros für Arbeits- und Sozialpolitische Studien BASS hat ergeben, dass die von den Züricher Kindertagesstätten verursachte Kosten in Höhe von rund 39 Millionen Franken, ein Nutzen in einer Größenordnung von 137 bis 158 Millionen Franken gegenübersteht. Es flossen zwischen drei und vier Franken je investierten Franken in die Gesellschaft zurück. Der Gesamtnutzen verteilt sich wie folgt auf:

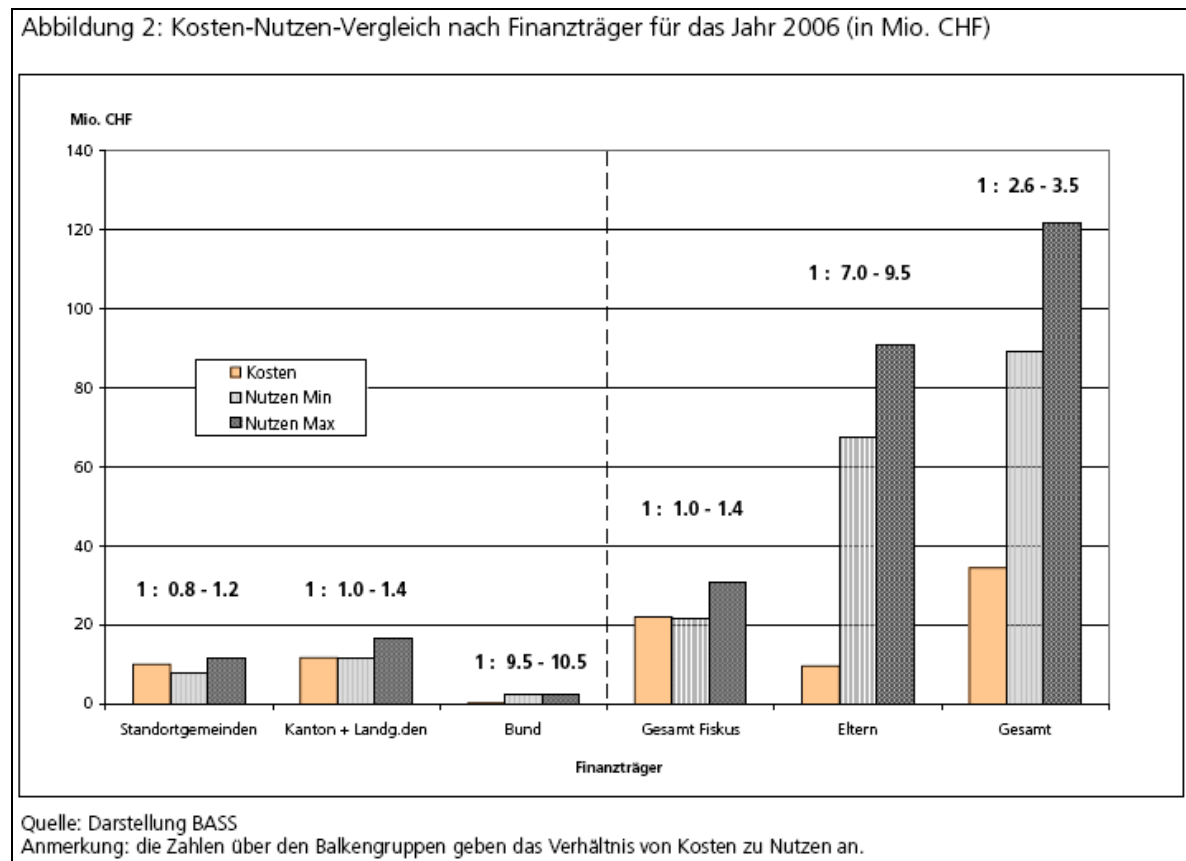


Abbildung 4-5: Darstellung des Kosten-Nutzen-Vergleichs²

Auch die Studie der Bertelsmann Stiftung, die den Einfluss des Besuchs von Kinderkrippen (0 bis 3 Jahre) auf die Bildungsbiographie und die zu erwartenden volkswirtschaftlichen Effekte untersucht hat, kommt zu einem positiven Ergebnis.³ Der Studie zufolge hat sich die Wahrscheinlichkeit ein Gymnasium zu besuchen, durch die frühkindliche Bildung in einer Krippe für den Durchschnitt der Kinder aus den untersuchten Jahrgängen von 36 Prozent auf rund 50 Prozent erhöht. Für benachteiligte Kinder liegt die Verbesserung der Bildungschancen durch einen Krippenbesuch noch höher. Von diesen Kindern gehen rund zwei Drittel mehr aufs Gymnasium.

¹Vgl. hierzu und zu Folgendem: Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien BASS AG: Volkswirtschaftlicher Nutzen von Kindertageseinrichtungen in der Region Bern, Kurzfassung, (2007), S. 5.

²Quelle: Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien BASS AG: Volkswirtschaftlicher Nutzen von Kindertageseinrichtungen in der Region Bern, Kurzfassung, (2007), S. 6.

³Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland, Eine ökonomische Bewertung langfristiger Bildungseffekte bei Krippenkindern, (2007), S. 4 ff.

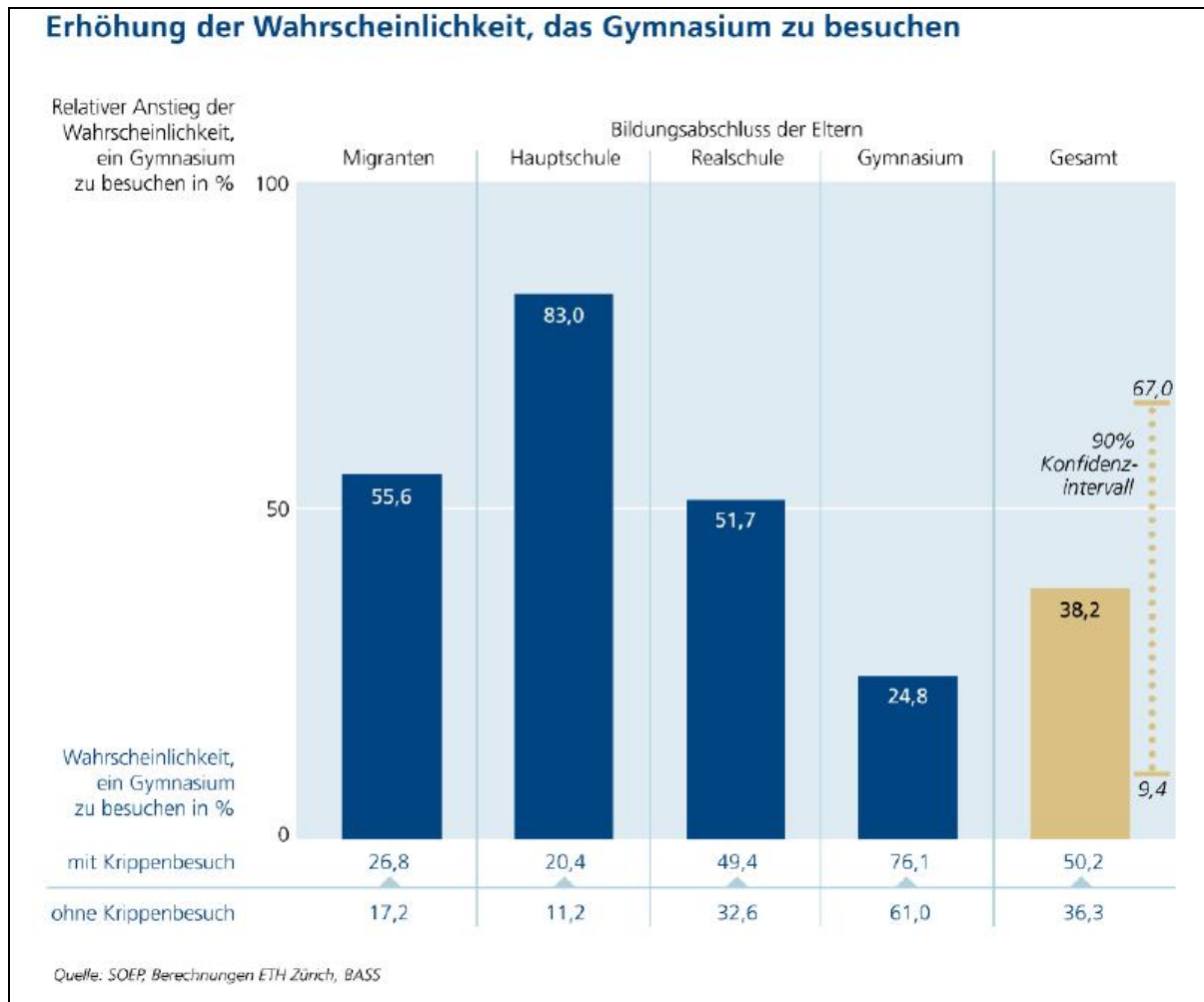


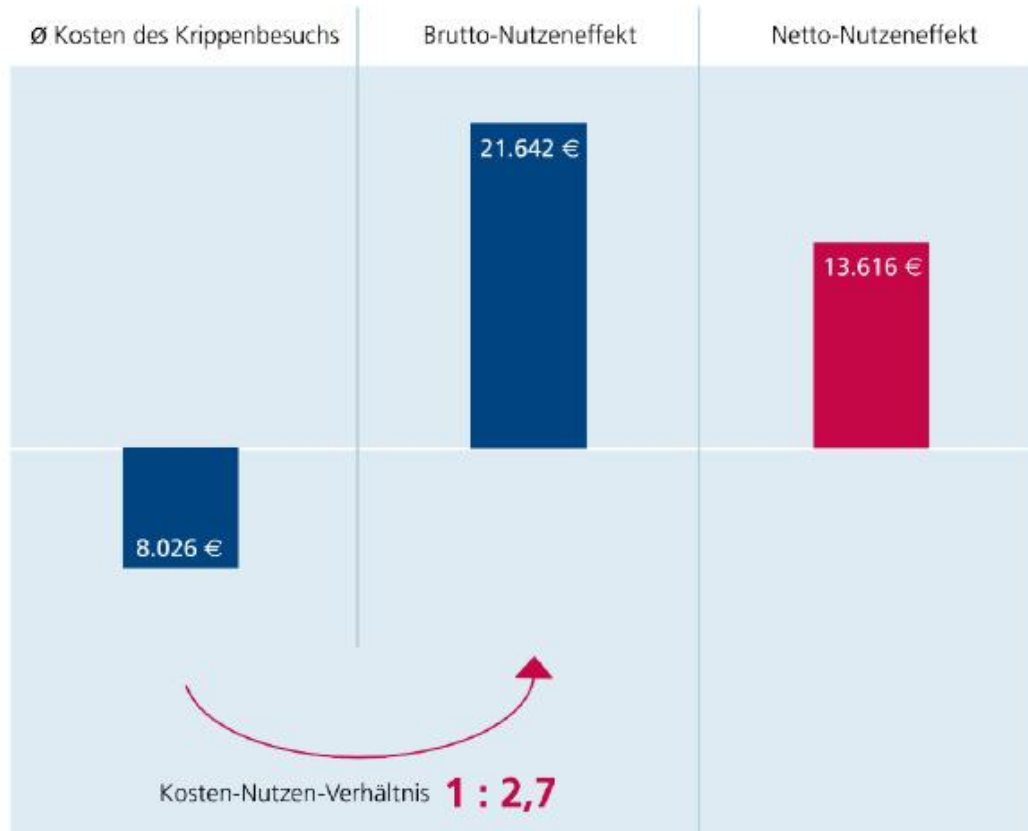
Abbildung 4-6: Erhöhung der Bildungschancen für Kinder¹

Ein höherer Bildungsabschluss führt in den meisten Fällen zu höheren Lebenseinkommen. Die durchschnittliche Differenz zwischen den erwarteten Lebenseinkommen von Personen mit und ohne Abitur beträgt rund 230.000 Euro.² Davon sind durchschnittlich fast 22.000 Euro an Brutto-Mehreinkommen auf Effekte des Krippenbesuchs zurück zu führen. Damit werden durch den Krippenbesuch eines Kindes volkswirtschaftliche Nutzeneffekte ausgelöst, die nahezu dreimal höher sind als die entstandenen Kosten für den Krippenbesuch von rund 8.000 Euro für eine durchschnittliche Verweildauer von 1,36 Jahren.

¹ Quelle: Bertelsmann Stiftung unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-0A000F14-723BEF02/bst/xcms_bst_dms_23964_23965_2.JPG. Zugriff: 11.04.2008.

² Die Berechnungen basieren auf Querschnittdaten für die Jahre 1996 bis 2005 des Sozioökonomischen Panels (SOEP), zu Preisen von 2005.

Volkswirtschaftliche Nutzeneffekte des Krippenbesuchs: Kosten-Nutzen-Verhältnis gemessen am zusätzlichen Lebenseinkommen eines Kindes in Relation zu den entstandenen Krippenkosten



Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Tageseinrichtungen für Kinder Wiesbaden, verschiedene Jahrgänge; Berechnungen der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, SOEP 1990–2006, Berechnungen BASS

Abbildung 4-7: Volkswirtschaftliche Nutzeneffekte des Krippenbesuchs¹

Die Bertelsmann Stiftung geht sogar weiter und berechnet am Beispiel der Geburtsjahrgänge 1990 bis 1995 den entgangenen volkswirtschaftlichen Nutzen für die Bundesrepublik. Hätten aufgrund eines besseren Krippenbetreuungsangebotes 35 Prozent der Kinder eines Jahrgangs eine Krippe besucht, wäre insgesamt ein Nutzen von durchschnittlich 2,1 Milliarden Euro pro Geburtsjahrgang entstanden. Nach dem berechneten Szenario entgeht der deutschen Volkswirtschaft ab 2009 für die sechs untersuchten Jahrgänge damit insgesamt ein Nettonutzen von 12,6 Milliarden Euro.

¹ Quelle: Bertelsmann Stiftung unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-0A000F14-723BEF02/bst/xcms_bst_dms_23962_23963_2.JPG. Zugriff: 11.04.2008.

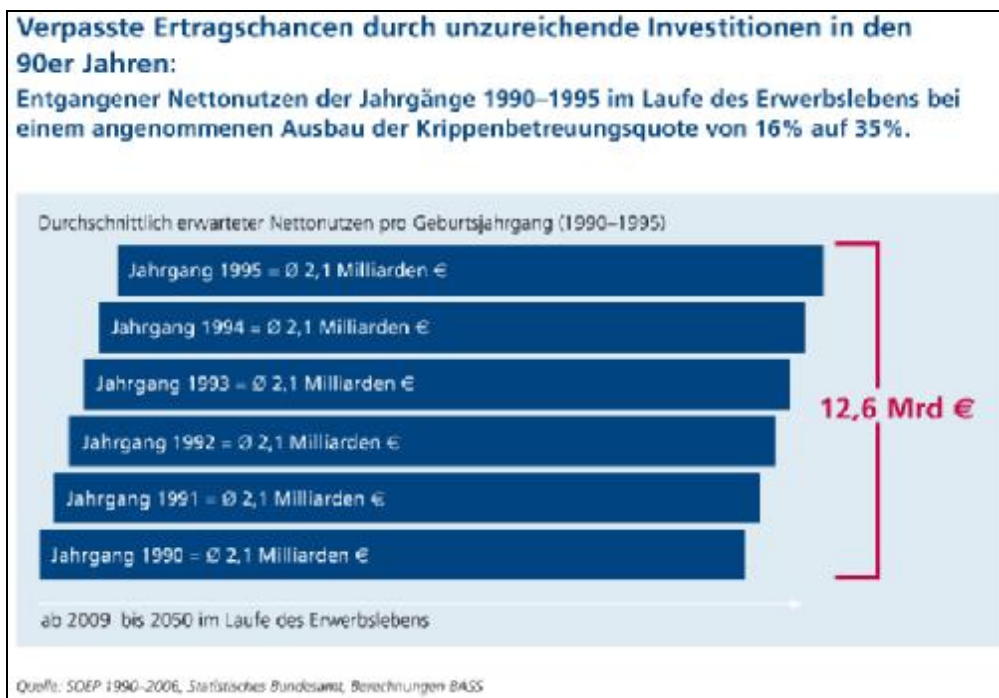


Abbildung 4-8: Entgangener Nutzen durch zu geringe Investitionen¹

In der Untersuchung "Volkswirtschaftlicher Ertrag von Kindertagesstätten" wurden auf der Investitionsseite die Betriebskosten von Kindertagesstätten berechnet und den durch sie entstandenen volkswirtschaftlichen Erträgen gegenübergestellt. Als Grundlage für die volkswirtschaftlichen Erträge wurden die Berufstätigkeit der Mütter, die Beschäftigung des Personals in den Kindertagesstätten und die geringen Sozialhilfeleistungen des Staates berücksichtigt. Auf der Basis der repräsentativen Teilstichprobe des SOEP zeigt die Untersuchung, dass durch eine durchschnittliche Investition von 5.200 Euro für einen Kindertagesstättenplatz pro Jahr ein durchschnittlicher Ertrag von 20.000 Euro bewirkt wird. Der volkswirtschaftliche Ertrag für jeden investierten Euro beläuft sich somit auf 3,8 Euro. In der Studie wird darüber hinaus untersucht, welche Wirkungen es hätte, wenn die Kindertagesstätten geschlossen würden. Diese Auswirkungen für alle Betroffenen werden dem Ertrag gleichgesetzt, den die Einrichtungen bewirken.

¹ Quelle: Bertelsmann Stiftung unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-0A000F14-723BEF02/bst/xcms_bst_dms_23960_23961_2.JPG. Zugriff: 11.04.2008.

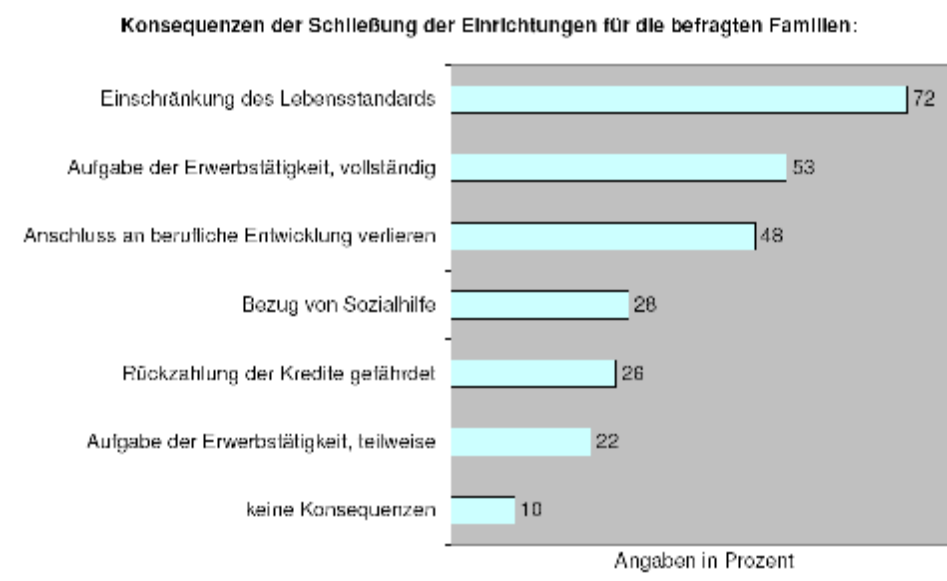


Abbildung 4-9: Folgen der Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass bei der Betreuung von Kindern vielfältige Nutzen- und Kostenaspekte feststellbar sind, die gegenübergestellt sogar einen volkswirtschaftlichen positiven Nettonutzen belegen. Dies führt zu der Annahme, dass die Förderung einer pädagogisch guten Betreuung in Kindertageseinrichtungen sich ökonomisch auszahlt. Vielleicht ein Satz zu der Äquivalenz einer guten Betreuung durch die Großeltern?

Unter den ökonomischen Rahmenbedingungen kommt den Infrastrukturmaßnahmen in der Kinderbetreuung eine besondere Bedeutung zu. Gesamtwirtschaftlich betrachtet, wird sich eine verstärkte Vereinbarkeit von Familie und Beruf positiv auf das notwendige wirtschaftliche Wachstum auswirken. Eine steigende Erwerbsbeteiligung der beruflich hoch qualifizierten Frauen bringt die Möglichkeit mit sich, den drohenden Fachkräftemangel am Arbeitsmarkt zu regulieren und dem Verlust von Humankapital durch Erwerbsauszeiten entgegenzuwirken. Folglich ist mit einem Wirtschaftswachstum als Folge gesteigerter Produktivität und mit dem Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit zu rechnen.

4.2 Familienfreundlichkeit als Wettbewerbsfaktor

Der Standort- und Wettbewerbsfaktor der Zukunft heißt Familienfreundlichkeit. Im lokalen und regionalen Umfeld werden die unmittelbaren Lebens- und Arbeitsbedingungen der Familien bestimmt. Länder, Städte oder auch Regionen denen es nicht gelingt, ein familienfreundliches Klima zu schaffen, werden auf lange Sicht auch wirtschaftlich das Nachsehen haben.¹ Die Attraktivität der Standorte für Investoren und somit die wirtschaftliche Zukunft und der Wohlstand

¹ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familienatlas 2007, Standortbestimmung, Potenziale, Handlungsfelder, (2007), S. 5 ff.

der deutschen Städte und Landkreise wird im zunehmendem Maße davon abhängig sein, ob die Regionen jungen Familien ein lebenswertes Umfeld und berufliche Perspektiven anbieten können.

Auch in der Wirtschaft wächst die Erkenntnis, dass Familienfreundlichkeit bereits längst zum Wettbewerbsfaktor geworden ist. Unternehmen können durch eine familienorientierte Personalpolitik selbst wesentlich zu einer besseren Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienaufgaben beitragen. Es lohnt sich für die Unternehmen eine wirkliche Balance von Beruf und familiären Interessen zu ermöglichen. Dabei geht es nicht nur um die soziale Verantwortung der Unternehmen, sondern auch um ihr ureigenstes betriebswirtschaftliches Interesse. In den Umfragen für den Unternehmensmonitor 2006 haben über 78 Prozent der befragten Unternehmen angegeben, dass eine geringere Fluktuation und ein niedrigerer Krankenstand ausschlaggebend für die Einführung von familienfreundlichen Maßnahmen waren.¹ Eine Studie der Prognos AG kommt zu dem Schluss, dass Familienfreundlichkeit am Arbeitsplatz eine betriebswirtschaftliche Rendite von durchschnittlich 25 Prozent bringen kann.² Gleichzeitig belegt die Studie, dass den Unternehmen durch die mangelhafte Vereinbarkeit erhebliche Mehrkosten entstehen, die in Anbetracht zukünftiger Prognosen zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen noch deutlich steigen werden.

4.2.1 Wettbewerbsvorteile für die Unternehmen

Wie bereits dargestellt, belegen neue Studien, dass sich familienfreundliche Maßnahmen lohnen. Denn diese reduzieren die Kosten, verhelfen Unternehmen zu qualifizierten Fach- und Führungskräften, sichern den Erhalt des Know-hows und die Erfahrung der Beschäftigten, reduzieren die Fehlzeiten und steigern die Attraktivität der Arbeitgeber. Im Nachfolgenden erfolgt eine nähere Betrachtung der eingangs angesprochenen Studie der Prognos AG. Ziel ist es, den betriebswirtschaftlichen Nutzen herauszuarbeiten.

Die Prognos AG hat im Auftrag des BMFSFJ eine betriebswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analyse familienfreundlicher Maßnahmen, bestehend aus Beratungsleistungen, individuellen Arbeitszeitmodellen, Telearbeit und Kinderbetreuung, durchgeführt.³ Die Analyse beruht auf Grundlage von Controllingdaten aus zehn Unternehmen. Im Zentrum der Untersuchung stehen der Vergleich und die Bewertung der spezifischen betrieblichen Kennziffern von Beschäftigten mit und ohne Kinder. Als Grundlage der Analyse werden Veränderungen der Fluktuation, der Rückkehrdauer aus der Elternzeit und der Fehlzeiten von Eltern herangezogen. Ein Teil der Wirkungen, die nicht explizit monetär feststellbar sind, oder nicht isoliert betrachtet werden können, bleibt in der Untersuchung unberücksichtigt. Jedoch fließen die Ergebnisse aus unternehmensinternen Studien zu den nicht

¹ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2006, Wie familienfreundlich ist die deutsche Wirtschaft? – Stand, Fortschritte, Bilanz – (2006), S. 19.

² Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen. – Kosten-Nutzen-Analyse – (2003), S. 34.

³ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen. – Kosten-Nutzen-Analyse – (2003), S. 6 ff.

gemessenen Effekten in die Interpretation der Analyse mit ein.

Zuerst werden die Einsparpotenziale der Maßnahmen ermittelt. Im einzelnen besteht das Kostensenkungspotenzial in:

- den Wiederbeschaffungs- bzw. Fluktuationskosten, d.h. den Kosten für die familienbedingte Fluktuation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.
- den Überbrückungskosten, d. h. den Kosten für die Überbrückung der Phase, in der sich Personal in Elternzeit befinden.
- den Wiedereingliederungskosten, d. h. den Kosten für die Wiedereingliederung von Rückkehrerinnen und Rückkehrern aus der Elternzeit, die mit der Dauer der Betriebsabwesenheit steigen.
- den Kosten für Fehlzeiten, d.h. den Kosten für erhöhte Fehlzeiten aufgrund der zusätzlichen Belastung durch Familienaufgaben neben der Erwerbstätigkeit.

Die Untersuchung berücksichtigt auch die unterschiedlichen Qualifikationsniveaus der Mitarbeiter(innen) sowohl im Bereich der Personalbeschaffung als auch im Bereich der Wiedereingliederung. Unter der Annahme, dass das Qualifikationsniveau mit dem Einkommen korreliert, werden untere, mittlere und obere Einkommensklassen separat betrachtet.

Im zweiten Schritt werden den Einsparpotenzialen die Kosten familienunterstützender Maßnahmen gegenübergestellt. Aus der Erkenntnis, dass familienfreundliche Maßnahmen in der Kombination die größte Wirkung entfalten, betrachtet die Analyse ein Grundprogramm von Maßnahmen. Die Bestandteile des analysierten familienfreundlichen Grundprogramms sind:

- Beratungsangebote für Eltern, Kontakthalte- und Wiedereinstiegsprogramme für Beschäftigte in Elternzeit.
- Teilzeitangebote, Arbeitszeitflexibilität und -souveränität für Eltern.
- Telearbeit für Beschäftigte in Elternzeit.
- betriebliche bzw. betrieblich unterstützte Kinderbetreuung, da die kostenintensive betriebliche Kinderbetreuung je nach der konkreten Betreuungssituation vor Ort in vielen Fällen eine weder notwendige noch sinnvolle Maßnahme darstellt.

Um die Vergleichbarkeit und Übertragbarkeit der Ergebnisse der Analyse zu gewährleisten, stellt die Prognos AG auf Grundlage der ermittelten Kostengrößen und Einsparpotenziale eine realitätsnahe Modellrechnung zu Kosten und Nutzen familienfreundlicher Maßnahmen für eine fiktive „Familien GmbH“ auf. Die Betrachtung der „Familien GmbH“ erfolgt unter der Annahme dreier Szenarien:

- Im „Basisszenario“ wird angenommen, dass die „Familien GmbH“ keine familienfreundlichen Maßnahmen umsetzt und daher keine Einsparungen erzielt.

- Im „Realszenario“ wird ein Unternehmen mit familienfreundlichen Maßnahmen abgebildet, das Einsparungen im Umfang der analysierten Unternehmen realisieren kann.
- Im „Optimalszenario“ wird die „Familien GmbH“ als familienfreundliches Unternehmen mit maximalen Einsparungen dargestellt. Für Real- und Optimalszenario werden identische Kosten für familienfreundliche Maßnahmen angesetzt. Insofern bildet das Optimalszenario einen hypothetischen Fall mit den rechnerisch maximal realisierbaren Einsparmöglichkeiten ab.

Im Ergebnis können die Gesamtkosten der unzureichenden Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der „Familien GmbH“ im Realszenario um 55 Prozent und im Optimalszenario um 78 Prozent gesenkt werden. Die realisierten Einsparungen übersteigen damit die Kosten für das angenommene Paket familienfreundlicher Maßnahmen in Höhe von rund 304.000 € jährlich um 75.000 € im Realszenario und 235.500 € im Optimalszenario. Das für die familienfreundlichen Maßnahmen eingesetzte Kapital verzinst sich somit mit 25 Prozent. Damit wird belegt, dass die Investitionen in Familienfreundlichkeit sich betriebswirtschaftlich grundsätzlich rechnen. Sicherlich stellen die Ausgaben für Unternehmen beim ständigen Kostendruck eine enorme finanzielle Anstrengung dar. Allerdings wird sich eine frühe familienfreundliche Ausrichtung der Unternehmen in Anbetracht der längerfristigen Entwicklungen der Personalstruktur, wie auch den zunehmenden Bedarf an Mitarbeiter(innen) mit spezifischen Qualifikationen, einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil darstellen.

ALLGEMEINE DATEN „FAMILIEN GMBH“					
Nutzenpotenzial	Basis-szenario	Real-szenario	Einspar-potenzial ggü. Basis-szen. in %	Optimal-szenario	Einspar-potenzial ggü. Basis-szen. in %
Überbrückungskosten für ...					
... Überbrückung mit unbefristeter Einstellung	76.974 €	69.976 €	-9%	66.478 €	-14%
... Überbrückung mit befristeter Einstellung	244.918 €	224.902 €	-8%	209.799 €	-14%
... Überbrückung mit sonstigen Maßnahmen	46.930 €	26.072 €	-44%	15.643 €	-67%
Summe Überbrückungskosten	368.821 €	320.951 €	-13%	291.920 €	-21%
Fluktuationskosten und Wiederbeschaffungskosten					
Kosten aufgrund von Nichtrückkehr (Fluktuation) aus der Elternzeit	57.731 €	17.494 €	-70%	16.619 €	-71%
Kosten für Neueinstellungsbedarf aufgrund Teilzeitwunsch zurückkehrender ehemaliger Vollzeitkräfte	76.974 €	76.118 €	-1%	33.239 €	-57%
Summe Fluktuations- u. Wiederbeschaffungskosten	134.705 €	93.612 €	-31%	49.858 €	-63%
Wiedereingliederungskosten	67.110 €	44.740 €	-33%	21.479 €	-68%
Kosten für erhöhte Fehlzeiten	0 €	0 €	-	0 €	-
Kostenersparnis durch Zuflüsse qualifizierter Überbrückungskräfte in den Bewerberpool	-14.271 €	-142.709 €	-	-160.224 €	-
Attraktivitätseffekt bei der Mitarbeiterakquise (Basis: Realszenario)	139.725 €	0 €	-	-46.575 €	-
Summe Kosteneinsparpotenzial p. a.	696.090 €	316.594 €	-55%	156.459 €	-78%
Kosteneinsparpotenzial je abgehende Erziehungsurlauberin/abgehenden Erziehungsurlauber p. a.	34.804 €	15.830 €	-55%	7.823 €	-78%
Realisierbares Einsparpotenzial im Vergleich zum Basisszenario	-	-379.496 €		-539.631 €	-
Realisierbares Einsparpotenzial im Vergleich zum Basisszenario je Abgang in Elternzeit	-	-18.975 €		-26.982 €	-
Summe Maßnahmekosten p. a.	-			304.113 €	
Kosten-Nutzen-Differenz	-	75.384 €		235.518 €	

 Tabelle 4-1: Kosten-Nutzen-Szenarien der "Familien GmbH"¹

Jungen Eltern die Möglichkeit zu geben, ihr Familien- und Berufsleben nach ihren persönlichen Vorstellungen zu gestalten lohnt sich. Ein anderer Punkt, der aber nur schwer in Zahlen festzuhalten ist, ist das Kompetenzprofil der Eltern.² Bislang ist der Transfer von Kompetenzen aus dem Kontext Familie auf den Kontext Arbeitssituation vernachlässigt worden. Jedoch unterstreicht gerade dieser Ansatz, der besagt, dass Familienarbeit die Kompetenzprofile der Eltern entscheidend weiterentwickelt, das von der Wirtschaft ungenutzte Potenzial der Eltern. Das Deutsche Jugendinstitut hat das Instrument „Kompetenzbilanz“ entwickelt, das soziale, personale und methodische Kompetenzen aus Familienarbeit erfasst, bewertet und für den familienexternen Einsatz transparent und nutzbar macht.³ Im Verlauf der Erprobungsphase wurden erwerbstätige Eltern schriftlich befragt. Die Ergebnisse zeigen deutlich die Leistungspotenziale, die im

¹Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen. – Kosten-Nutzen-Analyse – (2003), S. 34.

²Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 232 ff.

³Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 233.

Erwerbsumfeld noch erschlossen werden können.

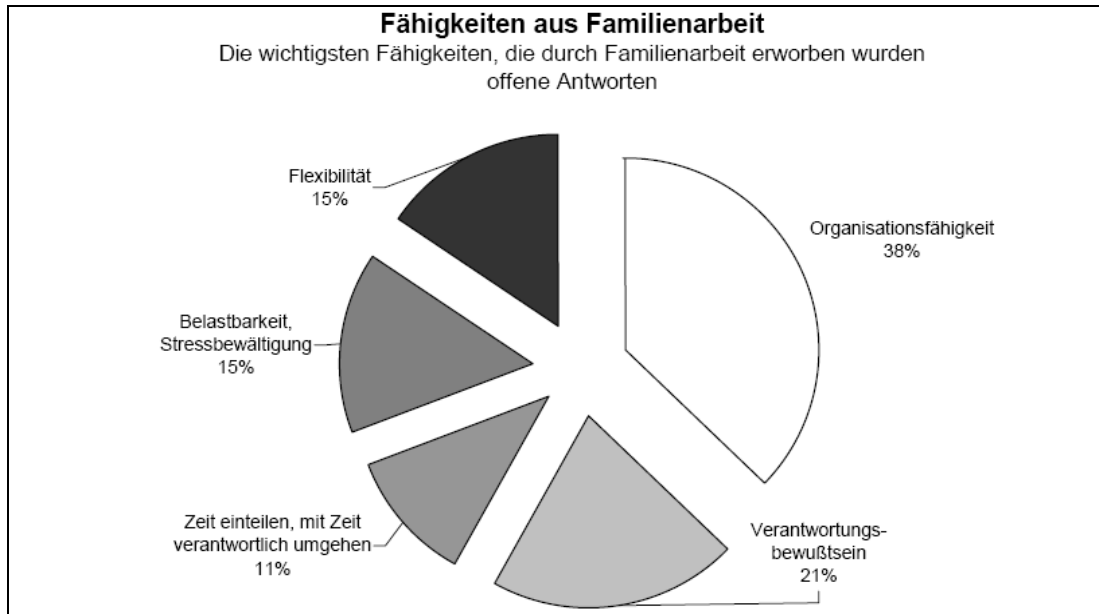


Abbildung 4-10: Kompetenzerwerb im sozialen Umfeld der Familie¹

Vor allem die Fähigkeiten „mit Zeit verantwortlich umgehen können“, „für das eigene Leben Ziele nennen und auch umsetzen können“ sowie „mit verschiedenen Dingen gleichzeitig umgehen können“ wurden im familialen Kontext neu erworben. Es zeigt sich, dass wenn man die Kategorien „neu erworben“ und „weiterentwickelt“ gemeinsam betrachtet, dass etwa 84 Prozent der Einzelkompetenzen in engem Zusammenhang mit Familientätigkeit stehen.

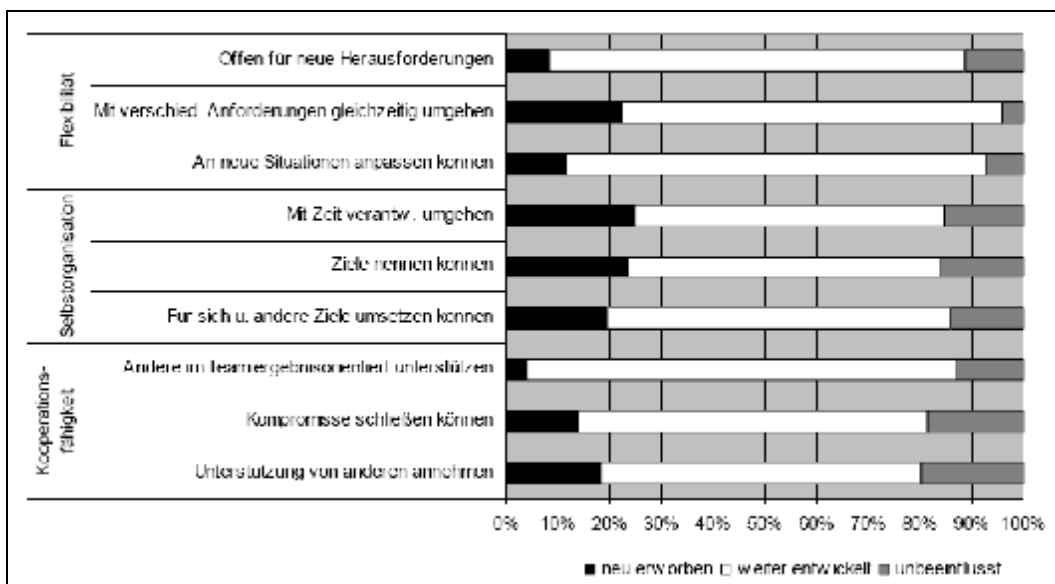


Abbildung 4-11: Beispielhaftes Kompetenzprofil¹

¹ Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 233.

Je mehr Arbeitgeber sich um eine Balance im Familien- und Berufsleben ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bemühen und durch bestimmte Maßnahmen, z. B. im Bereich der selbstverantwortlichen Arbeitszeiteinteilung, fördern, desto eher wird es ihnen gelingen einen Wettbewerbsvorteil zu erzielen. Zufriedene Arbeitnehmer identifizieren sich eher mit dem Unternehmen, sie kündigen seltener, melden sich weniger krank und arbeiten generell mit mehr Motivation und Einsatzbereitschaft. Je besser Familie und Beruf zu vereinbaren sind, desto schneller kehren Mütter nach der Geburt eines Kindes an ihren Arbeitsplatz zurück. Qualifiziertes Personal achtet verstärkt nicht nur auf das Gehalt, sondern auch auf den Bereich Familienfreundlichkeit, den das lokale Arbeitsumfeld ihnen bietet.² Um gut ausgebildete Mitarbeiter zu halten und neu anzuwerben ist es daher von strategischer Bedeutung günstige Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf anzubieten. Bei optimaler Nutzung der vorhandenen Potenziale ist zu erwarten, dass sowohl die Müttererwerbsquote als auch die Zahl der Familiengründungen ansteigen werden. Durch die größere Anzahl von Familien mit Kindern stehen dem regionalen Arbeitsmarkt auch langfristig Fachkräfte zur Verfügung und der Standort bleibt stabil und attraktiv.

4.2.2 Wettbewerbsvorteile auf kommunaler Ebene

Familien bilden in vielerlei Hinsicht die soziale und kulturelle Basis in Gemeinden, Stadtteilen und Stadtgesellschaften. Die Kommunen betrachten die Familie nicht mehr nur im Hinblick auf die Ausgabenseite. In zunehmendem Maße haben sie erkannt, dass Familien einen entscheidenden Wirtschaftsfaktor darstellen. Eine ausschließliche Konzentration der Kommunalpolitik auf die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen ist nicht sehr weitsichtig. Denn es gibt bereits Tendenzen, die darauf hindeuten, dass die Unternehmen sich verstärkt dort ansiedeln werden, wo sie gut qualifizierte Arbeitnehmer finden werden.¹ Junge, gut qualifizierte Familien ziehen wiederum dort hin, wo sie bessere Lebensqualität für ihre Kinder erwarten. Diese Entwicklungen können in den USA konkret beobachtet werden, aber auch Norditalien zeigt sehr ähnliche Tendenzen. Dort haben sich netzförmige Stadtstrukturen entwickelt, in der benachbarte kleine Städte und Dörfer qualifizierten und einkommensstarken Familien aus den Großstädten Grund und Boden sowie Infrastruktur für die Kinderbetreuung anbieten. Dies führt dazu, dass entsprechende Arbeitsplätze den Familien folgen. Auch Deutschland befindet sich auf diesem Pfad. Man betrachte die Entwicklung des Ruhrgebietes. Hier sind viele junge deutsche Mittelschichtfamilien mit Kindern in das Umland abgewandert. Die Großstädte sind geschrumpft, die Älteren und die immobilere ärmere Bevölkerung sind geblieben. Die Umlandgemeinden prosperieren dagegen in jeder Hinsicht und haben wesentlich günstigere Zukunftsperspektiven als die Kernstädte im Ruhrgebiet. Man

¹ Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 234.

² Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2006, Wie familienfreundlich ist die deutsche Wirtschaft? – Stand, Fortschritte, Bilanz – (2006), S. 10.

spricht in diesem Zusammenhang von so genannten Segregationstendenzen in der Gesellschaft. Diese sind eben dadurch gekennzeichnet, „dass in der Stadtgesellschaft die Unterschiede von Lebensformen und Lebenslagen stark wachsen und zu einem zentralen Thema der Zukunft werden. Die räumliche Trennung von Arm und Reich (soziale Segregation), von Jung und Alt (demografische Segregation) sowie von Einheimischen und Menschen mit Migrationshintergrund (ethnische Segregation) innerhalb von Städten sowie zwischen Stadt und Umland nimmt zu.“² Wanderungsbewegungen von besser verdienenden Familien ins Umland werden zukünftig zu neuen Formen der Ansiedlungs- und Anreizpolitik der Kommunen führen müssen, die sich auf Familien und nicht nur auf Unternehmen beziehen. Inzwischen hat sich allgemein die Erkenntnis durchgesetzt, dass Familienfreundlichkeit ein wichtiger kommunaler Standortfaktor ist, der über die Zukunftsfähigkeit von Städten und Gemeinden mitentscheidet.

Wodurch zeichnet sich aber Familienfreundlichkeit aus? Was macht die Städte und Regionen für Familien attraktiv und welche Handlungsansätze versprechen einen Wettbewerbsvorteil? So verschieden die Familien sind, so vielfältig sind auch die Wünsche, die Familien an ihr Lebensumfeld und das regionale Angebot haben. Die Bedürfnisse der Familien gestalten sich entlang ihrer spezifischen Konstellation, ihrem ökonomischen Hintergrund, dem Alter ihrer Kinder und selbstverständlich der individuellen Präferenzen. So steht für Familien mit einem Neugeborenen eine gute medizinische Betreuung und Beratungsangebote im Vordergrund. Während für Mütter im beruflichen Wiedereinstieg zunächst passende Betreuungsangebote wichtig sind. Bei Familien mit älteren Kindern ist die Qualität und die Bandbreite verschiedener schulischer Angebote wesentlich, aber auch umfangreiche Spiel-, Sport- und Freizeitangebote, die die persönliche Entwicklung der Kinder unterstützen und Eltern Freiräume eröffnen. Ein entscheidender Faktor ist zudem, ob für Familien in ausreichender Menge bezahlbarer Wohnraum verfügbar ist. Die wirtschaftliche Situation von Regionen darf natürlich nicht außer Acht gelassen werden, denn eine sichere Erwerbstätigkeit von jungen Paaren ist häufig wichtige Voraussetzung für den Entschluss zur Familiengründung.

Im Familienatlas 2007 werden zur Bewertung der Familienfreundlichkeit der deutschen Kreise und kreisfreien Städte insgesamt 20 Indikatoren aus vier familienpolitisch relevanten Handlungsfeldern herangezogen, die zum großen Teil direkt von Kommunen und Kreisen beeinflussbar sind. Diese Handlungsfelder können aber nicht nur zur Bewertung der Familienfreundlichkeit herangezogen werden, sondern auch zur aktiven Gestaltung dieser auf kommunalpolitischer Ebene.

¹ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 309.

² Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Kernaussagen des Siebten Familienberichts für Lokale Bündnisse (2007), S. 14.

Handlungsfeld 1: Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Bessere Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben zu schaffen ist ein ausschlaggebendes Handlungsfeld für familienfreundliche Lebensbedingungen vor Ort. Die „Entweder-oder-Situation“ für viele der jungen Frauen verhindert häufig die Familienbildung. Deshalb sind gute Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf unabdingbare Voraussetzungen dafür, dass sich mehr Paare ohne Sorge um ihre berufliche Zukunft und damit zusammenhängende wirtschaftliche Sicherheit für die Realisierung ihrer Kinderwünsche entscheiden können. Eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirkt sich unmittelbar auf die Attraktivität der Region als Wirtschaftsstandort aus. Vor dem Hintergrund einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung und dem stärker werdenden Fachkräftemangel, gilt es diesem Handlungsfeld besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Handlungsfeld 2: Wohnsituation und Wohnumfeld

Auch im Spannungsfeld Wohnsituation und Wohnumfeld ist die Bedarfslage der Familien individuell sehr unterschiedlich. Einige Familien streben an, ein eigenes Haus im Grünen zu haben, andere Familien ziehen eine zentrale Lage mit möglichst guter Anbindung an Arbeitsplatz, Schule, Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten vor. Ein vielfältiges Angebot an Wohnraum beziehungsweise Bebauungsflächen steigert die Attraktivität des Umfeldes. Je besser das Wohnumfeld nach den eigenen Ansprüchen und Vorstellungen gestaltet werden kann, desto eher werden sich die mobilen Familien längerfristig in einer Region niederlassen und wohlfühlen.

Um ein familienfreundliches Wohnumfeld zu schaffen, ist es für Kreise und Kommunen unerlässlich langfristig familienfreundliche Wohnbedingungen anzubieten. Folgende Wohnbedingungen gelten im Allgemeinen als familienfreundlich: Günstige Preise für Mieten und Bauland, die Verfügbarkeit von großen Wohnungen, ausreichend freie Flächen zum Spielen, kurze Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsort sowie Sicherheit. Die Kinder sollen weder durch den Straßenverkehr noch durch kriminelle Übergriffe gefährdet werden. Eine gute medizinische Versorgung von Kindern ist ein weiteres Kriterium, das Eltern bei der Auswahl des Wohnorts in Betracht ziehen.

Handlungsfeld 3: Bildung und Ausbildung

Familienfreundlichkeit setzt voraus, dass die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in einer Region bestmöglich gefördert wird. Die Entwicklung der Kinder wird einerseits in den Familien selbst gefördert und andererseits in den Einrichtungen, die sich professionell um die Bildung und Ausbildung der Kinder und Jugendlichen bemühen. Die Grundlagen für den späteren Lernerfolg werden bereits im frühen Kindesalter durch pädagogisch hochwertige Angebote der Kindertagesstätten gelegt. Sobald das Kind die Schule besucht, spielt jedoch die Qualität der allgemeinen Schulbildung eine zentrale Rolle im Leben der Familien. Aber auch Aussichten auf einen Berufsabschluss, ausreichendes Ausbildungsplatzangebot sowie Auswahlmöglichkeiten bei der Ausbildungsplatzsuche sind eine Grundvoraussetzung dafür, dass die jugendlichen

Familienmitglieder die Möglichkeit haben, ihre Zukunft frei zu gestalten. Dieses Handlungsfeld können die Regionen nur beschränkt bearbeiten, da sie stark an die Vorgaben der Landespolitik gebunden sind. Daher sind auch die Länder gefordert, die Qualität der allgemeinen Schulbildung kontinuierlich zu verbessern.

Handlungsfeld 4: Freizeit- und Kulturangebote

Die Freizeitangebote, die eine Region den Kindern und Jugendlichen anbieten kann, beeinflussen die Lebensqualität der dort lebenden Familien. Sowohl Angebote, die ohne die Eltern genutzt werden können, wie zum Beispiel Jugendeinrichtungen, Ferienprogramme, Sportvereine und Musikschulen, als auch Angebote für die gesamte Familie steigern die Attraktivität einer Region. Freizeitangebote bieten Gestaltungsmöglichkeiten auf der einen Seite, und tragen andererseits dazu bei, dass die Familie in ein aktives Gemeinschaftsleben vor Ort eingebunden ist und über gemeinsame Interessen soziale Kontakte pflegen kann. Es sind diese sozialen Faktoren, die die gefühlte Attraktivität einer Region sowie die Identifikation der Familien mit dem Standort ausmachen und die auch Unternehmen ein attraktives Umfeld bieten. Öffentliche Kultureinrichtungen, aber auch die am Ort ansässigen Vereine und Verbände, allen voran Sportvereine und Jugendverbände sind hier gefragt, Kindern und Jugendlichen attraktive Angebote zu machen und zielgruppenorientiert zu kommunizieren.

In diesen Handlungsfeldern bestehen große Potenziale für die Kommunen und Kreise aktiv zu werden, um ihre Attraktivität für Familien spürbar zu verbessern und damit die Familien auch zu binden. Die Sachverständigenkommission des Bundesfamilienministeriums hat im Rahmen des Siebten Familienberichts ähnliche Handlungsempfehlungen herausgearbeitet.¹ Hervorzuheben sind unter anderem die Empfehlungen zur Gestaltbarkeit von Alltagszeit (Zeitkoordinierungsmodell), die sowohl von Betrieben als auch durch die Zeitpolitiken der Kommunen umgesetzt werden können. Das Zeitkoordinierungsmodell unterstreicht eines der wichtigsten Bedürfnisse der Familien - die zur gemeinsamen Verfügung stehende Zeit. Die Kommission verweist darauf, dass sich die zeitpolitischen Entwicklungen in der Wirtschaft (Gleitzeiten, Kernzeiten, Teilzeiten) und den öffentlichen Einrichtungen (Öffnungszeiten, Betreuungsdauer) nicht aufeinander abgestimmt entwickeln und eine optimale Entlastung der Familien somit verhindert wird. Die unterschiedlichen Zeitgeber für Familien auf lokaler Ebene sind Ärzte, Kindergärten, Schulen, Handwerker, Einzelhandel, Kultur und Verkehr. Die Koordination des familialen, beruflichen und öffentlichen Bereiches gestaltet sich selbst für teilzeiterwerbstätige Eltern durch die fehlende zeitliche Synchronisation nur schwer. Darüber hinaus ist sie durch eine aufwendige Überwindung von Distanzen gekennzeichnet, die geschlechtsspezifisch sehr unterschiedlich aussieht.

¹ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 477 ff.

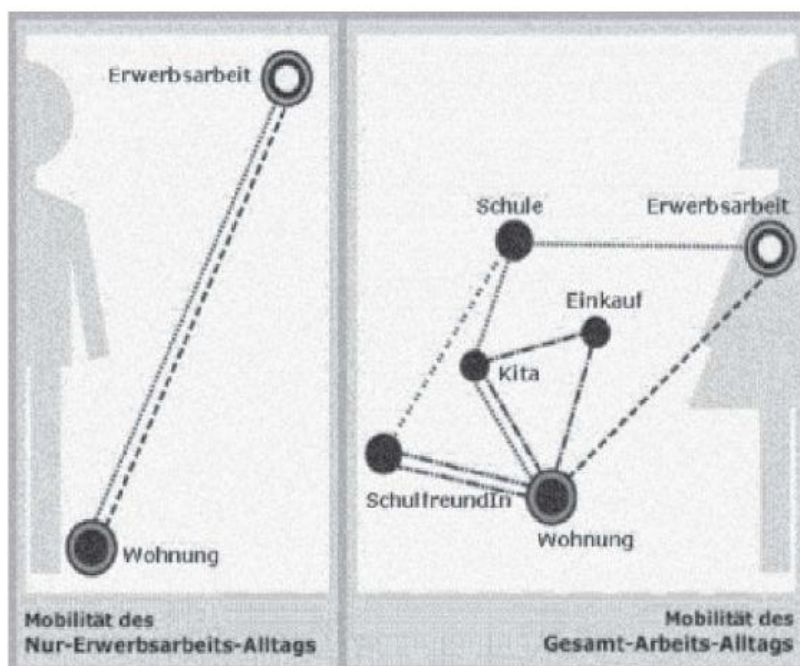


Abbildung 4-12: Zeitrumpfade von Männern und Frauen¹

Mehrere Ansatzpunkte zur besseren Zeitkoordinierbarkeit können hier unter Einbeziehung der Akteure aus Politik, Verbänden, Kommunen, Kirchen, Dienstleistern, Vereinen und Selbsthilfeinitiativen in ihrer jeweiligen Verantwortlichkeit für familiengerechte Zeiten, verfolgt werden:

Koordinierte Vernetzung der örtlichen Infrastruktur

Behörden, Geschäfte und andere Dienstleister (insbesondere familiennahe Dienstleistungen) können durch eine Verlängerung bzw. Flexibilisierung und Koordinierung ihrer Öffnungszeiten den Zeitbedarfen unterschiedlicher Lebens- und Arbeitsverhältnisse auch jenseits von „Normalarbeitszeit“ und „Normalfamilie“ entgegenkommen.

Gezielte Abstimmung von Erwerbs- und Betreuungszeiten

Die Erwerbszeiten und die Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen können synchronisiert werden. Unter Berücksichtigung kommunaler und regionaler Besonderheiten können hier spezifische „Betreuungspakete“ geschnürt werden, die auf die Zeitbedarfe von Eltern sowohl in ihrer Familien- als auch in ihrer Beschäftigtenrolle eingehen.

Entzerrung von Zeiten in und zwischen Bildungs- und Betreuungsinstitutionen

Notwendig ist auch die Entzerrung von Bildungs- und Betreuungszeiten, d. h. einerseits der

¹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005), S. 478.

Verlängerung der Öffnungs-, insbesondere der Vormittagszeiten, andererseits der Veränderung der zeitlichen Unterrichtsstruktur. Daneben müssen Abfangsysteme für Betreuung an den „Zeiträndern“, d. h. am Abend, am Wochenende und in den Ferien, verlässlich zur Verfügung stehen. Zeitliche Entzerrung ist auch über die räumliche Vernetzung von flexibleren Kinderbetreuungseinrichtungen zu erreichen, die sich zu multifunktionalen „Familien- und Kinderzentren“ bzw. zu „Mehrgenerationenhäusern“ entwickeln.

Optimierung von Wegezeiten

Eine familiengerechte Stadt stimmt die lokalen Zeittakte der Institutionen (Betriebe, Schulen, Geschäfte etc.) mit den Zeittakten des Transportwesens ab, entzerrt Verkehrsflüsse, vereinfacht und verkürzt damit Wegezeiten. Dabei gilt es unterschiedliche Aktivitätsbereiche von Eltern, Kindern und Pflegebedürftigen möglichst gut zu verbinden und Modelle nahräumlichen Wohnens und Arbeitens im Sinn einer „Stadt der kurzen Wege“ weiterzuentwickeln. Ansatzpunkte sind eine gezielte Stadtentwicklungspolitik sowie Wohnungsbau-, Gewerbe- und Siedlungspolitik unter dem Aspekt der Multifunktionalität von Lebensräumen für Familien.

Partizipation

Das Gelingen der Maßnahmen hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, die Beteiligten in die Gestaltung einzubinden. Aus einem passiven Betroffensein, muss eine aktive Teilnahme angestrebt werden. Dabei gilt es das zivilgesellschaftliche Engagement der unterschiedlichen Generationen zu stärken.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Familien in der heutigen und zukünftigen Gesellschaft eine Schlüsselstellung für die soziale und ökonomische Entwicklung einnehmen. Sie sind ein Garant für die Stabilität unserer Gesellschaft und es lohnt sich in jeder Hinsicht einen Rahmen zu schaffen, der vor allem den Faktor Unsicherheit minimiert.¹ Denn Kinder zu haben, ist mit Unsicherheiten und langfristigen Kosten verbunden. Dies kann sich gerade in Zeiten schnellen ökonomischen und sozialen Wandels und den damit einhergehenden Unsicherheiten, negativ auf Fertilitätsentscheidungen auswirken. Gerade verlässliche Unterstützungsleistungen im Hinblick auf die Betreuung von Kindern und die damit verbundene Erwerbs- und Einkommenskcontinuität kann die Entscheidung für Kinder erleichtern. Es ist aber davon auszugehen, dass weitere Ressourcen einen Einfluss auf die Realisationen von Kinderwünschen haben. Gerade dann, wenn institutionelle Regelungen versagen, ist es entscheidend, ob auf ein verlässliches, soziales Beziehungsnetz zurückgegriffen werden kann. Von daher kann sich die Eingebundenheit in ein generell unterstützendes Netzwerk, welches z. B. Hilfsleistungen, Zeit oder Geld zur Verfügung stellen kann, fertilitätsfördernd auswirken. Somit muss für die Entscheidung „pro Kinder“ eine Ansammlung verschiedener fertilitätsrelevanter Ressourcen (u. a. finanzielle Mittel, Rechte auf

¹ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Max-Planck-Institut für demografische Forschung: Zur Bedeutung sozialen Kapitals für Fertilitätsentscheidungen, MPIDR Working Paper, (2004), S.11.

Unterstützungsleistungen, Wertschätzung der Familienleistung, Transferbeziehungen, aber auch ein starkes soziales Netzwerk von Familie, Freunden, Kollegen und Gesellschaft) vorliegen und den Menschen zugänglich sein.

Neue Formen von Kooperationen zwischen Eltern, Betrieben, Einrichtungen der Jugendhilfe, Initiativen zur Tagesbetreuung, Nachbarschaft und Verwandtschaft stellen Anknüpfungspunkte für eine Weiterentwicklung der Integration der Familien in die Nachbarschaft, Gemeinde und Gesellschaft dar.

5 Das Konzept der Immler-Großfamilienstiftung

5.1 Grundlegende Überlegungen



Wie bereits in Kapitel 1.1 erläutert, steht die Familie im Zentrum aller Überlegungen. Die Stiftungsgründer haben angesichts des demographischen Wandels, und den sich daraus ergebenden grundlegenden Veränderungen für die Gesellschaft, nach Möglichkeiten gesucht, diesen Prozess positiv zu beeinflussen. Die treibenden Fragen lauteten:

- Wie kann der Zusammenhalt der Generationen unterstützt werden?
- Wie können die Potenziale der Senioren für die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens besser genutzt werden, gleichzeitig die Mittlere Generation entlastet und die Kinder besser gefördert werden?
- Wie kann man die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern?
- Kann bürgerschaftliches Engagement positive Veränderungsprozesse einleiten?
- Wie können kinderreiche Familien entlastet werden?
- Wie kann also die Solidarität und der soziale Zusammenhalt zwischen den Generationen unterstützt und die Teilhabe Aller am gesellschaftlichen Leben gefördert werden?

Die Antwort der Stifter lautet: „Miteinander statt Vereinzelung“, das Leben dreier Generationen im Lebensverbund. Insbesondere Mehrkindfamilien sollen unterstützt werden, in dem ein Zusammenleben dreier Generationen unter einem Dach zu einem symbolischen Preis von einem Euro ermöglicht wird. Der Stiftungszweck wird in der Satzung wie folgt festgehalten:

„Zweck der Stiftung ist

- die Förderung der Großfamilie als Voraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen durch die verbilligte Überlassung von Wohnraum;
- die Förderung von mildtätigen Zwecken, insbesondere die Unterstützung pflegebedürftiger älterer Menschen;
- die Unterstützung von in wirtschaftlicher und/oder persönlicher Not geratener Menschen;
- die Förderung der Jugendarbeit, des Sports und von ehrenamtlichen Tätigkeiten für gemeinnützige und mildtätige Zwecke;

- Unterstützung der Berufsausbildung der Kinder von Großfamilien, insbesondere von in den Großfamilienhäusern der Stiftung wohnhaften Kindern.“¹

Das Zusammenleben in einem Mehrgenerationenhaus soll die Vorteile und das Potenzial familiärer Netzwerke bewahren, stärken und in eine moderne Form übertragen. Die Idee der Stifter ist es, einen Ort entstehen zu lassen, an dem das Prinzip der Großfamilie in neuer Form gelebt werden kann. Generationen sollen sich selbstverständlich im Alltag begegnen, mit- und voneinander lernen und gegenseitige Unterstützung erfahren. (Vgl. auch Kap. 1.1.2)

Projekte unter dem Begriff „Mehrgenerationenhäuser“ haben in jüngster Vergangenheit viel Medienpräsenz erfahren, allen voran die Initiative der Bundesregierung unter der Schirmherrschaft der Familienministerien Ursula von der Leyen. Auch Projekte alternativer Wohnformen werden häufig mit diesem Begriff in Verbindung gebracht. Diese Bezeichnung kann somit nicht zu einer klaren Abgrenzung verschiedener Initiativen beitragen und führt häufig zu falschen Annahmen.

In der Literatur wird ein erster Versuch unternommen, die verschiedenen Formen der „Mehrgenerationenhäuser“ zu klassifizieren:

- Mehrgenerationenhäuser als große Begegnungszentren mit einer intergenerativen, integrierten Angebotsstruktur,
- Mehrgenerationenhäuser im nachbarschaftlichem Umfeld,
- Mehrgenerationenhäuser im familiären Kontext.²

Die Umsetzung der Immler-Großfamilienstiftung ist in erster Linie im familiären Kontext zu sehen. Langfristig wird aber eine integrierte Siedlung von 50 Häusern angestrebt, die somit den begrifflichen Kontext auf das nachbarschaftliche Umfeld ausweitet.

5.1.1 Fördergrundsätze der Stiftung

Gleich wie bei jeder Stiftung bestehen auch bei der Immler-Großfamilienstiftung so genannte Fördergrundsätze die erfüllt werden müssen, um einziehen zu können. Folgende Voraussetzungen müssen laut Stiftungsrichtlinie für eine Förderung vorliegen:³

- „Antragsberechtigt sind nur Personen, die mit einer Familie von mindestens vier Kindern und zwei weiteren Senioren (z. B. Großeltern) in die Wohneinheiten einziehen wollen.“
- Der Antragsteller sollte seit mindestens 3 Jahren in Isny wohnen und/ oder arbeiten. Sollten die „Großfamilienhäuser“ nicht in Isny sondern an einem anderen Ort gebaut

¹ Satzung der „Immler Großfamilienstiftung“ – Lebensfreude im Familienverbund- mit Sitz in Isny, (2004), S. 2.

² Vgl. Deutsches Jugend Institut: Mehrgenerationenhäuser – intergenerative Aktivitäten in unterschiedlichen Institutionstypen Recherchebericht im Auftrag des BMFSFJ (2006), S. 173.

³ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Stiftungsrichtlinie der „Immler-Großfamilienstiftung“ – Lebensfreude im Familienverbund- mit Sitz in Isny, S. 1 ff.

werden, gilt diese Bestimmung entsprechend.

- Die Familien verpflichten sich, insgesamt je Familie 20 Stunden im Monat gemeinnützige Arbeit zu leisten. Die Art der Tätigkeit ist unerheblich, so kann das ehrenamtliche Engagement zum Beispiel in einem Verein, der Seelsorge, im Kirchenchor, oder ähnlichem erfolgen.
- Der Antragsteller darf keine höheren Bezüge haben als in § 53 Nr. 2 AO bestimmt.¹

Generell sollen Familien unterstützt werden, die bewusst keiner Randgruppe angehören. Also Normalverdiener, die sich mehr Kinder wünschen, aber nicht über die finanziellen Mittel verfügen.

Sollten die oben genannten Grundsätze im Mietverlauf nicht mehr erfüllt werden, wenn also wohnberechtigt Kind(er) aus dem Haus ausziehen oder die wohnberechtigten Senioren ausziehen oder versterben, so kann die Förderung bzw. die Nutzungsüberlassung des Hauses seitens der Stiftung beendet werden.² Wie die Beendigung des Mietverhältnisses praktisch umgesetzt werden wird, ist aus heutiger Sicht noch nicht eindeutig zu klären. Diese hängt vor allem damit zusammen, dass auch die Situation des Auszuges letztlich unter dem Aspekt des Familienwohls laufen soll. Letztendlich wird jeder Einzelfall je nach individuellem Bedürfnis entschieden werden, denn in Anbetracht der langfristigen Stiftungsausrichtung, sehen die Stifter in einer pauschalierten Regelung keine zufriedenstellende Lösung.

5.1.2 Konzeptumsetzung und -steuerung

Die Immler-Großfamilienstiftung will die Stiftungszwecke in erster Linie durch „die Anschaffung, Errichtung und Überlassung von verbilligten Wohnraum für Großfamilien mit Spielplatz und sonstigen Sportgelegenheiten“¹ erfüllen.

Damit der Stiftungszweck dauernd und nachhaltig erfüllt werden kann, werden lediglich die Erträge

¹ Abgabenordnung § 53 Abs. 2: Eine Körperschaft verfolgt mildtätige Zwecke, wenn ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, Personen selbstlos zu unterstützen, deren Bezüge nicht höher sind als das Vierfache des Regelsatzes der Sozialhilfe im Sinne des § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch; beim Alleinstehenden oder Haushaltsvorstand tritt an die Stelle des Vierfachen das Fünffache des Regelsatzes. Dies gilt nicht für Personen, deren Vermögen zur nachhaltigen Verbesserung ihres Unterhalts ausreicht und denen zugemutet werden kann, es dafür zu verwenden. Bei Personen, deren wirtschaftliche Lage aus besonderen Gründen zu einer Notlage geworden ist, dürfen die Bezüge oder das Vermögen die genannten Grenzen übersteigen. Bezüge im Sinne dieser Vorschrift sind:

a) Einkünfte im Sinne des § 2 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes und
b) andere zur Bestreitung des Unterhalts bestimmte oder geeignete Bezüge, die der Alleinstehende oder der Haushaltsvorstand und die sonstigen Haushaltsangehörigen haben. Zu den Bezügen zählen nicht Leistungen der Sozialhilfe, Leistungen zur Sicherung des Lebensmittelunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und bis zur Höhe der Leistungen der Sozialhilfe Unterhaltsleistungen an Personen, die ohne die Unterhaltsleistungen sozialhilfeberechtigt wären, oder Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch hätten. Unterhaltsansprüche sind zu berücksichtigen. Die monatlichen pauschalierten Regelsätze bei der Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII für 2007 in Baden Württemberg sind wie folgt festgesetzt:

Für den Haushaltsvorstand und den Alleinstehenden 345 Euro.

Für Haushaltsangehörige

- bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (60%) 207 Euro

- nach Vollendung des 14. Lebensjahres (80%) 276 Euro

² Vgl. hierzu Anhang I, Stiftungssatzung der Immler-Großfamilienstiftung.

aus dem Stiftungsvermögen zur Erfüllung des Stiftungszwecks verwendet.² Das Stiftungsvermögen darf nicht angetastet werden, sondern ist durch sorgsame Anlage in seinem Wert zu erhalten. Das Stiftungsvermögen der Immler-Großfamilienstiftung beträgt heute ca. 13 Mio. Euro. Diese hat zur Folge, dass pro Jahr nur zwei bis maximal drei Häuser gebaut werden können.

Es ist geplant großzügige Reihen- und Einfamilienhäuser mit Einliegerwohnungen für die Senioren zu errichten. Die Häuser sollen etwa 250 -300 Quadratmeter Wohnfläche bieten und einen Garten haben.³ Die Grundstücksfläche wird bis zu 800 qm pro Haus betragen. Damit ergibt sich für die Siedlung eine Gesamtfläche von ca. sieben Hektar, eine großzügige Raumplanung, die der gelebten „Enge“ bewusst begegnet. (Vgl. Kap. 2.3.2) Die Wohneinheiten sollen nicht wie „Wohnbatterien“ gestaltet sein. Sie sollen sich in Form, Farbe oder Material unterscheiden und so die Diversität und Individualität der darin lebenden Menschen widerspiegeln. Die Lage der Siedlung spielt eine entscheidende Rolle. Nach dem Prinzip der kurzen Wege sollen die Häuser in der Nähe von Kindergärten und Schulen gebaut werden. Ebenso wichtig sind eine gute medizinische Versorgung und ausreichende Freizeitgestaltungsmöglichkeiten. Die Familien sollen nicht auf ein zweites Auto angewiesen sein. Die Mehrgenerationenhäuser dürfen vor allem den gesellschaftlichen Nutzen den sie erzeugen nicht durch mangelnde Verkehrsanbindung und anderer familienrelevanter Infrastruktur, die auf Kosten der Gemeinde nachgeholt werden müssten, aufzehren. Sobald ein geeignetes Grundstück gefunden ist, läuft diesbezüglich ein Architektenwettbewerb an, um die Siedlung in jeder Hinsicht zeit- und zukunftsgemäß zu gestalten.⁴

Um die Idee der Großfamilienstiftung auch flexibel in anderen Regionen wachsen lassen zu können, ist zusätzlich das alternative Investorenmodell erarbeitet worden. Das Investorenmodell soll Menschen ansprechen, die ebenfalls den Wunsch haben, Großfamilien zu unterstützen. Durch die organisatorische Eingliederung in die Immler-Großfamilienstiftung können Familien aus dem Umfeld des Investors direkt gefördert werden. Der Investor kann, sofern gewünscht, eine bestimmte Familie vorschlagen, die die Stiftungsbedingungen erfüllt und daher einziehen darf. Der Investor stellt ein Grundstück, bzw. das Geld für das Grundstück zur Verfügung. Auf diesem Land wird dann nach Plänen der Stiftung ein Dreigenerationenhaus auf dessen Kosten errichtet. Das Haus wird von der Stiftung für 30 Jahre zu marktüblichen Konditionen fest angemietet und an die Familie für einen Euro weitergegeben. Das Grundstück sollte in unmittelbarer Nähe zu Schulen und Kindergärten sein. Es sollte mindestens 650 qm groß sein und idealerweise noch Platz für andere Dreigenerationenhäuser bieten. Die Stiftung verspricht sich von diesem Modell ein schnelleres Anlaufen der Förderung und die Umsetzung der Stiftungsidee auch außerhalb der Gemeinde in der die Großfamiliensiedlung gebaut wird. Geplant sind derzeit ca. zehn dieser

¹ Satzung der „Immler Großfamilienstiftung“ – Lebensfreude im Familienverbund- mit Sitz in Isny, (2005), S. 2.

² Vgl. hierzu und zu Folgendem: Immler Großfamilienstiftung unter <http://www.immler-grossfamilienstiftung.de>. Zugriff: 23.04.2008.

³ Vgl. hierzu und zu Folgendem: Holger Sabinsky: Die Rettung der Welt soll im Allgäu beginnen, Zeitungsartikel vom 14.03.2007, erschienen in der Augsburger Allgemeinen.

⁴ Vgl. dazu Anhang III, erste Entwürfe.

Häuser.

Die Umsetzung und Steuerung des Stiftungszweckes obliegt dem Stiftungsvorstand und dem Kuratorium. Den Posten des Vorstandes teilen sich derzeit Karl und Jakob Immler. Das Kuratorium der Immler-Großfamilienstiftung setzt sich aus den Vorständen der städtischen Volksbank und der Sparkasse und dem jeweiligen Notar zusammen.

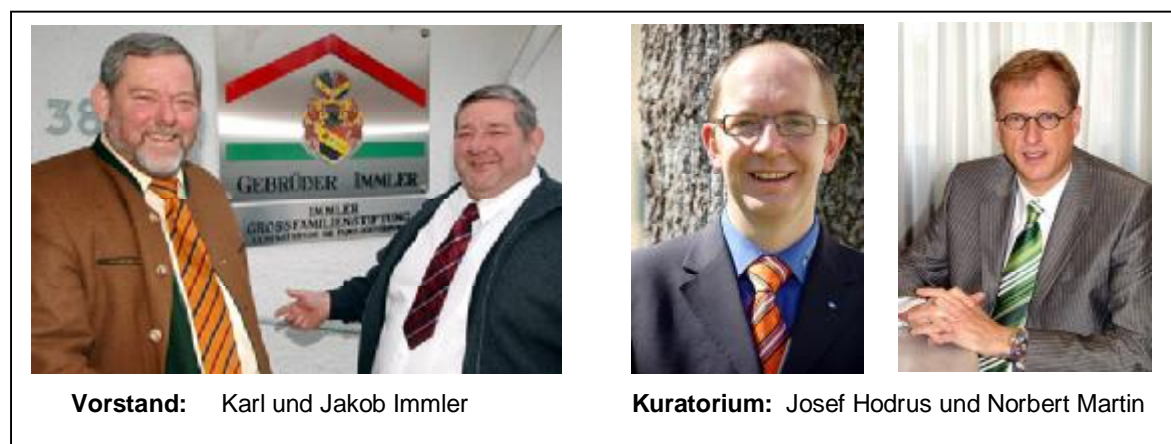


Abbildung 5-1: Vorstand und Kuratorium der Immler-Großfamilienstiftung¹

5.2 Perspektiven der Mehrgenerationenhäuser

5.2.1 Konzeptionelle Grenzen

Im Folgenden wird kritisch, konstruktiv auf zwei Aspekte der Stiftungskonzeption eingegangen. Der folgende Beitrag soll dazu dienen, die Stiftungsidee in ihrer praktischen Realisierung möglichst unverfälscht zu optimieren, und so zum Stiftungserfolg beizutragen.

Die Stiftung möchte Mehrkindfamilien fördern, insbesondere Familien mit mindestens vier Kindern. Um die Integration des Projektes zu sichern, sollen diese Familien nicht ortsfremd und bewusst keiner Randgruppe angehören. Insgesamt wird gehofft, eine Großfamilisiedlung von bis zu 50 Häusern errichten zu können. Die Siedlung soll möglichst in der Heimatgemeinde der Stifter, oder in ihrer unmittelbaren Nähe entstehen. In Deutschland leben rund 1,2 Millionen Familien mit drei Kindern, rund 240.000 Familien mit vier Kindern und rund 85.000 mit fünf oder mehr Kindern.² Betrachtet man nun den Bildungsstand der Eltern innerhalb der Familien mit vier Kindern, und unterstellt gleichzeitig, dass der Bildungsabschluss mit dem Einkommen stark korreliert, so muss man annehmen, dass 15 Prozent dieser Familien ohne Schulabschluss über geringe bis sehr geringe Einkommen verfügen. Dies wiederum lässt den Schluss zu, dass ein erheblicher Teil der Familien mit vier und mehr Kindern zu einer „Randgruppe“ der Gesellschaft gehören.

¹ Quelle: Immler Großfamilienstiftung unter <http://www.immler-grossfamilienstiftung.de>. Zugriff: 23.04.2008.

² Vgl. hierzu und zu Folgendem: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Monitor Familienforschung, Ausgabe Nr. 10, Kinderreichtum in Deutschland, (2007), S. 3.

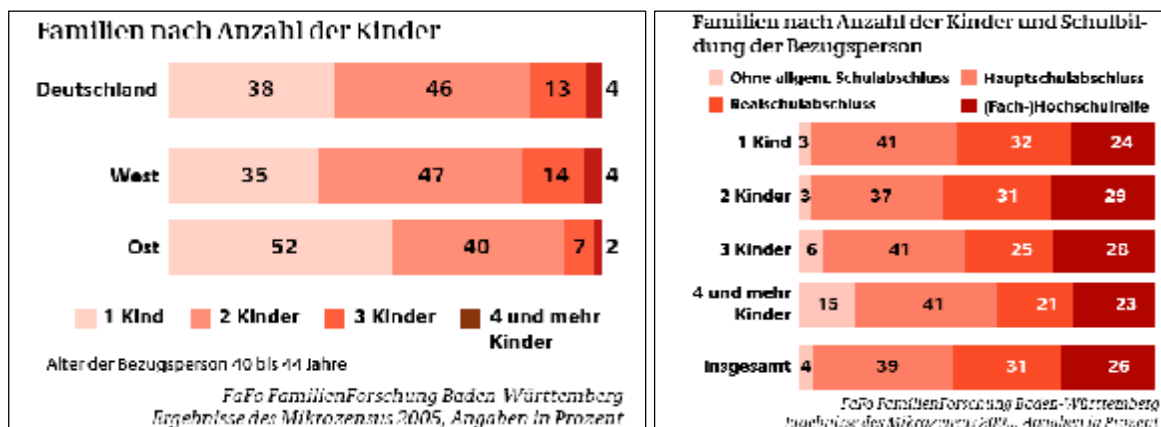


Abbildung 5-2: Familien nach Anzahl der Kinder und Bildungsstand¹

Leider können im Zuge dieser Arbeit keine genauen Angaben zu Isny's Familienstruktur unter Beachtung der Aspekte Bildung, Herkunft, Einkommen und weiterer förderrelevanter Ausprägungen, gemacht werden. Bei einer Anwendung der prozentualen Angaben zu gesamtdeutschen Verhältnissen auf die Gemeinde Isny oder vergleichbare Gemeinden, wird deutlich, dass vermutlich nur wenige Familien die Grundsätze der Stiftung erfüllen werden können.

Für eine Problematik dieser Art hat die Stiftung in einer Richtlinie festgelegt, dass die Fördergrundsätze an die jeweiligen Gegebenheiten angepasst werden. Das heißt also, wenn nicht genügend Familien gefunden werden können, wird der Kreis antragsberechtigter Familien erweitert. Die Verfasserin sieht in einer generellen Ausweitung der geförderten Familien aber mehr als eine mögliche „Notlösung“. Vielmehr kann beispielsweise die Förderung, wenn diese bereits bei den Dreikindfamilien² beginnt, eine Möglichkeit sein, über den „Belohnungsaspekt“ hinaus zu wirken. Das Konzept ist so ausgelegt, dass Familien, die sich bereits für vier Kinder entschieden haben, entlastet werden und die nötige Anerkennung ihrer Leistung erfahren. Damit wird die Chance verpasst, die Menschen mit einem latenten Kinderwunsch, in die Stiftungsförderung aufzunehmen. Denn wie Studien belegen, haben viele der Familien mit zwei oder drei Kindern zwar den Wunsch zu weiteren Kindern, realisieren diese aufgrund der finanziellen oder räumlichen Situation nicht.

Eine andere Problematik im selben Zusammenhang eröffnet sich bei der Anspruchshaltung der Stiftung hinsichtlich der Infrastruktureinbindung bzw. bezüglich der Anforderungen an das Grundstück. Eine zentrale Lage, die eine optimale Integration in die vorhandene Strukturen verspricht, zudem in der erforderlichen Größenordnung vorhanden sein muss, reduziert die Optionen für den Bau der Siedlung. Abstriche in den Anforderungen bedeuten Folgekosten für die Gemeinde, dies will die Immler-Großfamilienstiftung auf jeden Fall vermeiden. Eine stärkere Kooperation und Kommunikation mit allen betroffenen Akteuren kann einen Lösungsansatz darstellen, der trotz Ausweichens auf weniger geeignete Grundstücke, die möglicherweise

¹ Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Monitor Familienforschung, Ausgabe Nr. 10, Kinderreichtum in Deutschland, (2007), S. 3-6.

² Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend definiert Familien ab drei Kindern als „kinderreich“.

entstehenden Folgekosten auf mehrere Schultern verteilt.

5.2.2 Konzeptionelle Möglichkeiten

Die Geburtenrate in Deutschland liegt im weltweiten Vergleich an 181. Stelle.¹ Wenige Kinder führen wie bereits geschildert nicht nur zu Problemen der Sozialen Sicherungssysteme, sondern bedeuten Schritt für Schritt weniger Wachstum, weniger Lebensqualität und weniger Wohlstand. Warum verwirklichen so viele Menschen in Deutschland ihren Kinderwunsch nicht, oder entscheiden sich immer häufiger nur für ein Kind? Diese Frage kann nicht auf einen Umstand, ein Kriterium zurückgeführt werden. Zu viele Faktoren beeinflussen die Entscheidungen für oder gegen Kinder. Viele Untersuchungsergebnisse verweisen aber auf den Umstand, dass ökonomische Konsequenzen am häufigsten angeführt werden. Neben den erheblichen Kosten für die Versorgung von Kindern, fallen die so genannten Opportunitätskosten ins Gewicht, etwa wenn nach der Geburt eines Kindes das Einkommen eines Elternteils wegfällt.

Bereits hier greift das Konzept. Die Mietersparnis entlastet den Familienhaushalt enorm. Darüber hinaus ermöglicht das Zusammenleben mit Senioren eine Entlastung in der Betreuung der Kinder. Dies stellt wiederum eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar. Das Konzept trifft folglich die heutigen und zukünftigen Bedürfnisse in vielerlei Hinsicht zielsicher:

- Finanziellen Entlastung der Familien
- Ergänzende Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Kinderförderung
- Entlastung der Mittleren Generation
- Aktivierung der Potentiale älterer Menschen
- Stärkung des Generationenzusammenhalts
- Unterstützung der Balance von Familienleben und Arbeit
- Stärkung der Geschlechteregalität
- Stärkung des bürgerschaftliches Engagements
- Hilfe zur Selbsthilfe
- Bietet Menschen, Unternehmen und Gemeinden die Chance, sich für Familien zu engagieren
- Förderung der Zivilgesellschaft durch bürgerschaftliches Engagement
- Erhöhung der Gemeindeattraktivität und der Heimatidentität
- Integration der Häuser in vorhandene Strukturen
- Schaffung von Synergieeffekten
- Etabliert einen lokalen Markt für benötigte familiennahe Dienstleistungen

- Löst positive ökonomische Impulse aus, sowohl im lokalen Rahmen wie auch gesamtwirtschaftlich
- Entlastung der Sozialversicherungen
- Schafft Nachhaltigkeit und fördert informelle Unterstützungsleistungen in der Familie, Nachbarschaft, Region nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit
- Schafft ein Modell, das zum Nachahmen anstiftet und öffentliche Diskussion und Meinungsbildung anregt

Die Stiftungsgründer greifen mit diesem Konzept ihre (Mit)Verantwortung für gesamtgesellschaftliche Entwicklungen auf, und leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Generationenbeziehungen und zur Stärkung des sozialen Zusammenhaltes in der Gesellschaft. Die Stiftung belohnt insbesondere kinderreiche Familien, die in unserer Gesellschaft häufig auf so vieles verzichten, obwohl ihr Beitrag doch von unschätzbarem Wert für Alle ist. Es gelingt der Stiftung ein Konzept aufzustellen, das die Familien in mehreren Phasen begleitet und unterstützt. Eine besondere Stärke ist die aktive Einbeziehung der Großelterngeneration, das vielfältige Formen des Kontaktes initiiert, Berührungängste verringert, Verständnis und Solidarität zwischen den Generationen fördert.

¹ Vgl. The United Nations (Hrsg.): "World Populationreport 2003" unter: <http://www.un.org/esa/population/cpd/cpd1998/comm1998.htm>. Zugriff: 24.04.2008.

6 Fazit

Wer sich für Kinder entscheiden soll braucht ein Grundvertrauen in die Zukunft, Zuversicht und Optimismus. Damit Kinder geboren werden, brauchen wir Menschen, die bereit sind, Eltern zu werden. Angesichts des enormen Drucks, unter dem die Eltern heute stehen, fällt die Entscheidung vor allem für weitere Kinder immer schwerer. Denn sowohl der subjektive Anspruch an die Elternschaft wie auch die tatsächlichen Anforderungen an die Eltern sind stark gestiegen. Kinder sind jenseits aller Ökonomie an erster Stelle Freude, Lebenserfüllung und Lebenssinn. Ein Leben mit Kindern bedeutet aber auch Spagat zwischen Beruf und Familie, vielseitige Spannungen und auch Versagensängste. Vieles spricht dafür, dass sich die Elternschaft immer mehr auf die Ränder der Gesellschaft aufteilen wird. Die Menschen aus der einkommensschwachen, bildungsfernen Schicht und die Gruppe vermögender, gut ausgebildeter Menschen werden Kinder bekommen. Die einen generieren über die Elternrolle Einkommen und soziale Anerkennung, für die andere Gruppe werden Kinder zu Statussymbolen. Der gesellschaftlichen Mitte fällt die Entscheidung für die Gründung einer kinderreichen Familie immer schwerer. Sie stehen unter dem Druck sich gegen die unteren Schichten abzugrenzen, aber auch den Anschluss an die obere Schicht nicht zu verlieren. Sie investieren viel Geld und Zeit, die Kinder sollen nichts entbehren müssen. Das Kinderkriegen bedeutet für Normalverdiener finanziellen Druck. Ein einziges Einkommen reicht nicht mehr aus, denn Frühförderung, Kindergarten, Schule, Nachhilfeunterricht und Freizeit kosten viel Geld. Gerade die Eltern aus dem mittleren Bildungs- und Einkommensbereich brauchen Entlastungen unterschiedlichster Art, vor allem aber in Form von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, damit sie das gewünschte Lebenskonzept auch umsetzen können.

Genau dies hat sich die Immler-Großfamilienstiftung zur Aufgabe gemacht. Die Stiftungsgründer treten für ein Lebenskonzept ein, das sie selbst als sehr positiv erfahren haben, und das heute aufgrund der Rahmenbedingung immer schwieriger gelebt werden kann. Die Stiftung macht einen mutigen Schritt in Richtung selbst verantwortete Gesellschaft, indem sie einen praktischen, anwendbaren Lösungsvorschlag für das gesellschaftliche Problem einer kinderarmen Mittelschicht anbietet. Die Stiftung entbindet zwar nicht den Staat oder die Gemeinden von ihren Pflichtaufgaben, aber ihre Arbeit kann den Handlungsspielraum stark erweitern. Zudem kann die Immler-Großfamilienstiftung einen wertvollen Beitrag zur Heimatidentität und somit zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung beitragen.

Literaturverzeichnis

A) Bücher:

Dienel, Christiane (2002): Familienpolitik, Eine praxisorientierte Gesamtdarstellung der Handlungsfelder und Probleme. München: Juventa Verlag.

Ecarius, Jutta (2007): Handbuch Familie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Ehmer, Josef (2000): Das Alter im Spiel der Generationen. Wien: Böhlau Verlag.

Fuchs, Marek (2003): Hausfamilien, Nähe und Distanz in unilokalen Mehrgenerationenkontexten. Wuppertal: Leske und Budrich.

Nave-Herz, Rosemarie (2004): Ehe- und Familiensoziologie, Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde. München: Juventa Verlag.

Opaschowski, Horst W. (2004): Der Generationenpakt, Das soziale Netz der Zukunft. Darmstadt: Primusverlag.

Pfundt, Karen (2004): Die Kunst, in Deutschland Kinder zu haben. Berlin: Argon Verlag.

Schmidt, Renate (2002): S.O.S. Familie, Ohne Kinder sehen wir alt aus. Berlin: Rowohlt Verlag.

B) Zeitschriften und weitere Veröffentlichungen:

Augsburger Allgemeine (2007): Die Rettung der Welt soll im Allgäu beginnen, Zeitungsartikel von Holger Sabinsky, erschienen am 14.03.2007.

Bertelsmann Stiftung (2007): Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland, Eine ökonomische Bewertung langfristiger Bildungseffekte bei Krippenkindern.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: (a) Zahlenspiegel 2005, Kindertagesbetreuung im Spiegel der Statistik, (2005).

(b) Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung – Ein Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von Prof. Dr. Bert Rürup und Sandra Gruescu, (2003).

(c) Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, siebter Familienbericht, Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission, (2005).

(d) Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, (2003).

(e) Monitor Familienforschung, Ausgabe Nr. 10, Kinderreichtum in Deutschland, (2007).

(f) Zahlenspiegel 2005, Kindertagesbetreuung im Spiegel der Statistik, (2005).

(g) Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik, (2006).

(h) Erziehung, Haushalt und Beruf: Anforderungen und Unterstützungen für Familien, Monitor Familienforschung, Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik, Ausgabe 4 – 8, (2006).

(i) Familienatlas 2007, Standortbestimmung, Potenziale, Handlungsfelder, (2007).

(j) Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2006, Wie familienfreundlich ist die deutsche Wirtschaft? – Stand, Fortschritte, Bilanz – (2006).

(k) Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen. – Kosten-Nutzen-Analyse – (2003).

(l) Kernaussagen des Siebten Familienberichts für Lokale Bündnisse, (2007).

Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V. (2007): Stiftungsreport 2007, Kurzfassung. Berlin: Verlag Bundesverband Deutscher Stiftungen.

Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien BASS AG (2007): Volkswirtschaftlicher Nutzen von Kindertageseinrichtungen in der Region Bern, Kurzfassung.

Der Spiegel (2008): Glaubenskrieg ums Kind. Artikel von Andrea Brandt, Rafaela von Bredow, Merlind Theile in der Ausgabe: 02/2008.

Deutsche Shell (2000): Jugend 2000, 13. Shell Jugendstudie. Wuppertal: Leske und Budrich.

Deutsches Jugend Institut: (a) Zahlenspiegel 2007, Kinderbetreuung im Spiegel der Statistik, (2008).

(b) Mehrgenerationenhäuser – intergenerative Aktivitäten in unterschiedlichen Institutionstypen Recherchebericht im Auftrag des BMFSFJ, (2006).

Forum Familie Stark Machen (2006): Generationenbarometer 2006, Eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach. Freiburg: Verlag Karl Albert.

GEO (2005): Familie im Wandel, Artikel von Jens Uehlecke im Heft 03/2005.

Institut für Demoskopie Allensbach (2003): Einflussfaktoren auf die Geburtenrate, Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der 18- bis 44jährigen Bevölkerung.

Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demographischer Wandel (2004): Die Rolle intergenerationaler Transfers in Einkommen und Vermögen älterer Menschen in Deutschland.

Max-Planck-Institut für Bildungsforschung: (a) Pisa 2000: Die Studie im Überblick, Grundlagen, Methoden und Ergebnisse, (2002).

(b) Deutsche Lebensverlaufsstudie, Erste Ergebnisse, (2005).

(c) Zur Bedeutung sozialen Kapitals für Fertilitätsentscheidungen, Working Paper, (2004).

Robert Bosch Stiftung: (a) Starke Familie. Bericht der Kommission „Familie und demographischer Wandel“, (2005).

(b) Unternehmen Familie, Studie von Roland Berger Strategy Consultants im Auftrag der Robert Bosch Stiftung, (2006).

Statistische Bundesamt: (a) Leben in Deutschland – Haushalte, Familien und Gesundheit, Ergebnisse des Mikrozensus 2005, (2005).

(b) Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, (2006).

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Augsburg (2003): Die Bedeutung der Familien und der Familienpolitik für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, Beitrag von Heinz Lampert.

World Vision Deutschland (2007): Kinder in Deutschland 2007, 1. World Vision Kinderstudie. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.

C) Verzeichnis der Internetquellen:

ARD (Hrsg) (2008): Kinder brauchen Familie, aus <http://www.ard.de/kinder-sind-zukunft/kinder-braugen-familie/familienmodelle>, Stand: 26.02.2008.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2006): ... aus: <http://www.bmfsfj.de>, Stand: 31.05.2008.

Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.) (2008): Stiftungswesen in Deutschland, aus <http://www.stiftungen.org>, Stand: 21.04.2008.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2008): Lebensformen mit Kindern, aus: <http://www.bpb.de> Stand: 25.03.2008.

Deutsches Jugend Institut (2000): Ergebnisse der Ergänzungsstudie „Familien in prekären Lebenslagen“, aus: <http://www.db.dji.de>, Stand: 31.03.2008.

Fürstlich und Gräfllich Fuggersche Stiftungs-Administration (Hrsg.): Geschichte der Fugger, aus: <http://www.fugger.de>, Stand: 21.04.2008.

High/Scope Educational Research Foundation (2004): Ergebnispräsentation des Perry Preschool Projects, Stand: 11.04.2008.

Humanity & Social Sciences Online (2006): Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, aus <http://www.h-net.org>, Stand: 23.03.2008.

Immler-Großfamilienstiftung (Hrsg.) (2008): Miteinander statt Vereinzelung, aus: <http://www.immler-großfamilienstiftung.de>, Stand: 17.04.2008.

Österreichisches Institut für Familienforschung (2007): Kinderreiche Familien, Artikel von Eggen Bernd, Rupp Marina, aus: <http://www.oif.ac.at>, Stand: 24.04.2008.

Statistisches Bundesamt (2008): Diverse Publikationen, aus: <http://www.destatis.de>, Stand: 23.03.2008.

Stiftungsagentur (Hrsg.) (2008): Rechtsformen, aus: <http://www.stiftungsagentur.de>

The United Nations (2003): World Population report 2003, unter: <http://www.un.org>, Stand: 24.04.2008.

Welt Online (Hrsg.) (2005): Die Großfamilien-Mäzene aus dem Allgäu, aus: www.welt.de, Stand: 18.05.2008.

Ehrenwörtliche Erklärung

Ich, Olga Scheider, erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Studienarbeit selbstständig angefertigt, keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt, die wörtlich oder dem Inhalt nach aus fremden Arbeiten entnommenen Stellen, bildlichen Darstellungen und dergleichen als solche genau kenntlich gemacht und keine unerlaubte fremde Hilfe in Anspruch genommen habe.

Burghausen, 6. Mai 2008

A Anhang

Anlagenverzeichnis

A.I	Stiftungssatzung	ii
A.II	Erste Entwürfe	iii

A.I Stiftungssatzung

A.II Erste Entwürfe